

DER KAMPF

Jahrgang 5

1. Juli 1912

10. Heft

August Bebel: Zu Viktor Adlers 60. Geburtstag

Unter den führenden Personen in der Internationale nimmt Viktor Adler eine erste Stelle ein. Es gibt wenige, die sich so allgemeiner Sympathie und Hochachtung erfreuen wie er. Wo immer der kleine Mann mit dem dichten Haarschopf und dem klugen Gesicht, dem die Ironie und der Witz, aber auch die Gutherzigkeit aus den Augen leuchtet, im Kreise der Gesinnungsgenossen erscheint, wird er mit herzlicher Freude begrüßt.

Viktor Adler gehört zu den Weisesten im Rat, der bei aller Wärme des Gefühls sehr selten leidenschaftlich wird und durch die kühle Ueberlegung und die ruhige Objektivität, in der Polemik gewürzt durch einen guten Witz oder einige ironische Bemerkungen, die den Zuhörer erheitern, aber den Betroffenen nicht verletzen, stets das aufmerksame Ohr der Hörer findet.

Es ist ausgeschlossen, dass, wo Viktor Adler persönlich anwesend ist, irgend eine Beratung, irgend ein Beschluss ohne seine kluge Mitwirkung zustande kommt. Ihn nicht zu hören, seinen Rat nicht zu erwägen, bedeutete einen Verlust für die zu behandelnde Sache. Was seinen Einfluss in der Internationale noch besonders steigert, ist die Sprachengewandtheit, die er neben seinen anderen vortrefflichen Eigenschaften besitzt und die es ihm ermöglicht, leichter als andere, denen diese Eigenschaft abgeht, eine verwickelte Situation zu überschauen und Rat zu geben.

Als Politiker ist Viktor Adler ein Mann von einem selten vorhandenen weiten Blick und einer scharfen Beobachtungsgabe, der den Moment, auf den es ankommt, zu erfassen weiss. Das ist insbesondere bei dem Tohuwabohu, das ständig in dem vielsprachigen, von Nationen und Nationenbruchstücken zusammengesetzten österreichischen Kaiserstaat herrscht und die verschiedenen Interessengegensätze hervorruft, von unschätzbarem Wert.

Mit einer Ausdauer und einer Unermüdlichkeit, die bewundernswert ist, steht er seit Jahrzehnten unausgesetzt auf dem Posten und greift ratend und führend ein. Die österreichische wie die internationale Bewegung sich ohne Viktor Adler zu denken, erscheint uns fast unmöglich. Und doch trat dieser bange Gedanke in den letzten Jahren gar manchmal an uns heran, wenn wir hörten und sahen, wie diese zähe, scheinbar eiserne Natur von einem hartnäckigen Leiden erfasst wurde, das seinen körperlichen Kräften hart zusetzte, aber seine geistige Spannkraft und Energie nicht brechen konnte.

Daher ist vor allem unser allerinnigster Wunsch, der sechzigste Geburtstag Viktor Adlers möge ihm eine Wandlung zur vollen Gesundheit bringen. Es wäre das schönste Geschenk, das ihm, seiner mit voller Liebe an ihm hängenden Familie und dem gesamten österreichischen und internationalen Proletariat zuteil werden könnte.

Die Erfüllung dieses Wunsches wird sehr wesentlich gefördert, wollten die österreichischen und speziell die Wiener Parteigenossen sich stets vor Augen halten, dass sie die Kräfte eines Viktor Adler nicht für Leistungen in Anspruch nehmen dürfen, die eine Reihe anderer Genossen ebenfalls zu erfüllen vermögen. Es heisst Raubbau treiben, verbraucht man die Kräfte eines Generals im Subalternendienst.

Meine persönliche Bekanntschaft mit Viktor Adler datiert zurück in den Herbst des Jahres 1883. Liebknecht und ich hausten damals als aus Leipzig und der Amtshauptmannschaft Leipzig auf Grund des sogenannten Belagerungszustandes unter dem Sozialistengesetz Ausgewiesene in Borsdorf, einer Station der Leipzig-Dresdener Eisenbahnlinie. Wir hatten beide in dem gleichen Hause und in derselben Etage unsere Wohnungen. Viktor Adler, von Beruf Mediziner, aber aus Herzensneigung Sozialpolitiker, hatte, wie wir nunmehr von ihm erfuhren, die Absicht, seinen Beruf aufzugeben und sich um ein Fabrikinspektorat zu bewerben, wozu die neue Gewerbegesetzgebung in Oesterreich die Möglichkeit bot. Um sich auf diesen Beruf vorzubereiten, wollte er in England entsprechende Studien machen, und um dort eingeführt zu werden, wandte er sich jetzt an Liebknecht um Empfehlungen an Friedrich Engels in London. Diese erhielt er natürlich bereitwilligst. Von diesem Zeitpunkt ab datierte auch seine Bekanntschaft mit Engels, die zwischen den beiden allmählich zu inniger Freundschaft sich gestaltete. Welch hohen Wert Engels auf Viktor Adlers ganze Persönlichkeit legte und wie sympathisch ihm dieselbe war, habe ich mehr als einmal aus Engels' Mund vernommen.

Weshalb Viktor Adler den Beruf eines Fabrikinspektors nicht ergriff, ist mir nicht mehr erinnerlich. Zunächst bestand zu jener Zeit keine nähere Verbindung zwischen uns, diese stellte sich erst später ein. Statt Fabrikinspektor zu werden, warf sich Viktor Adler mit aller Energie und dem grossen Geschick, das er in verwickelten Situationen stets bewies, in die österreichische Arbeiterbewegung, die damals ein Bild äusserster Verwirrung und Zerklüftung bot, das der Anarchismus in seinen bösesten Auswüchsen verschuldete und in dem die österreichische Polizei sich als Helfershelfer erwies. Dass es Viktor Adler gelang, mit Aufbietung aller seiner Kräfte, mit einer Unsumme von Arbeit und Mühe, von materiellen und sonstigen Opfern aller Art in das Chaos allmählich Ordnung zu bringen und als Regenerator auf dem Parteitag zu Hainfeld im Jahre 1889 die neue österreichische sozialdemokratische Partei zu organisieren, ist eine historische Tat, die ihm den dauernden Dank und die höchste Anerkennung der klassenbewussten Arbeiter Oesterreichs und der Internationale erwerben musste.

Um dieses Werk in die Wege zu leiten und ihm eine feste Stütze zu geben, gründete er aus eigenen Mitteln ein Wochenblatt, die „Gleichheit“, das er musterhaft redigierte und dessen reichsdeutscher Mitarbeiter zu sein ich längere Zeit die Ehre hatte, bis nach dem Fall des Sozialistengesetzes meine Uebersiedlung nach Berlin im Herbst 1890 infolge der Neukonstituierung der deutschen Partei mir die regelmässige Mitarbeiterschaft unmöglich machte.

Der Kampf, den die „Gleichheit“ um ihre Existenz zu führen hatte, kostete Viktor Adler sein Vermögen. Erst im Laufe der Neunzigerjahre konnte die finanziell noch immer schwache österreichische Partei ein Blatt auf eigenes Risiko führen, die heutige „Arbeiter-Zeitung“.

So waren die Kinderjahre der österreichischen sozialdemokratischen Partei zugleich schwere Sorgenjahre für Viktor Adler, der sein Alles der Bewegung geopfert hatte und dabei auch noch von schweren Schicksalsschlägen in der eigenen Familie getroffen wurde.

Aber alles dieses beugte ihn nicht. Unermüdlich arbeitend, früh und spät auf dem Posten, überall ratend und helfend, sich um Grosses und Kleines kümmernd, hat Viktor Adler in erster Linie die österreichische Sozialdemokratie zu dem gemacht, was sie heute ist. Das weiss man dort besser, als ich es zu sagen vermag.

Unsere persönliche Bekanntschaft erneuerten wir auf dem Ersten Internationalen Arbeiterkongress, der seit dem Untergang der alten Internationale, im Jubeljahr der grossen Revolution, im Jahre 1889 in Paris stattfand. Hier war es Viktor Adler im Verein mit Vaillant, Lafargue, Liebknecht, mir und einigen anderen, die in vertraulicher Besprechung den Plan zur Weltmaifeier

fassten und den bezüglichen Antrag stellten. Aus einer Rede, die damals Viktor Adler über die Lage im österreichischen Kaiserstaat hielt, haftet noch heute der lapidare Satz in aller Gedächtnis: „Bei uns in Oesterreich herrscht der Despotismus, gemildert durch die Schlamperei“, ein Diktum, das die stürmische Heiterkeit des Kongresses hervorrief.

1892 kam ich im Auftrag des deutschen Parteivorstandes nach Wien, um an Beratungen teilzunehmen, die eine Sanierung der finanziellen Verhältnisse der „Arbeiter-Zeitung“ bezweckten, bei welcher Gelegenheit ich mich ständig in der Gesellschaft Viktor Adlers bewegte, den ich in diesem intimen Verkehr immer mehr schätzen lernte und lieb gewann. 1893 kam ich abermals, und zwar nach Schluss des Internationalen Arbeiterkongresses in Zürich, in Gesellschaft von Friedrich Engels nach Wien, wobei es denn ohne eine kleine Fete und eine grosse Versammlung, in der wir als Redner auf das Trapez mussten, nicht abging.

Seit jener Zeit sind meine Beziehungen zu Viktor Adler stets die allerbesten gewesen, selten dass wir in einer wichtigen Frage in tiefere Meinungsverschiedenheit gerieten, die aber unser freundschaftliches Verhältnis nicht beeinträchtigte. Er selbst hat sich von Jahr zu Jahr in immer höherem Grade als das Haupt der österreichischen Bewegung und als einer der führenden Geister in der Internationale erwiesen, der es auch verstand, einen Generalstab erstklassiger Kräfte um sich zu vereinigen.

Und so wollen wir ihm zu seinem sechzigsten Geburtstag unseren herzlichsten Dank abstatten für alles, was er für unsere grosse Sache getan und geopfert, auch wollen wir den wärmsten Wünschen für sein ferneres Wohlergehen Ausdruck geben, das ihm noch eine weitere Jahrzehnte währende Wirksamkeit ermögliche. Noch ist er der Unentbehrliche!

Viktor Adler, alter Freund und Kampfgenosse! Im Namen vieler Millionen begrüsse und beglückwünsche ich dich. Nie werden wir zurückmarschieren, wohl aber immer vorwärts, dem Kampf und dem Sieg entgegen!

Eduard Vaillant (Paris):

Ein Glückwunsch aus Frankreich

Unter denen, die im letzten September bei der Zusammenkunft des Internationalen sozialistischen Bureaus von der jugendlichen Lebhaftigkeit Viktor Adlers Zeugen waren, vermutete keiner, dass er so nahe dem sechzigsten Jahre sei. So können wir, mit aller Hoffnung, dass er sich verwirkliche, den Wunsch äussern, dass sich dieser Gedenktag vom 24. Juni noch in vielen solchen Jahrestagen erneuere und dass wir noch lange Jahre zur Freude seiner Freunde, zum Nutzen für den Sozialismus und die Internationale seine Laufbahn verfolgen können, die uns allen so teuer ist.

Es gibt in der Tat niemand, der in der Internationale von lebhafterer Sympathie und Freundschaft umgeben wäre als er.

Im vertraulichen Gespräch wie in öffentlicher Rede reisst sein zugleich einfacher und glänzender Geist, der so natürlich und so ungekünstelt ist, alle mit, die ihn hören. Keiner weiss, ob er seine klarsehende Denkweise, seine Gewandtheit oder seine Feinheit mehr bewundern soll.

Aber ganz abgesehen von seinen persönlichen Eigenschaften, die ihm die hingebende Zuneigung aller sichern, die ihm nahe kommen und die ihn kennen: was in so ausserordentlich hohem Masse seine Anziehungskraft, die Kraft seiner Aktion bildet, ist das, dass er zusammengefasst, lebendig gemacht, gross gestaltet hat in sich die Eigenschaften der Partei, deren lebendiger Ausdruck, deren Verkörperung er ist; dass er so völlig aufgegangen ist in dieser österreichischen Sozialdemokratie, deren kluger Berater und sicherer Führer er ist.

Hieraus erklärt sich die Geschichte dieser reichen und ruhmvollen Jahre der sozialistischen Bewegung in Oesterreich, die von Erfolg zu Erfolg schritt, alle Voraussagen, alle Hoffnungen weit übertreffend, in einem ununterbrochenen Vorwärtsschreiten der Organisation, der Disziplin und der Kraft; die gewachsen ist, bis sie das ganze Staatswesen umgestalten konnte, um sich bessere Bedingungen der Entwicklung zu schaffen.

An Hindernissen hat es nicht gefehlt in einer Umwelt des wachsenden Kapitalismus, inmitten der feudalen und agrarischen Ueberreste. Welcher Intelligenz, welcher Energie bedurfte das sozialistische Proletariat in Oesterreich, dieser Feinde Herr zu werden! Wer erinnert sich nicht dieser wunderbaren Kampagne zur Erzwingung des allgemeinen Wahlrechtes, die ein Beispiel und Vorbild für das internationale Proletariat bleibt? Adler war damals auf der Höhe einer Aufgabe, deren Erfüllung unmöglich schien. Umgeben von einer Elite, die er zu erziehen verstanden hatte und die Tag für Tag in der „Arbeiter-Zeitung“ und in Volksversammlungen die Kampf Worte ausgab, riss er das ganze Proletariat zum Kampfe fort. So zerschlug er ein Hindernis nach dem andern. Er zerschlug sie, wo er sie nicht durch Ueberredung aus der Welt schaffen konnte.

Das allgemeine Wahlrecht war errungen und eine neue Aera begann in Oesterreich. Seitdem sind innere Schwierigkeiten gekommen. Der tschechische Separatismus schien die glorreiche Arbeit gewerkschaftlicher und politischer Einheit zu zerstören. Aber dieser Separatismus ist ohne Zukunft im Sozialismus. Adler hat in Kopenhagen unter dem lebhaften Beifall der Internationale den Sinn und die Widersprüche dieser Krise auseinandergesetzt, die, wie peinlich sie auch sei, doch nur eine vorübergehende Erscheinung sein kann und ein Ende finden muss durch die Entwicklung des Sozialismus selbst, der die Einheit wiederherstellt.

In diesem Falle wie in allen anderen hat Adler die Kraft eines höheren Geistes erwiesen, der, den Dingen gewachsen, durch die innere Logik der Tatsachen und Ereignisse wirkend, sie, statt sich ihnen zu ergeben, gestaltet zu Werkzeugen seines Wollens, zu Werkzeugen der Interessen des Proletariats und des Sozialismus.

Für das Proletariat und für den Sozialismus gibt es nur noch eine Klippe, an der ihr Fortschritt anprallen und zerschmettern könnte: das ist der Krieg. Schon während der marokkanischen Krise hat sich die Internationale erhoben und eingesetzt für den Frieden. Seitdem hat sich ihre Kraft sieghaft gefestigt durch die deutschen Wahlen und durch den Streik der Bergleute in England. Nichts bleibt ihr übrig, als sich zu organisieren und zu erstarken als Schutzwehr wider den Krieg. Diese Aufgabe ward gestellt in Stuttgart und in Kopenhagen. Sie soll gelöst werden auf dem Kongress zu Wien im Jahre 1913. Bei der Lösung dieser Lebensfrage wird uns die wirksame Hilfe Adlers nicht fehlen. Durch die Organisation der Aktion der Internationale gegen den Krieg wird der Friede gesichert werden und der Fortschritt des Sozialismus wird unwiderstehlich sein.

Wir wissen, wie Adler in solcher Stunde zu wirken weiss. Uns allen ist gegenwärtig die Erinnerung an den unvergesslichen 26. März 1909. Der österreichisch-serbische Konflikt hatte die höchste Schärfe erreicht. Mitten in zahllosen Intrigen erneuerte sich die Gefahr eines Krieges, den man auf enges Gebiet nicht hätte beschränken können. Der Reichsrat hielt seine letzte Sitzung. Da erhob sich Adler und mit der ganzen Kraft seiner Dialektik vertrat er den Willen des Proletariats zum Frieden, das friedliche Interesse der Völker. Die Versammlung der Abgeordneten ward bezwungen. Der Dringlichkeitsantrag der österreichischen Sozialdemokratie ward einstimmig angenommen.

Vor so vielen und bedeutsamen Taten, vor so vielen Hoffnungen, die noch zu verwirklichen sind, in der sicheren Ueberzeugung, dass jeder Augenblick des Lebens Viktor Adlers eine neue Gelegenheit ist, mit der ganzen Macht seiner Intelligenz der Sache des Sozialismus und der Internationale zu dienen, kann ich, liebe Freunde der österreichischen Sozialdemokratie, nur freudigen und dankbaren Herzens mich mit euch vereinen, um mit euch den sechzigsten Geburtstag unseres lieben Freundes Adler zu feiern und ihm, für meine Freunde und für mich, in herzlicher Freundschaft alle meine Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

P. Axelrod (Zürich): Adler und die russische Sozialdemokratie

Werte Genossen!

Anlässlich des 60. Geburtstages eines Genossen von der Bedeutung Dr. Adlers liegt ja die Versuchung nahe, einen Rückblick auf seine dreissigjährige oder noch längere Tätigkeit im Dienste des kämpfenden Proletariats zu werfen. Gerade für die russischen Genossen wäre dies von unmittelbar praktischer Bedeutung. Denn in Bezug sowohl auf die kulturellen und sozialpolitischen Verhältnisse, unter denen die österreichische Sozialdemokratie von Anfang an sich entwickelte, als auch auf ihre historischen Aufgaben steht sie unter den westeuropäischen Bruderparteien der russischen Sozialdemokratie am nächsten. Und ebendeshalb könnten und sollten namentlich die führenden Kreise unserer Partei bei Adler, dem Organisator und Taktiker der österreichischen Sozialdemokratie, ungemein viel lernen. Leider fühle ich mich, vorläufig wenigstens, nicht genügend vorbereitet, um eine wirklich sachliche, von jeglicher Ueberschwänglichkeit freie (derartiges Zeug würde ja Adler anekeln) Schilderung seines Wirkens und seiner Verdienste um die Arbeiterbewegung Oesterreichs zu bieten, da dies eine Kenntnis der Geschichte dieser Bewegung voraussetzt, die ich bei weitem nicht besitze. Und doch möchte ich aus der Geburtstagsfeier unseres Adler — unseres, das heisst der gesamten Internationale — einiges Kapital für die russische Sozialdemokratie herausschlagen. Denn ich bekenne es offen, dass ich diese Zeilen mehr in Rücksicht auf die russischen sozialdemokratischen Leser des „Kampfes“ als auf seine deutschen Leser schreibe. In der ungemein schweren Krise, die die russische Sozialdemokratie durchmacht, ist es für mich allzu schwer, von einem anderen Gesichtspunkt über Dr. Adler zu sprechen als von dem eines lebendigen Beispiels eines Parteiführers, welcher nicht nur in der Theorie die Pflichten eines Sozialdemokraten gegenüber der Arbeiterbewegung und seiner Partei proklamiert, sondern auch in seinem täglichen Wirken und Handeln von ihnen durchdrungen ist und namentlich in seinem Verhalten innerhalb der Partei auch dann nicht in Widerspruch mit ihnen gerät, wenn Missmut, Aerger und Zorn über anders gesinnte, oppositionell auftretende Genossen ihn in Versuchung bringen, die vitalen Interessen der Sozialdemokratie seiner Person zu opfern. Sie werden mir daher, werte Parteifreunde, wohl erlauben, gelegentlich des sechzigjährigen Jubiläums des Führers der österreichischen Sozialdemokratie in den Spalten des „Kampfes“ gerade diejenigen Momente und leitenden Motive seines Wirkens hervorzuheben, die in den Reihen der westeuropäischen Sozialdemokratie vielleicht als allgemein anerkannte Selbstverständlichkeiten gelten, in der russischen Sozialdemokratie aber — leider! — erst noch zur Geltung kommen müssen, damit diese ihre gegenwärtige Krise überwinden könne.

Mit wahren Genuss — und mit Neid — las ich die Aeusserungen Adlers auf dem Kopenhagener Internationalen Kongress über die von den tschechischen Genossen herbeigeführte Spaltung in der österreichischen Sozialdemokratie und über die Resolution, welche die öffentliche Meinung der Internationale über diese Spaltung zum Ausdruck brachte. Als guter Russe glaubte ich, Adler werde in der rücksichtslosesten Weise die tschechischen Separatisten angreifen und sie als Verräter an der österreichischen und der internationalen Sozialdemokratie brandmarken, die aus den Reihen der letzteren ausgestossen werden müssten. Ich erinnerte mich, wie der jüdische „Bund“ im Jahre 1903 auf dem Londoner Kongress der sozialdemokratischen Partei Russlands aus ihrer Organisation förmlich hinausgedrängt wurde, obgleich seine organisatorischen Ansprüche in keiner Weise die Einheit der Partei in Frage stellten und nicht im entferntesten, wenigstens im Vergleich zu dem Vorgehen der Tschechen, in prinzipiellem Gegensatz zu den Grundsätzen der Internationale standen. Und nun, worauf bestand Adler, an der Spitze der österreichischen Delegation, auf dem Kopenhagener Kongress und in welchem Tone motivierte und begründete er den Appell unserer österreichischen Brüder an die Internationale gegen den tchechischen Separatismus? „Hier handelt es sich nicht“,

betonte Adler, „um eine Verurteilung, sondern darum, dass die tschechischen Genossen sich davon überzeugen, dass in dieser Lebensfrage des österreichischen Proletariats die ganze Internationale auf dem Boden der Einheit der Gewerkschaftsbewegung steht. Wir haben diese Meinungsäußerung des Kongresses herbeigeführt, nicht um uns von unseren tschechischen Genossen, mit denen wir Jahrzehnte gemeinsam gekämpft haben, zu trennen, sondern um uns zum Besten des österreichischen Proletariats mit ihnen zu vereinigen. Wir wollen nicht, dass sie als Gekränkte diesen Kongress verlassen, sondern als Ueberzeugte.“ Aus diesem Grunde trat Adler für eine Resolution ein, die den tschechischen Separatismus gar nicht besonders erwähnte, ihn nicht als den Interessen des österreichischen und des internationalen Proletariats sowie den Prinzipien der Internationale von Grund aus widersprechend brandmarkte, für eine Resolution, in welcher „die Tschechen gar nicht erwähnt werden, sondern nur der positive Wunsch nach einer Einigung ausgesprochen wird“. Er wünschte bloss, der Kongress solle ihnen sagen: „Freunde, ihr seid nicht auf dem richtigen Wege, eure Wege sind falsch, kehret zurück.“

Welche Motive bestimmten die Haltung Adlers und der anderen österreichischen Genossen auf dem Kopenhagener Kongress gegenüber den Urhebern der Spaltung im österreichischen Proletariat, die er aus tiefster Ueberzeugung als eine Gefahr, als eine „Lebensfrage“ dieses Proletariats betrachtet? Die Antwort auf diese Frage gibt uns sein Artikel im „Kampf“ über „Die separatistische Krise“*.

„Die Einheit der Sozialdemokratie beruht in Oesterreich nicht auf Beschlüssen, auf den Bestimmungen der Parteiorganisation, sondern sie musste immer wieder erarbeitet werden in unablässiger, aufreibender Arbeit, deren bewegende Kraft und schöpferisches Motiv der Wille zur Gemeinsamkeit war. Die Erkenntnis, dass diese Gemeinsamkeit eine proletarische Notwendigkeit sei, liess alle gegenwirkenden Tendenzen immer wieder mit von Fall zu Fall wechselnden Mitteln überwinden.“

Nun wissen ja die Genossen nicht nur in Oesterreich, sondern auch ausserhalb Oesterreichs, in welcher hohem Masse Adler sich an jener „unablässigen, aufreibenden Arbeit“, die auf die Erhaltung und Befestigung der Einheit der österreichischen Sozialdemokratie verwendet worden war, beteiligt hat. Ein Parteiführer, der in seinem Wirken von der Erkenntnis, dass die Einheit in der Sozialdemokratie „eine proletarische Notwendigkeit“ sei, ausgeht, von dieser Erkenntnis durchdrungen und beseelt, jahrzehntelang seine Kräfte darauf verwendete, das ganze Parteileben, die gesamten inneren Verhältnisse der österreichischen Sozialdemokratie zu gestalten, um dem gebieterischen Bedürfnis des kämpfenden Proletariats nach Gemeinsamkeit nach allen Richtungen hin Geltung zu verschaffen, konnte auf dem Internationalen Kongress gegenüber den tschechischen Genossen gar nicht anders auftreten als Adler. Der „Wille zur Gemeinsamkeit“ hielt ihn eben davor zurück, „die Wege, die zu dieser Gemeinsamkeit zurückführen, zu verschütten, Brücken, die trotz alledem bestehen, abzubrechen“, er trieb ihn vielmehr dazu, die moralische Hilfe der Internationale zu dem Zwecke in Anspruch zu nehmen, um den tschechischen Separatisten die Rückkehr in die Gesamtpartei psychologisch möglichst zu erleichtern.

Und dieser selbe „Wille zur Gemeinsamkeit“ war es auch, der die Haltung Adlers auf den Internationalen Kongressen vom Jahre 1900 und 1904 gegenüber den Streitigkeiten innerhalb der französischen Sozialdemokratie bestimmte. Manche auswärtige Genossen, insbesondere russische, erklärten diese Haltung damit, dass Adler zum Opportunismus und Revisionismus hinneige oder gar ein waschechter Opportunist sei. Es widerstrebt mir, hier auch nur ein Wort zur Widerlegung dieser durch und durch falschen Behauptung zu sagen. Die meisten dieser Genossen scheinen keine lebendige Vorstellung zu haben von der Wirkung der „bewegenden Kraft“, die der „Wille zur Gemeinsamkeit“ repräsentiert, und verwechseln zugleich oder bringen unter einen Hut den sozialpolitischen Opportunismus mit dem „Opportunismus“ auf dem Gebiete innerparteilicher Beziehungen. Der sozialpolitische Opportunismus hat die Tendenz, den prinzipiellen Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, wenn nicht ganz zu verwischen, so ihn bis zum Aeussersten abzuschwächen und aus Rücksichten auf Augenblickserfolge das Endziel, überhaupt die prinzipiellen Momente der

* Septemberheft des Jahres 1911.

sozialdemokratischen Agitation hintanzusetzen. Opportunismus aber in bezug auf innere Differenzen der Sozialdemokratie ist dagegen sehr wohl vereinbar mit einer konsequenten, unversöhnlichen Gegnerschaft gegen eine opportunistische Taktik der Partei nach aussen. Als Bebel auf dem Parteitag in Magdeburg die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages gegen die Beschuldigung des Parteiverrats in Schutz nahm und gegen einen Vorschlag, sie aus der Partei auszuschliessen, auftrat, handelte er „opportunistisch“. Aber das schwächte nicht im geringsten die Schärfe und die Wucht seiner prinzipiellen Kritik der Budgetbewilligung seitens der badischen Genossen und seiner Attacke gegen diese. Er ist eben vom „Willen zur Gemeinsamkeit“ ebenso stark beherrscht wie vom Willen, keine den programmatischen und taktischen Grundsätzen der Sozialdemokratie widersprechenden Tendenzen in der Partei zur Geltung kommen zu lassen. Und diese Grundsätze bilden auch bei Adler den ideellen Boden oder die Schranke für die Betätigung seines Willens zur Erhaltung der Einigkeit in der Partei. Als die zum Anarchismus neigenden „Jungen“ (später wurden sie fast alle oder die meisten unter ihnen Ultrareformisten und Revisionisten) am Beginn der Neunzigerjahre auch in Oesterreich sich bemerkbar machten, da trat Adler ihnen gegenüber in schärfster (aber nicht gehässiger) Weise auf und erklärte ihnen auf dem Parteitag von 1892 in Wien kategorisch: „Wir Sozialdemokraten wollten allerdings nicht eine ‚Partei verschiedener Schattierungen sein‘, sondern eine festgeschlossene Partei, . . . die durchaus einig ist über den Weg und durchaus einig über das Ziel, und wir haben durchaus nicht die Absicht, in diese Dinge Verwirrung hineinbringen zu lassen.“ Und wie oder auf welcher Basis wurde denn die Einigkeit in der österreichischen Arbeiterpartei in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre hergestellt? Etwa auf Kosten der marxistischen theoretischen und taktischen Grundlagen der internationalen Sozialdemokratie — vermittels eines eklektischen Breies aus Brocken von Marxismus und Anarchismus? Das Hainfelder Programm gibt die Antwort auf diese Frage. Und der Kongress, auf dem es angenommen wurde, kam eben zustande, erst nachdem die vorgeschrittenen Elemente des Proletariats unter der Leitung Adlers in heftigen Kämpfen mit den Vertretern anarchistischer, terroristischer und geheimbündlerischer oder verschwörerischer Tendenzen in der Arbeiterbewegung diese Tendenzen überwunden und den verderblichen Einfluss der Wortführer — mit Peukert an der Spitze — der rückständigen, anarchistisch gestimmten Arbeiterkreise gebrochen hatten.

Es ist sehr charakteristisch für die Denkweise Adlers in politischer und taktischer Beziehung, wenn er den „Radikalen“ zuruft: „Ueber die Entfernung vom Ziele mögen Sie denken, wie Sie wollen; aber über den heutigen Zustand der Arbeiterklasse dürfen Sie nicht anders denken, als wie es der Wahrheit entspricht.“ Denn als „Richtschnur für unser Vorgehen“ erklärte er folgende Maxime: „Alles, was auf das Proletariat aufklärend in unserem Sinne wirkt, ist revolutionierend, alles, was auf das Proletariat verwirrend wirkt, halten wir für reaktionär.“ Die „erste Aufgabe“ der Sozialdemokratie ist deshalb, das Proletariat über die Verhältnisse, über „die Dinge, wie sie liegen“ aufzuklären und ebenso darüber, „was wir wollen“. Die sozialdemokratische Taktik muss auf dem „Grundsatz“ basieren, „das Moment der ökonomischen Notwendigkeit, die Idee der Entwicklung in den Vordergrund zu stellen“ und nie das Ziel unserer Partei in der Agitation ausser acht zu lassen; welche Formen der Klassenkampf des Proletariats zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Umständen auch annehmen kann und mag, niemals darf die Sozialdemokratie in ihrer Agitation unterlassen, darauf hinzuweisen, das den Arbeitern klarzumachen, „dass alle politischen Kämpfe nur dienen der ökonomischen Befreiung des Proletariats, der Beseitigung des eigentlichen Klassenstaates“. Nun in der Wirklichkeit geht ja nicht immer alles nach unseren Wünschen. Und so klagt denn unser Adler öfters über die Mängel der Parteiagitation in prinzipieller Hinsicht, die durch den „widerwärtigen Kleinkrieg“ der Partei, um nur den Boden für ihre Tätigkeit zu erkämpfen, verursacht werden. Desto eindringlicher mahnt er die führenden Parteigenossen, in prinzipiellen Erörterungen und prinzipieller Agitation „in dem Masse“ sich zu befassen, als es die Pflicht der Partei erheischt.

Der Wille zur Gemeinsamkeit verleitet also Adler keineswegs zu einer sentimentalen Verschwommenheit und artet nicht aus in eine prinzipienlose Gleichgültigkeit gegen

die in der Partei sich geltend machenden prinzipiellen und taktischen Tendenzen. Mit Entrüstung protestierte er auf dem Parteitag vom Jahre 1907 gegen die Versuche, die österreichischen Sozialdemokraten „als die Musterknaben des internationalen Opportunismus“ hinzustellen. „Die österreichische Sozialdemokratie nimmt für sich in Anspruch,“ sagte er, „dass sie in dem entscheidenden, im prinzipiellen Punkt unserer Politik nicht ein Haar breit von ihren obersten Grundsätzen abgewichen ist“, dass sie „das Ziel wegen augenblicklicher politischer Vorteile“ niemals opferte. Um aber eine Politik zu machen, die in organischer Weise die Verfolgung des „Endzieles“ der Sozialdemokratie mit den Notwendigkeiten des „Kleinkrieges“ und den täglichen Kämpfen um die Besserstellung der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in sich vereinigt, muss man einen sehr feinen historischen Sinn haben und — selbstverständlich — von den ökonomischen Lehren und der historischen Auffassung des modernen Sozialismus tief durchdrungen sein. Und dies trifft in hohem Masse bei Adler zu. Abgesehen von Russland und — vielleicht — auch von den südlichen Staaten unseres Kontinents, ist die Verbindung dieser beiden Elemente der Weltanschauung bei einem Führer der Sozialdemokratie nirgends in solchem Grade eine notwendige Voraussetzung für die Erfüllung seiner historischen Pflichten als in Oesterreich, wo die Partei Jahrzehnte für „die Beseitigung einer Kette“ kämpfen musste, die das Bürgertum selbst kettete, die „auch die Entwicklung des Kapitalismus“ hemmte, wo der Sozialdemokratie die Aufgabe zufiel, die Bourgeoisie in ihren eigenen Interessen „zum Marschieren“ zu „zwingen“ und gewissermassen auch die Rolle ihres politischen Lehrmeisters oder Erziehers auf sich zu nehmen.

Genosse Pernerstorfer gab einmal — ich erinnere mich nicht, bei welcher Gelegenheit — seiner Freude Ausdruck darüber, dass die österreichische Sozialdemokratie in der Person Viktor Adlers einen genialen Taktiker hat. Nun, ein genialer Taktiker einer modernen sozialdemokratischen Partei muss auch die psychologischen und moralischen Eigenschaften besitzen, die nötig sind, um die „Sicherheit und das gegenseitige Vertrauen“ unter den Genossen zu befestigen, des heisst die Einigkeit in ihren Reihen zu erhalten. Dazu ist aber vor allem nötig ein stark entwickeltes Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl, das nicht nur bei heftigen Meinungsstreitigkeiten davor zurückhält, den Weg zum Frieden zu verschütten, sondern, umgekehrt, dazu mahnt, „sehr sorgfältig“ darauf zu achten, „dass kein Weg, der zum Frieden führt, verlegt werde“. Im Kampfe mit den Klassengegnern und Feinden des Proletariats müssen und sollen wir rücksichtslos vorgehen. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Partei führt aber die Anwendung einer solchen Kampfweise dazu, die Absichten der andersgesinnten Genossen zu verdächtigen, ihre Ansichten zu verfälschen, sie selbst politisch und moralisch zu kompromittieren, mit einem Wort: Verwirrung und Desorganisation in die Partei hineinzutragen und damit zugleich der fundamentalen Pflicht der Sozialdemokratie — der theoretischen und politischen Aufklärung des Proletariats — ins Gesicht zu schlagen. Von Adler darf man ohne jegliche Uebertreibung sagen: bei ihm ist das Verantwortlichkeitsbewusstsein und das Pflichtgefühl seiner Partei und dem Proletariat gegenüber bis zur höchsten Potenz entwickelt. Der oberste taktische Grundsatz der Sozialdemokratie — die Entwicklung des Klassenbewusstseins des Proletariats, die Aufklärung der Arbeiter über ihre Existenz- und Befreiungsbedingungen — ist bei Adler zum kategorischen Imperativ geworden, zu einem gebieterischen Sittengesetz, das uns verpflichtet, den Arbeitern nicht bloss über den Antagonismus ihrer Interessen zu denen der Kapitalisten die Wahrheit zu sagen, sondern auch sie selbst weder mit demagogischen Schmeicheleien über ihre eigenen Kräfte und Entwicklungsniveaus zu täuschen, noch über die Motive, den realen Inhalt und das Wesen der in der Partei zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten irrezuführen.

Ich glaube, das österreichische Proletariat weiss seinen Führer zu schätzen. Talent und Energie geben wohl das Recht, Achtung zu beanspruchen. Aber — ich darf es aussprechen — ein Führer wie Viktor Adler verdient wahre Verehrung.

Möge er noch viele Jahre dem österreichischen Proletariat und der internationalen Sozialdemokratie erhalten bleiben! Ich wünsche es vom ganzen Herzen.

Emile Vandervelde (Brüssel): Viktor Adler in der Internationale

Es gibt in der Internationale Männer, die den grossen Massen bekannter sind, weil sich ihre Tätigkeit auf viel weiteren Schauplätzen abgespielt hat. Aber es gibt wenige, die Viktor Adler gleichen, ja, ich wage es zu sagen, es gibt niemand, der ihn überträfe durch die Kraft der Gedanken, durch den hohen Flug seiner Gefühle, durch die Verneinung seines eigenen Ich und durch die wunderbare Hingabe an die gemeinsame Sache.

Seitdem ich ihn kenne, war er mir immer ein Vorbild. Ich habe in schwierigen Situationen an ihn gedacht, ich fragte mich dann, wie er an meiner Stelle gehandelt hätte. Ich liebte es, mich durch seine Ratschläge, durch seine Erfahrung und durch sein sozialistisches Gewissen beraten zu lassen.

Unsere österreichischen Genossen, mit denen sich die ganze Internationale vereint, wollen an diesem 24. Juni seinen sechzigsten Geburtstag feiern.

Das ist eine Gelegenheit, auszusprechen, in welchem hohem Ansehen wir diesen Mann halten, den die österreichischen Genossen das Glück haben an ihrer Spitze zu wissen.

Im Internationalen Bureau wird niemand aufmerksamer gehört als er. Unvergleichlich in der Debatte, den gesündesten Menschenverstand in seinem Dienste, mit einer Feinheit der Analyse begabt, die den subtilsten Kommentatoren standhält, ist er vor allem der Mann der vermittelnden Formeln in der Stunde der Versöhnung, aber auch der Mann des eisernen Widerstandes, wenn die Prinzipien, zu denen er sich bekennt, in Frage stehen.

Auf den Kongressen verehrt ihn alle Welt wegen seines Verstandes und wegen seiner Beredsamkeit, die so viel körperliche Schwierigkeiten zu überwinden hat. Er triumphiert über diese Schwierigkeiten vor allem, weil seine Güte, die köstlich durch die leichten Schleier seiner Ironie durchschimmert, alle Herzen zu besiegen weiss.

Dürfte ich es sagen, ohne zu fürchten, dass die anderen es nicht zulassen, so möchte ich behaupten, dass unter seinen Freunden, die für ihn eine ganz besondere Liebe haben, die Belgier in erster Linie stehen.

Vielleicht ist das der Fall, weil wir gegen die gleiche Herrenklasse gekämpft haben, weil wir das gleiche Schicksal getragen haben! Vielleicht ist es der Fall, weil das sozialistische Belgien und das sozialistische Oesterreich die gleichen Schwierigkeiten kennen, sich vor die gleichen Probleme gestellt sehen, vor politische, religiöse und nationale! Stets standen in unserer grossen internationalen Familie die Belgier und die Oesterreicher als die nächsten Freunde zusammen. Unter den Belgiern und unter den Oesterreichern gibt es, — ich bin stolz darauf — keine, die sich ihrer Ueberzeugung nach so nahe stehen wie Adler und ich. Man hat uns eines Tages die siamesischen Zwillinge der internationalen Kongresse genannt. Das hiess freilich mir zu viel, allzuviel Ehre erweisen. Aber ich bewahre von diesem Worte die Feststellung unserer Waffenbrüderschaft. Zur Stunde, wo der Sozialismus beider Welten darangeht, Viktor Adler zu feiern, wünsche ich ihm mit brüderlichem Herzen, was er sich selbst wünscht, mehr als alles andere: Wiederkehren zu sehen den Frieden und die Eintracht unter allen denen, die in der österreichischen Monarchie zwar verschiedene Sprachen sprechen, aber dessenungeachtet sind und sein sollen die Soldaten einer grossen Sache, eines gemeinsamen Ideals.

Karl Renner:

Viktor Adlers sechzigster Geburtstag

Jeder Sozialdemokrat Oesterreichs wie des Auslandes hat das Bedürfnis, unserem Doktor an diesem Tage „öffentlich und vor mehreren Leuten“ viel Liebes und Schönes ins Gesicht zu sagen. Auch wir möchten es gerne, wenn es nur ginge. Es ist ein Uebel mit ihm, denn gerade das verträgt er nicht. Er hat uns, die wir einmal von Gottes Zorne Oesterreicher sind, damit zwar gut erzogen, aber schwer geschlagen. Kürnberger hat in einer seiner glänzenden Studien das Oesterreichertum in der Politik treffend gezeichnet: Der Oesterreicher nimmt alle politischen Vorgänge persönlich, sein politisches Urteil erschöpft sich in der Verhimmelung oder Verdammung von Personen und dringt nie bis zur Sache vor; Personenkult verschliesst ihm jedes Verständnis für die Dinge. Seither hat Lueger dieses österreichische Laster zu seinem System gemacht und auf ihm seine Grösse aufgebaut. Es war daher eine heilsame Zucht an der österreichischen Arbeiterschaft, dass Viktor Adler allezeit dem flammendsten Enthusiasmus der Versammlungen Trotz bot und Hochrufer mit eisigkalter Belehrung abtat. Alles Persönliche war ihm von je ein Greuel und unvergessen bleibt — es sind just zehn Jahre — sein Engels-Zitat vom „lumpigen Individuum“, mit dem er eine Ruhmesrede im vertraulichen Kreise beantwortete.

Nicht ihm zum Lobe, sondern uns selbst und der Partei zuliebe müssen wir dennoch uns Rechenschaft darüber geben, was die österreichische Arbeiterschaft, was die Sozialdemokratie an Viktor Adler besitzt, was seine Persönlichkeit uns lehrt, wozu sein Wirken uns verpflichtet. Nicht seine Geschichte zu schreiben unternehmen wir, sie ist nur als Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie und als einer der wichtigsten Abschnitte der Staatsgeschichte Oesterreichs im letzten Vierteljahrhundert darzustellen. Wozu es uns an diesem Festtag des österreichischen Proletariats drängt, ist, als Schüler den Meister zu bekennen. Alle lebenden Sozialdemokraten in Oesterreich sind Adlers Schüler im Denken wie im Handeln. Adler und seines Wesens Kern verstehen heisst die Eigenart der österreichischen Sozialdemokratie begreifen.

Nirgends lässt die Klassenbewegung sich von den sie ausdrückenden Persönlichkeiten absondern, aber die proletarische Geschichte ist überall ganz überwiegend Massenhandeln. Das springt besonders scharf im Aufstieg des Proletariats Deutschlands hervor. Der bürgerlichen Literatenwelt ist an den Denkwürdigkeiten Bebels die keusche Unpersönlichkeit der Darstellung aufgefallen, deren tiefere Wurzeln sie nicht fasste. Bebel, ganz erfüllt von dem Denk- und Willensinhalt seiner Klasse, sieht überall vorerst diese Klasse und stellt sie dar, er fühlt kaum, dass und wie man anderes von ihm erwarten könne, das Persönliche wird dabei bloss Anmerkung. In erster Linie ist die Arbeiterbewegung des Deutschen Reiches auch gemacht von den ungenannten Talenten und Temperamenten des Millionenheeres, das heute durch die zeitweiligen Streitigkeiten seiner Literatur kaum merklich berührt ist. Das ist ein Strom, dessen Oberflächenwellen seinen Lauf nicht verursachen, sondern bloss andeuten.

Nicht so gestaltet sich die Arbeiterbewegung in den Anfängen überhaupt, nicht so hat sie sich insbesondere in Oesterreich gestaltet. Denn das Proletariat Oesterreichs ist an sich so zerrissen und verschiedenartig, wie in keinem Lande der Welt. Nicht nur, dass es acht Sprachen spricht. In jeder Nation hängt es an der besonderen Nabelschnur seiner nationalen Ueberlieferungen, in jedem Landesteil hat es sein besonderes Temperament. Der langsam denkende, spät erfassende, aber in gläubiger Treue festhaltende Arbeiter der Alpenländer — um nur die Deutschen zu erwähnen — ist ein anderer Sozialist als der philosophierende und phantasierende Isergebirgler, beide unterscheiden sich von Grund aus von dem rasch entschlossenen, rasch ermüdeten Wiener, dem ein Quentchen auffallender Tat und sichtbaren Erfolges lieber ist als ein Pfund Theorie. Noch grössere Abstände liegen zwischen dem tschechischen, polnischen und italienischen Proletariat. Dazu aber kommt, dass diese Arbeiterkompagnien in jedem Ländchen vor anderen Gegnern und vor teilweise anderen Aufgaben standen. Ein wahres Wunder

ist es darum, dass die österreichische Arbeiterbewegung nicht die Beute aller erdenklichen sozialistischen Sekten geworden oder besser geblieben ist. Denn sie liess sich anfangs so an.

Dieses Wunder ist vollbracht worden, ist getan von Viktor Adler. Das grösste theoretische Genie, die flammendste sozialistische Phantasie hätte das in der Natur der österreichischen Bewegung liegende Uebel eher verschärft. Einer anders gearteten Persönlichkeit bedurften wir und wir fanden sie in Viktor Adler. Es ist schwer, den Schlüssel seiner Persönlichkeit zu geben und das Eigenartige in Worten zu definieren. Versuchen wir, zunächst die Anschauung dessen zu gewinnen.

* * *

Rufen wir einige Episoden in unsere Erinnerung, die uns Adler zu charakterisieren scheinen.

Eine Kleinigkeit: Eine Kinderfeier im 10. Bezirk. Ein Reimspruch eines kleinen Mädchens aus der grossen Schar, ein huldigender Blumenstrauss. Was sieht Adler an der Schar, wovon spricht er? „Dass ihr so blass seid, Kinder!“ Worum die Alten kämpfen, ist just, dass die Kinder Luft, Licht, Nahrung erhalten, dass sie aufwachsen in Gesundheit, im Freien.

Ein gewaltiges Ereignis: Die Teuerungsdemonstration vom 17. September und ihr Nachspiel im Parlament, Gautsch' herausfordernde Rede, Hohenburgers Hohn, wütende Ausbrüche des Hasses. Könnte man hundert der grössten Sozialdemokraten der Erde zu dieser Sache reden hören, jeder würde anderes zuerst sehen, anderes am meisten hervorheben. Was erschüttert Adler und womit erschüttert also auch er das Parlament? Er hat die langen Reihen der Demonstrierenden vor seiner Seele, er führt sie vor, das sorgenvolle, magere Antlitz der Frauen und die zarten Häupter der Kinder, deren Antlitz die Entbehrung den Zug der Greisenhaftigkeit aufgeprägt hat. — Hier fiel der Schuss des Njegus.

Ein anderes Wort, aus einer Arbeiterversammlung, Herbst 1891; ich habe es als Student gehört und vergesse es nie. Der Regierungsvertreter will die Versammlung auflösen. „Die herrschenden Klassen mögen euch durch ihre Büttel verbieten, euch hier zu versammeln, was nützt es ihnen? Morgen früh um 7 Uhr rufen sie selbst nach euch, versammeln sie euch selbst in hellen Haufen um ihre Maschinen und beweisen euch, dass ihr zusammengehört, Leib an Leib.“ Kann man den theoretischen Satz von der Konzentration der Arbeitskraft durch das Kapital drastischer veranschaulichen und praktischer verwerten?

Und wieder ein Zug aus dem Parlament. Annexionskrise. Strassenkämpfe auf dem Graben in Prag, Obstruktionssturm im Hause. Inmitten der heftigsten Erregungen, der grössten Sorgen und Zweifel hat Viktor Adler Zeit, an dem endlichen Verbot des weissen Phosphors zu arbeiten.

Und noch einen: Heute ist das Parlament aufgewühlt durch die ungarischen Ereignisse, die taktische Führung im Hause, die Klubarbeiten schaffen viele Mühe; dabei verliert Viktor Adler keinen Augenblick die Aktion für Tuberkuloseheilstätten aus den Augen.

Diese flüchtigen Blicke in eines Mannes Seele offenbaren uns dieser Seele Geheimnis: Für Viktor Adler ist das Proletariat allen voran nicht die neue Menschheitsidee wie für Lassalle, nicht der starke Hebel der Weltentwicklung wie für Marx. In harter Leiblichkeit steht vor ihm der blasse, bedürftige, kranke Arbeiter, der stirnrunzelnde und faustballende Proletarier selbst: Nicht vermittelt durch Theorien, nicht angenähert durch gemeinsames politisches Verstehen oder durch soziale Sentimentalität. Zwischen seinem Geist und dem Arbeiter ist keine Brille. Die harte Gegenständlichkeit zeichnet seinen Blick aus. Es ist der Blick des Arztes. Er wäre ein grosser „Medizinmann“ geworden, wenn sein Herz für das Leiden des einzelnen nicht zu weit, sein Verstand für die Beschränkung auf ein Spezialübel nicht zu hoch gewesen wäre. Arzt der Menschheit, Hygieniker einer Welt zu sein, wurde ihm allmählich Beruf. Er kam von der Medizin, es trieb ihn zur Gewerbeinspektion, über die Gewerbeinspektion zur sozialen Prophylaxe, zur proletarischen Kampfpartei.

Dass er von der Medizin ausging, ist uns dabei zufällig, worauf das Gewicht liegt, ist diese Gegenständlichkeit seines Denkens, die immer hart am Dinge ist, von dem Dinge ausgeht, im unmittelbaren Anschauen dessen, was ist, ihre Stärke hat und nichts so sehr verpönt als in menschlichen Dingen das Zufällig-Persönliche, in gedanklichen Dingen die vage Allgemeinheit, die tönende Phrase. Bloss beachtenswerte Nebenwirkung ist dabei sein Abscheu vor dem Personenkult, diese politische Keuschheit im persönlichen Wesen, welche auf der anderen Seite zum vernichtenden Hohn für alle Aufgeblasenheit, zum berühmten Sarkasmus Adlers wird, der gemachte Autoritäten mit einem einzigen Wort niederschlägt. Nur ein so gegenständlicher Geist entkleidet den Gegenstand seines Beschauens mit einem Blick des erborgten Purpurs. Vielleicht erinnert sich ein oder der andere Leser jener kurzen Spitzglosse der „Arbeiter-Zeitung“, welche Holzinger moralisch vernichtete.

Diese Gegenständlichkeit seines Denkens ist seine schriftstellerische und rednerische Kraft, weil sie sofort mit unheimlicher Raschheit an die Stelle des Wortarguments und der festgeprägten sozialen Formel die Tatsache setzt. Der Reichenberger Staatsanwalt zum Exempel findet bei der Schwurgerichtsverhandlung November 1893, Adler handle gemeingefährlich, wenn er die Arbeitermassen über ihr Elend und über die Tatsache ihrer Ausbeutung aufkläre; das heisse mit brennendem Licht unter Pulverfässern hantieren. Adler dagegen: Wenn der Herr Staatsanwalt diese Gefahr beseitigen will, dann schaffe er gefälligst die Pulverfässer weg, nicht aber das Licht, das zeigt, dass Gefahr vorhanden ist. Und zu den Geschwornen: „Ich habe hier an die dreissig Mal den Eid sprechen gehört, ich verpflichte mich, zu sagen die reine und volle Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Wenn wir Sozialdemokraten auf die Tribüne steigen, so haben wir das Gefühl, dass wir verpflichtet sind, die reine Wahrheit zu sagen und nichts als die Wahrheit, aber auch, und das wird mir zum Verbrechen gemacht, die volle Wahrheit.“

Selbstverständlich folgt aus dieser Veranlagung die innigste Zuneigung zu den Naturwissenschaften und zu ihrer induktiven Methode, selbstverständlich folgt jede geschriebene Zeile, jedes gesprochene Wort dieser Methode und sie macht ihn gemeinverständlich in den schwierigsten Fragen und hinreissend durch die nüchterne Wucht der sprechenden Tatsachen. Adler war nie ein fliessender, nie ein Schönredner, und dennoch wirkungsvoller als alle. Seine ganze Kunst ist die, Tatsachen in ihrer ganzen aufreizenden Nacktheit zu schauen und in seiner zögernden Weise die Tatsachen sprechen zu lassen. Das nüchterne Wort, das nüchterne Erfassen durch den Verstand hat die stärksten Leidenschaften des Herzens entzündet, wovon wir Jüngeren tausendmal Zeugen waren.

* * *

Ein junger Arzt suchte um 1885 die einzelnen, verstreuten, durch Attentate und Ausnahmezustand, durch Regierungsspitzelei und leidenschaftlichen Bruderzwist miss-träulich gewordenen Sozialdemokraten in ihren Stuben und Werkstätten auf. Wäre ein Prophet gekommen — es gingen viele falsche Propheten um. Wäre ein Propagandist der grossen Tat aufgetreten — auch das Polizeipräsidium hatte solche auf dem Lager. Oder ein tüchtiger Theoretiker? Man liebte die Theorien, aber dafür hatte man gute Bücher, einsame Nächte oder stille Stunden im Gefängnis. Wohl besass Adler das ganze Rüstzeug der Theorie Karl Marx' und Friedrich Engels', den er in London aufgesucht hatte, wohl war er damals wie später so oft zum grössten Entschlusse bereit, wo es um Tod und Leben ging. Aber er kam als Viktor Adler und seine Frage und Antwort war: Was tut euch Arbeitern jetzt im nächsten Augenblick am meisten not?

Seherblick, Heldenmut, Todesverachtung? Nein. Kleine, nüchterne Dinge; setzt euch erstens einmal wieder zusammen, redet ruhig miteinander, lernt euch kennen. In jenen Nöten, wo die Willkürakte der Regierung die Leidenschaften zu Verzweiflungsthaten aufpeitschten, gehörte zu dieser Taktik wahrhaftig das Genie nüchterner Gegenständlichkeit. Es ist der Arzt, der den zwischen Leben und Tod Ringenden auf den dunklen Fleck der Bettdecke aufmerksam macht, um seine Sinne zu sammeln. Verdächtigungen und Beschimpfungen hagelten auf den Doktor nieder. Bloss Symptome

krankhaft gereizter Seelen. Welche Kraft zum Unpersönlichen! Und immer wieder das eine Wort von dem, was jetzt not tut. Kommt zusammen, seid einig! Dynamit — an sich zuweilen gut, aber jetzt zunächst ein Wochenblättchen! Viele grosse, herrliche Prinzipien — ausgezeichnet, aber ein einziges, ganz kleines, auf das sich zunächst alle einigen, ist praktisch besser. Das tiefste, heimliche Einverständnis, heimlich bis zur Verschwörung — vortrefflich; aber zunächst eine ganz kleine öffentliche Aktion, nur so probeweise, wäre nicht zu verachten, schon damit die Herrschenden sehen, dass man noch lebt und wieder Mut hat! Diese zähe Klugheit besiegte das Misstrauen, schaltete den theoretischen Streit in den hunderttausend anderen Punkten aus, zog die Arbeiterbewegung aus der Nacht der Verschwörung an den Tag und führte das österreichische Proletariat nach Hainfeld.

Ihr namen- und zahllosen Werkstättenvertrauensmänner, junge Apostel in der Wildnis des Indifferentismus oder des Prinzipienhaders, hier habt ihr den Lehrgang der sozialistischen Rekrutenschule!

Wir alle mussten lernen, uns an den Gegenstand zu halten, und das ist eine harte Schule. Denn je kühner das Denken, desto weiter geht es in die Breite, je kühner der Wille, desto höher versteigt er sich. Aber es ist falsch, zu meinen, es komme erstens auf dieses, zweitens auf jenes an — immer ist es nur eines allein, worauf es jetzt ankommt und so ist es alle Kunst der Tat, ihren Gegenstand sofort zu erkennen und ausschliesslich zu erfassen. Falsch ist es, zu meinen, die geschichtliche Tat sei in der Regel das, was man eine Grosstat nennt, und sie springe fertig in die Welt wie Minerva. Die Grosstat baut sich auf wie ein gotischer Dom — aus lauter kleineren und grösseren Steinen. Sie ist im Grunde ganz kommune Tagesarbeit und „das Beste am Genie ist der Fleiss“: ein Lieblingswort Adlers, ein treffendes Wort auf Adler, dessen zäher Arbeitseifer kaum die Grenzen des Schlafes, sicher nicht die Grenzen der Nacht einhält.

Dass es jeweils nur auf einen Gegenstand allein ankommt, wie viele auch nebenher mitlaufen, diese Einsicht des Gegenständlichkeitsgeistes, hat der österreichischen Sozialdemokratie im Wahlrechtskampf den grössten Dienst getan und jene, denen diese Einsicht fehlt, haben leicht schmähen: dies und das wurde vernachlässigt, dem Nationalismus wurden Konzessionen gemacht, die Tschechen wurden verzogen und was derlei halb berechnete Einwände mehr sind. Sonnenklar ist: Nur das einmütig kämpfende Proletariat konnte das Wahlrecht erringen, nur sein geschlossener Aufmarsch im Parlament konnte seine parlamentarische Stellung begründen! Nicht auf das Wie der Einheit, nicht auf die Mittel ihrer Bindung kam es zunächst an, sondern auf die Tatsache der Einheit selbst. Es war Adlers Tat, die Einheit zu schaffen und zu erhalten, bis der Sieg unser ward. Adlers Verdienst ist es, dass die sozialdemokratische Gesamtfraktion im Parlament fortbestand, bis ihre Machtstellung allen Einkreisungsversuchen zum Trotz unerschütterlich geworden. Das kostete schwere Opfer, die schwersten Opfer an Arbeitskraft, die schwerste Lebensverausgabung, vielleicht Adler selbst. Nun der eine Gegenstand gesichert, bleibt der andere zu erfassen. Ward in jenen Schlachten manches Ackerfeld zertreten, so ist die Klage darum kindisch, die Anklage unberechtigt. Es ist eben ein neuer Tag mit neuem Gegenstand und die Ackerkrume harret des Pfluges.

* * *

Ohne diese Kraft der Konzentration hätte die österreichische Sozialdemokratie ihre bisherigen Erfolge nicht so rasch erreicht, ob sie nun eine angeborene oder eine im Kampfe selbst erworbene Eigenschaft Adlerschen Geistes ist. Wenn schon nicht um des Jubilars willen, sondern der taktischen Einsicht wegen, die wir aus seinem Wirken lesen, muss er gestatten, dass er zum „Gegenstand der Diagnose“ gemacht wird, zum Lernmittel für alle des Lernens Beflissene. Er sehe, dass man nicht ungestraft sechzig wird, und halte auf dem moralischen Seziertisch still.

Die Gabe der Gegenständlichkeit hat ja auch ihre Laster. Sie kennt nur das Heute und schlimm ergeht es jenem, der ihr mit der „eingefrorenen Trompete“, mit der guten Idee von gestern naht, nicht besser jeuen, die sich mit dem Morgen und Uebermorgen

beschweren, den Weitsichtigen, den „Konstrukteuren“ oder jenen, die uns heute schon in Statuten und Programmen binden, weil diese Selbstbeschränkung zurzeit in Hinblick wohlthätigen Schutz vor dem Uebergriff der andern bieten könnte. Wie gehen dieser Gegenständlichkeit alle Formeln, Reglements und Geschäftsordnungen auf die Nerven! Ist ihr doch jedes Ding Ding an sich und nicht Kategorie oder Form, Ding und nicht Regel. Ihr ist das Formale ein Wesen der vierten Dimension, das Juristische daran eines der fünften. Unsere Sekretäre, unsere Geschäftsordnungshüter, unsere Geschäftsführer wissen von dieser Gegenständlichkeit manches Lied zu singen. Denn die Menschen sind verschiedener Artung und können sich so zum Glück ergänzen. Man lernt nicht alles von einem.

Aber jene bewusst, mit Absicht kurzsichtige Gegenständlichkeit hat den Vorzug, zu wissen, dass man Schritte machen muss, wenn man gehen will, und springen, wenn der Graben da ist. Der politische Empiriker geht Schritt für Schritt und versäumt keinen Stein aus dem Wege zu räumen. Auf diese Art hat Adlers Wirken vorerst die Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen, auch ihre gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation, in sorgfältigster Detailarbeit auszubauen geholfen. Die Sorge ums Detail der Organisation, selbst das Handwerksmässige an ihr hat er sich anfangs nie, später ungern erspart. Allerdings konnte er dies nur vermöge seiner unglaublichen Arbeitskraft, die kaum jemand seinem von vornherein nicht überaus gesunden Körper anmerken würde.

Schritte machen, um vorwärts zu kommen, hiess für Adler vor allem auch die systematische Einnahme jeder einzelnen gegnerischen Position, die systematische Befestigung eigener Positionen. In erster Hinsicht wirkte er weit über den Rahmen der Partei auf das öffentliche Leben Oesterreichs. Denn dieser seiner Taktik danken alle Parteien Oesterreichs das bisschen Rechtsstaat, das bisschen Gesetzesgeltung, das wir besitzen. Seit der Begründung des Wochenblattes bis heute wurde mit zäher Folgerichtigkeit ein Bezirkshauptmann, ein Richter nach dem andern aufs Korn genommen, kein Justizirrtum und keine Justizbrutalität ausser acht gelassen und so lange das öffentliche Gewissen gepeitscht, bis die Methoden der Ausnahmszeit völlig diskreditiert wurden. Die Konfiskationspraxis wurde illusorisch, die Ueberwachung der Versammlungen durch Regierungskommissäre durch deren Blossstellung lächerlich gemacht. Die Entdeckung des § 2 des Versammlungsgesetzes allein schlug den Behörden ihre gefährlichste Waffe aus der Hand. Kaum jemals wird sich feststellen lassen, auf welche und wie viele Mitarbeiter Adlers sich das Verdienst um die Aushöhlung der Reaktion verteilt; gewiss ist, dass alle unsere Redner auf der Tribüne und alle Redakteure bald die Findigkeit und den ätzenden Sarkasmus nutzbar verwerteten, der echte Schule Adlers ist. Diesen Kampf ums Recht lernten alle demokratischen Parteien Oesterreichs der Sozialdemokratie ab und so dankt das Land das meiste, was es an wahrhaft demokratischem Wesen besitzt, mittelbar dem Wirken Adlers. Von vornherein legte er, seiner ganzen Natur nach, dabei weniger Gewicht auf die papierene Gesetzesänderung als auf die Revolutionierung der Praxis. Die Verwaltungsreform, welche die von ihm geführte Sozialdemokratie ohne Verordnung dem Staate abgerungen, wird niemals durch irgend eine kaiserliche Kommission erreicht werden.

Die Erringung und Befestigung aller dem Proletariat erreichbaren Machtpositionen, das was man die politische Beteiligung am Staate nennt, vollzog sich in Oesterreich ohne theoretische Skrupel, als Selbstverständlichkeit. In den achtziger Jahren war noch die Teilnahme an den Gehilfenversammlungen bestritten, seither ist mir kein strittiger Fall der Beteiligung bekannt. Es liegt im ganzen Geiste unserer Arbeiterbewegung, jede Spanne Boden, die erkämpft werden kann, auch zu besetzen, beträfe es nun eine Personaleinkommensteuer-Kommission oder den Posten des Vizepräsidenten. Wir haben darüber nie geklügelt und, wenn die Sache sehr bedenklich schien, uns meistens so entschlossen: Man wirds halt probieren. Lieber in praktischer Betätigung irren, als tatlos recht haben; lieber mit den Genossen irren, als gegen sie und ohne sie recht haben; die Tatregungen der Masse beachten, leiten, hemmen oder steigern und zum positiven Ziele führen; ihr nichts suggerieren, niemals sie täuschen und noch weniger sich selbst über sie täuschen wollen, aber ihren erkannten Instinkt zur Tat durch die

hemmende Kraft der Vernunft bändigen und zur zielbewussten wohlverstandenen Aktion organisieren, die am rechten Ort, zur rechten Zeit und in richtigem Masse einsetzt; nie versprechen, ohne zu erfüllen, nie drohen ohne bereitstehende Verwirklichung; nie ausrücken, ohne zu wissen, wie man heimkommt, und nichts beginnen, dessen Ende nicht absehbar und absteckbar — kurz die Methode der Induktion, auf die politische Praxis angewandt, ist die Adler eigenartige Schule.

* * *

Und darum ist sein ganzes Wesen, eben weil im höchsten Sinne praktisch, im tiefsten Grunde wissenschaftlich und marxistisch. Es ist wahrhaftig schade, dass ihm die Fülle positiver Arbeit so selten gönnt, in Fragen der Theorien zu sprechen. Ich halte ihn gerade deshalb für den besten Marxisten der Praxis, weil er, wohl vertraut mit Marx' ganzem System, das man das theoretische Bewusstsein der Arbeiterklasse nennen kann, in der Praxis zunächst nicht von diesem theoretischen Bewusstsein, sondern von dem tatsächlichen Sein der Klasse im ganzen wie im einzelnen ausgeht. In ihm ist lebendigste Wahrheit der Satz: Unser Sein bestimmt und bestimme unser Bewusstsein, die lebendige Praxis der Klasse begründe und bestätige unsere Theorie. Es ist die Stärke seiner Natur, dass der Arbeiter einzeln und die Arbeiterklasse in leibhaftiger Gegenständlichkeit immer als Erstbestimmendes vor seinem Auge und vor seinem Herzen steht, nicht vermittelt durch die Brille der ökonomischen Kategorie. Die Arbeiterklasse in ihrer revolutionierenden Praxis, intuitiv angeschaut; ihr Leiden als physischer Schmerz mitempfunden, ihr Denken liebevoll mitgedacht, ihre Willensregung sorgfältig beachtet und durch eine titanische Verstandeskraft auf den Weg der Tat gelenkt — und so täglich die neue, die induktive Probe, das naturwissenschaftliche Experiment auf die Richtigkeit unserer Lehrsätze angestellt: das ist Adlers Marxismus. Und darum hat er in den wenigen theoretischen Äusserungen, die er getan, nach meinem Empfinden immer recht behalten.

Marxist ist er vor allem auch in der Universalität seines Geistes, mit der er an der Bewegung der Weststaaten und vor allem an der polnischen und russischen Sozialdemokratie den unmittelbarsten Anteil nimmt. Von der österreichischen Politik völlig in Anspruch genommen, fühlt er diese Einschliessung schwer wie Verurteilung oder Verbannung. Denn vom Hause aus ist er Bürger des ganzen sozialistischen Abendlandes und in den wenigen Mussestunden beschäftigt mit den Problemen der Sozialdemokratie Deutschlands und Frankreichs, Italiens und Belgiens, Russlands und der Welt. Für uns österreichische Sozialdemokraten stellt er die persönliche Verbindung mit der Internationale dar, in deren Rat er eine der gewichtigsten Stimmen führt. Für uns ist er der Sachwalter des grossen Erbes von Marx und Engels im Lande, unser Erbstatthalter im Namen des Weltreiches des Sozialismus, die Verkörperung erdumspannender Tradition und welterneuender Hoffnungen in unserer abgeschiedenen Provinz, und er ist neben all diesen Kategorien des Denkens und unvermittelt durch sie — wir sind eben seine Schüler — die leibliche Gegenständlichkeit innigster persönlicher Liebe.

Otto Bauer: Tisza drüben und hüben

Oesterreich und Ungarn sind selbständige Staaten. Jeder der beiden Staaten hat sein eigenes Parlament und seine eigene Regierung, seine eigenen Gesetze und seine eigene Verwaltung. Darum meint der juristische Kretinismus, der sich an die Paragraphen der Verfassungsgesetze hängt, statt hinter ihnen die bestimmenden sozialen Mächte zu suchen, es brauche uns in Oesterreich nicht viel zu kümmern, was jenseits der Leitha sich ereignet. Aber das Staatsrecht ist trügender Schein. Oesterreich und Ungarn, scheinbar selbständige Staaten, sind in Wirklichkeit eins darin, was des Staates Wesen

ausmacht: eins als Wirtschaftsgebiet und eins als Heeresmacht. Darum ist der Staatsstreich Tizas auch für Oesterreich ein geschichtliches Ereignis. Alle Bedingungen unseres öffentlichen Lebens sind völlig verändert, seitdem Stephan Tisza mit Polizeigewalt die ungarische Obstruktion gebrochen hat. Alle Machtverhältnisse im ganzen Reiche sind umgewälzt, seitdem der magyarische Adel der Krone das Wehrgesetz an einem Tage fertiggestellt hat. Wir werden es in Oesterreich noch zu spüren bekommen, was Tizas Sieg für uns bedeutet!

* * *

Die Krone hat im Jahre 1903 von dem ungarischen Reichstag die Erhöhung des Rekrutenstandes verlangt. Der magyarische Adel forderte die magyarische Kommandosprache als Kaufpreis. Der Preis war der Krone zu hoch. Nun galt es, den Widerstand des Adels zu brechen. Darum bedrohte die Krone den Adel mit der Wahlreform: gebt ihr nicht nach, dann stossen wir euch von der Macht und setzen Bürger und Bauern an eure Stelle. Das hat gewirkt. Der Adel hat nachgegeben: er musste der Krone ihren Willen tun, um sich im Besitze der Macht zu behaupten. Er hat der Krone die Wehrreform geliefert und zum Lohn dafür belässt die Krone ihn an der Macht. Die Wahlreform war den Herrschenden ein Mittel zu dem Zwecke, den widerspenstigen Adel kirre zu machen. Das Mittel hat seinen Dienst getan; die Krone hat nun keinen Grund mehr, auf der Wahlreform zu bestehen. Sie hat erreicht, was sie 1903 gefordert hat.

Der Teil des Adels, den Stephan Tisza vertritt, hat schon 1903 die Erhöhung des Rekrutenstandes bewilligen, schon 1904 den Widerstand der Unabhängigkeitspartei brechen wollen. Damals schon verstand er, dass der Adel, von den rechtlosen Klassen und Nationen im eigenen Lande bedroht, einen Kampf mit der Krone mit dem Verlust seiner ganzen Macht bezahlen müsste. Aber damals wandte sich noch die Mehrheit des Adels gegen Tisza; er bezahlte sein Wagnis mit jähem Sturze. Seit den Tagen Kristoffys aber ist der Adel klüger geworden; er hat begriffen, was auf dem Spiele steht. Darum konnte Tisza jetzt vollbringen, was ihm 1904 misslungen ist: den Widerstand brechen, die Wehrreform der Krone liefern und dafür die Sicherung der Adelherrschaft eintauschen.

Es ist töricht, der Krone oder dem Adel Vorwürfe zu machen; verständnislos, Stephan Tisza einen Wahnsinnigen zu nennen. Krone und Adel haben getan, was ihr Interesse, ihr geschichtlicher Beruf ihnen gebot. Die Krone hat durchgesetzt, was sie 1903 gefordert hat; Tisza hat vollbracht, was er schon 1904 geplant hat. Beide haben ihre Macht gemehrt: die Krone ihr Heer gestärkt, der Adel seine Herrschaft gegen die drohende Wahlreform gesichert. Dass die Krone die Wahlreform aufgegeben hat, seitdem sie ihrer nicht mehr bedurfte, ist selbstverständlich. Das Mittel hat eben seinen Zweck schon erfüllt. Dass der Adel auf alle nationalen Zugeständnisse verzichtet hat, ist weise; anders konnte er seine Macht nicht behaupten. Solche Politik zu schelten, überlassen wir Ideologen, die nicht wissen, was Klassenkampf ist. Uns ist es nichts Neues, dass jede Klasse nichts anderes vertritt als ihr Interesse.

Gewiss, Tizas Sieg konnte nur durch Gewalt, nur durch Beugung des Rechtes errungen werden. Aber darüber mögen sich die Gesetzeshüter aufregen! Wir haben nie bezweifelt, dass jedes Gesetz nur gilt, solange eine Macht hinter ihm steht, es zu schirmen. Wir haben immer gewusst, dass nicht die Paragraphen von Verfassungs-urkunden und Geschäftsordnungen, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse im Lande die wirkliche Verfassung der Staaten bilden. Wir waren stets überzeugt, dass jede Klasse das Recht bricht, wenn ihre Macht in Frage steht. Jede Revolution ist Rechtsbruch: Bruch eines Rechtes, das den tatsächlichen Machtverhältnissen nicht entspricht. Das gilt von der Revolution von oben ebenso wie von der Revolution von unten. Einen Schurkenstreich mögen die Legitimisten, denen jede alte Satzung heilig ist, Tizas Tat nennen; Sozialdemokraten ziemt solche Sprache nicht.

Nein, die Krone und der Adel — sie beide haben getan, was ihr Interesse ihnen gebot, ihr geschichtlicher Beruf ihnen auferlegte. Sie trifft kein Tadel.

Aber wo blieben die anderen Klassen im Lande, die anderes Interesse und anderen geschichtlichen Beruf haben? Wo waren sie, als die Tat vollbracht ward, die das Land auf lange Jahre der Hoffnung auf eine demokratische Wahlreform beraubt, die für lange Jahre das Land hoffnungslos der Alleinherrschaft des Adels ausliefert?

Eine von diesen Klassen hat den geschichtlichen Augenblick verstanden; eine von ihnen hat alles an die Sache gewagt. Die Arbeiter haben ihre Pflicht erfüllt. Die heldenhafte Erhebung vom 23. Mai beweist, dass Ungarns Proletariat zur Stelle war. Aber in dem agrarischen Lande ist die industrielle Arbeiterschaft eine kleine Minderheit. Sie musste unterliegen, wenn sie nicht Hilfe fand bei den anderen Klassen. Wo sind sie geblieben?

Wo blieb jener Teil des Adels, der sich gegen Tisza wehrte? Jener Teil, in dem der alte Kuruzzenhass gegen die Fürstengewalt noch stärker schien als die Furcht vor der Demokratie? Die Justh und Kossuth, die Apponyi und Polonyi, wo waren sie? O, sie haben protestiert! Aber nicht der Gewalt — der blossen Andeutung der Gewalt, der symbolischen Berührung des Polizeikommissärs Pavlik sind sie kampfflos gewichen! Sie haben es nicht versucht, ob das Land sich erheben würde, wenn im Parlament wirklich die brutale Gewalt der Fäuste, der Polizeisäbel, der Revolver entschiede! Sie haben es nicht versucht, Munizipien und Komitate zum Widerstand gegen die Zentralgewalt aufzufordern! Kampfflos, mit leeren Worten sind sie gewichen!

Wo war die magyarische Bourgeoisie, als es den Kampf gegen die Adelherrschaft galt? Von dem einen jüdischen Getreidehändler abgesehen, blieb sie stumm. Sie ist ja nur mit halbem Herzen bei der Sache der Wahlreform, die die Kräfte des Proletariats und der Nationalitäten entfesseln würde!

Aber die Nationalitäten, sie, die Heloten Ungarns, mussten sich doch erheben! Meint ihr? Wo waren die vierzig kroatischen Abgeordneten des ungarischen Reichstages in den Tagen des Kampfes? Ist ein Cuvaj noch nicht genug für den Langmut der Kroaten? Und die Deutschen? Ach, die Sachsen brauchen ja magyarische Hilfe gegen die rumänische Flut! Und die Rumänen, die Slowaken? Kein Sterbenswörtchen haben wir von ihnen gehört!

So war die Arbeiterklasse Ungarns allein. Sie allein hat es gewagt, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Aber was sind Proletarierfäuste gegen Mannlichergeschosse und Maschinengewehre? Die Macht stand hinter dem Pakt der Krone mit dem Adel. Und keine Macht gegen sie. Darum entrüstet euch über Stephan Tisza nicht! Von ihm gilt doch, was Lassalle von Bismarck gesagt hat: „Und wenn wir Flintenschüsse mit ihm wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann! Jene aber sind — alte Weiber!“

* * *

Die Krone und der Adel haben in Ungarn gesiegt. Ihr Sieg wird nun auch in Oesterreich wirksam werden.

Der ungarische Adel, einen Augenblick durch die Drohung mit der Wahlreform bedroht, sitzt jetzt wieder fest im Sattel. Das Adelsparlament, von der inneren Schwächung durch die Obstruktion befreit, wird stärker sein denn je. Die Wahlreform, die es machen wird, wird an den Machtverhältnissen nichts ändern. Die guten Oesterreicher werden es bei der Erneuerung des Ausgleiches 1917 erfahren, dass der magyarische Adel nun wieder die mächtigste Klasse im Reiche ist.

Auch die südslawischen Hoffnungen sind für Jahre abgetan. Solange der magyarische Adel das Staatsruder mit starker Hand festhält, sind sie Utopien. Das kroatische Bürgertum, das in der Zeit der Krise der magyarischen Herrschaft sich widersetzte, wird gar bald wieder so brav werden müssen, dass man keinen Cuvaj mehr brauchen wird.

Und mit dem Adel siegt die Krone. Sie hat es Ungarn demonstriert, dass Maschinengewehre stärker sind als Hausordnungsparagraphen. Diese Erkenntnis wird auch in Oesterreich fruchten. Schon haben wir die erste Probe erfahren. Kaum war die Wehrreform in Ungarn fertig, trat der Baron Heinold vor die Obmänner der

Parteien, ihnen zu sagen: Jetzt muss Oesterreich nach! Ihr müsst die Wehrreform be-
willigen. Wort für Wort, wie wir es befehlen, und auf den Tag, wann wir es be-
fehlen! Pariert ihr nicht, dann kommt der § 14!

Hätte die österreichische Bourgeoisie noch einen Rest von Kampffähigkeit, dann
hätte das Parlament in dieser Stunde der Regierung beweisen müssen, dass hier Tiszas
Kommando nicht gilt! Es hätte die Wehrvorlage in Verhandlung ziehen, die volks-
feindlichen Bestimmungen streichen, sie nach eigenem Willen umgestalten und dann
seine Wehrvorlage den Regierungen in Wien und Pest präsentieren müssen!

Möglich, dass dann der § 14 gekommen wäre! Die Regierung hätte wohl irgend-
welche Ruthenen oder Kroaten gefunden, die im rechten Augenblick das Haus obstruiert
hätten, um zur Anwendung des § 14 den Vorwand zu liefern! Aber dann desto besser!

Es ist wahr: wir sind abgestumpft gegen den § 14. Wir haben es vor einem
Jahre erfahren, wie teilnahmslos Oesterreich den Verfassungsbruch Bienenrths hingenommen
hat. Aber eine Wehrreform auf Grund des § 14 — das wäre etwas anderes als eine
Notverordnung über das Budgetprovisorium! Um 63.000 Rekruten mehr — auf Grund
des § 14! 63.000 Mann, die sonst nur acht Wochen dienen müssten, zu zweijähriger
Dienstzeit verhalten — auf Grund des § 14! Der Friedensstand des Heeres um
51.000 Mann, die Heereskosten um 80 Millionen Kronen erhöht — auf Grund des
§ 14! Die reitenden Truppen um die zweijährige Dienstzeit betrogen — auf Grund
des § 14! Bei den Fusstruppen 15.000 Mann durch die Willkür eines Hauptmannes
zum dritten Dienstjahr kommandiert — auf Grund des § 14! Wahrhaftig, diesen
§ 14 hätten wir nicht gefürchtet! Das wäre das rechte Mittel gewesen, die Völker aufzu-
peitschen! Das hätte genügt, eine Volksbewegung zu erzeugen, die vielleicht dem
Unfug der das Parlament ruinierenden Alltagsobstruktion, die sicher dem § 14 den
Tod gebracht hätte!

Aber die österreichische Bourgeoisie hat den Kampf nicht aufgenommen. Man
obstruiert hierzulande Tag für Tag für irgendwelche nationalen Sondervorteile und
liefert durch solche Obstruktion nur den willkommenen Vorwand für den Absolutismus
des § 14, den die Revolte der Minderheit gegen die Mehrheit entschuldigt. Aber das
Parlament gegen die Regierung zu vereinigen, eine Regierungsvorlage nach dem Willen
der Parlamentsmehrheit umzugestalten und dann die Regierung, wenn sie wider das
Parlament handeln will, durch eine Volksbewegung auf die Kniee zu zwingen — nein,
das ist nicht die Art der österreichischen Bourgeoisie. Um die Macht kämpfen: Das
kann die Krone, das versteht der magyarische Adel, die durch den Nationalismus zer-
klüftete österreichische Bourgeoisie kann das nicht. Ihre Abwehr des § 14 ist, dass
sie aus Furcht vor ihm wider die eigene Ueberzeugung beschliesst, was sonst eben der
§ 14 verfügen würde! Wir haben hier keinen Tisza; aber alte Weiber gibt es
auch hier.

* * *

Als die Krone im Kampfe gegen den magyarischen Adel stand, appellierte sie
in Ungarn an die Demokratie, um den Adel einzuschüchtern; sie bahnte in Oesterreich
der demokratischen Wahlreform den Weg, um die Kraft ihrer Politik in Ungarn
zu stärken.

Heute ist der Kampf zwischen der Krone und dem magyarischen Adel beendet.
Die Herrschenden brauchen die Demokratie nicht mehr — weder drüben, noch hüben.

Die demokratische Episode von 1905 ist vorüber. Die Methode Tisza triumphiert.
Die Reaktion ist da. Die alten Weiber einer feigen Bourgeoisie werden sie nicht be-
zwingen. Proletarischer Mannhaftigkeit ist eine neue Aufgabe gestellt. So leicht wie
1906, als der Zufall der Geschichte unsere Interessen mit denen der Herrschenden
zusammenfallen liess, wird der Kampf nicht mehr sein. Nur aus rastloser, zäher, opfer-
freudiger Arbeit vieler Jahre wird uns der Sieg.

Karl Mann: Bourgeoisie und Militarismus

Den „Kampf der Kämpfe“ hat der Geschichtschreiber des deutschen Liberalismus den Kampf gegen den Militarismus genannt*. Mit Fug! Denn jedes Recht ist ein Fetzen Papier, wenn keine Macht es schirmt. Macht aber ist die Macht der Waffen. Wer über die Waffengewalt verfügt, ist der Herr des Landes. Darum war und ist der Kampf um die Verfügung über die Waffengewalt der „Kampf der Kämpfe“.

Die alte bürgerliche Demokratie hat das wohl verstanden. Sie sah im stehenden Heer die Stütze der ihr feindlichen Fürstengewalt. Was nützen die verbrieften Menschen- und Bürgerrechte, solange der Fürst, auf sein Heer gestützt, sie täglich straflos verletzen darf? Was die Volksvertretungen, solange eine Kompagnie Soldaten jedes Parlament auseinanderjagen kann? Darum hiess die erste Forderung der bürgerlichen Demokratie: Abschaffung der stehenden Heere!

Wohl braucht das Vaterland Schutz gegen den äusseren Feind, der seine Grenzen bedroht, Schutz gegen den Friedensbrecher im Innern. Darum ist es Bürgerpflicht, dass jeder wehrfähige Mann den Gebrauch der Waffen erlerne. Jeder erlerne das Waffenhandwerk; sobald er im Gebrauch der Waffen geschult, kehre er aber zum friedlichen Erwerb zurück! Kein stehendes Heer, sondern bloss Ausbildung der wehrfähigen Jugend im Waffengebrauch! Die Jungmannschaft, die zur Schulung im Waffendienst eingezogen, nicht der Willkür einer volksfremden Herrenkaste bevorrechteter Offiziere ausgeliefert, sondern von Führern aus ihrer eigenen Mitte unterwiesen! Das Volk in Waffen nicht der Befehlsgewalt des Fürsten unterworfen, sondern nur auf Geheiss der Volksvertretung verwendbar! Das ist die Volkswehr, die Miliz der bürgerlichen Demokratie — das Heer nichts anderes mehr als das bewaffnete, im Waffengebrauch geschulte Volk selbst, stark gegen den äusseren Feind, stark aber auch zur Verteidigung der Volksrechte im Innern!

Dazu noch ein anderes! Auch ein wehrfähiges Volk ist machtlos gegen einen Staatsreich der Herrschenden, wenn es von seinen Waffen getrennt ist. Häufen die Herrschenden die Waffen in ihren Arsenalen auf, dann steht ihnen das Volk wehrlos gegenüber. Darum fügte die bürgerliche Demokratie zur Forderung der Volkswehr die Forderung nach der Volksbewaffnung: jeder Wehrmann habe sein Gewehr in seinem Hause, damit, wenn jemand sich am Rechte des Volkes vergreift, das Volk sich bewaffnet zusammenschare zur Verteidigung seiner Rechte!

Volkswehr und Volksbewaffnung waren die Forderungen der bürgerlichen Demokratie. In seinem Gedichtchen vom deutschen Recht reiht Uhland sie gleich an dritter Stelle an die Grundforderungen der Demokratie:

Ein Recht, das jedem freien Mann
Die Waffen gibt zur Hand,
Damit er stets verfechten kann
Das deutsche Vaterland.

So war der Kampf des Bürgertums gegen den Militarismus ein Kampf um die Demokratie: Volkswehr statt des stehenden Heeres, das heisst Uebertragung der Waffengewalt vom Fürsten auf das Volk!

Eben darum aber brachte der Kampf gegen den Militarismus das Bürgertum in offenen Krieg mit der fürstlichen Gewalt. Denn hier liess die Fürstengewalt sich nichts abringen. In dieser Sache konnte es kein Kompromiss geben. Das Fürstentum verstand, dass die Krone Tand, das Szepter nichtiger Zierrat wird, wenn es die Waffenmacht verliert! Hier galt es: Biegen oder brechen!

Aber das deutsche Bürgertum hat es nicht gewagt, im Bunde mit dem Proletariat den Kampf um die Waffengewalt aufzunehmen. Schritt für Schritt wich es zurück. Eine Partei nach der anderen gab den Widerstand gegen den Militarismus auf. Ein Teil des Bürgertums nach dem anderen flüchtete hinter die Bajonette des fürstlichen Heeres, Schutz zu finden gegen das anstürmende Proletariat. Heute ist — das hat im Deutschen

* Klein-Hattingen, „Geschichte des deutschen Liberalismus“. Berlin 1911. 1. Band. Seite 230.

Reich wie in Oesterreich die Beratung der jüngsten Wehrvorlagen erwiesen — diese Entwicklung abgeschlossen. Das ganze deutsche Bürgertum hat den Kampf gegen den Militarismus aufgegeben. Zu den alten Forderungen der bürgerlichen Demokratie steht allein, vereinsamt, von dem ganzen Bürgertum darob gehasst und gehöhnt, nur noch das Proletariat. Der „Kampf der Kämpfe“ ist zum Kampf der Arbeiterklasse geworden.

* * *

Im Jahre 1860 legte der Kriegsminister v. Roon dem preussischen Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die Heeresorganisation vor. Die Vorlage forderte eine gewaltige Erhöhung des Rekrutenstandes, eine Verlängerung der Dienstzeit von zwei auf drei Jahre, eine Einschränkung der Landwehr zugunsten des stehenden Heeres. Die liberale Mehrheit lehnte den Gesetzentwurf ab. Aber die Regierung Bismarck nahm den Kampf auf. Trotz dem Einspruche des Parlaments hob sie Steuern ein und Rekruten aus. Das war die Schicksalsstunde des bürgerlichen Antimilitarismus.

Damals wies Ferdinand Lassalle der liberalen Bourgeoisie den Weg zum Kampf. Er riet ihr, nicht mitzutun bei dem Spiel des Scheinkonstitutionalismus, der das Recht des Parlaments nur so lange achtet, als es dem Militarismus gehorsam ist. Er trieb sie, lieber auf ihr parlamentarisches Recht ganz zu verzichten, den nackten Absolutismus wiederherzustellen und dadurch das Volk zum offenen Kampf gegen die Regierung zu rufen. Er peitschte sie auf, eine Tat zu wagen, durch die „die Illusion getötet, der Schleier fortgerissen, die Unklaren zur Erkenntnis gebracht, die für feinere Unterschiede Indifferenten erbittert, die gesamte Bourgeoisie in den latenten, unausgesetzt wühlenden Kampf gegen die Regierung gerissen, die gesamte Gesellschaft zur organisierten Verschwörung wider sie würde. Die Regierung hätte von diesem Augenblick an nichts anderes mehr zu tun, als Astrologie zu treiben, um die bestimmte Stunde ihres Unterganges am Sternenhimmel zu lesen.“*

Aber den revolutionären Weg, den Lassalle ihr wies, konnte die liberale Bourgeoisie nicht gehen. Die liberalen Fabrikanten hatten keine Lust, die Arbeiter zum Kampfe zu rufen. Die liberale Mehrheit begnügte sich mit tatenlosen Worten des Protests. Damit war die Sache des bürgerlichen Antimilitarismus verloren. Als das preussische Heer 1866 von den böhmischen Schlachtfeldern zurückkehrte, ward der Liberalismus durch die Wehrfrage gespalten. Von der Fortschrittspartei lösten sich die Nationalliberalen los, die von dieser Stunde an militärfromm waren und blieben.

Der Krieg 1870 brachte dem Militarismus neue Stärkung. Die Armee hatte ja das Reich zusammenschmiedet, die Nation vom Unheil der Kleinstaaterei befreit. Die Kommune hatte den Bürger gelehrt, dass die Waffen in den Händen der Arbeiter gefährlich werden könnten. Hatte der Krieg den Militarismus mit Ruhm bedeckt, so hat die Kommune den Gedanken der Volksbewaffnung vor dem Bürgertum kompromittiert. Die militärfrommen Nationalliberalen wurden jetzt zur führenden Partei im Reiche.

Schritt für Schritt näherten sich nun auch die anderen bürgerlichen Parteien dem Militarismus. Zunächst das katholische Zentrum. Im ersten Jahrzehnt des Reiches drückte es die oppositionelle Stimmung der katholischen Landesteile gegen die Militärgewalt des protestantischen Kaisertums aus. Während des fälschlich sogenannten „Kulturkampfes“ von Bismarck mit brutaler Polizeigewalt verfolgt, wuchs er zur Macht. Als aber Bismarck nach Canossa ging, gebot die römische Kurie ihrer deutschen Gefolgschaft, mit dem preussischen Militarismus Frieden zu schliessen. Wohl wehrten sich die Kleinbürger, Bauern, Arbeiter in den Zentrumsreihen gegen dieses Gebot. 1887 verweigerte das Zentrum den Gehorsam, als Rom ihm die Zustimmung zum Septennat — zur Bewilligung des Heeresstandes für sieben Jahre — gebot. Es war der letzte Versuch. Später begnügte sich das Zentrum damit, den Regierungen bei jedem Heeresgesetz ein Kleines abzustreichen. Der Abstrich von den 29 Millionen für den südwestafrikanischen Krieg war wohl das letzte Unternehmen dieser Art; seitdem es mit der

* Lassalle, „Was nun?“

Bildung des Bülow-Blocks bestraft wurde, der das Zentrum für eine kurze Frist von der Macht abdrängte, ist den Klerikalen auch dazu die Lust vergangen. Heute wetteifern sie mit Konservativen und Nationalliberalen in der Begeisterung für Deutschlands Kriegsheer.

Nach dem Zentrum der Freisinn. Seit 1866 gerade durch die Wehrfrage von den Nationalliberalen geschieden, hatten die Freisinnigen an der Opposition gegen das Wachstum des Militarismus Jahrzehnte lang festgehalten. Die Kritik des Militarismus war eines von Eugen Richters Lieblingsthemen. Aber in der liberalen Wählerschaft bereitete sich schon die Wendung vor. Der Imperialismus, die Weltpolitik, der „Platz an der Sonne“ ward zur Hoffnung der deutschen Bourgeoisie. Deutschland brauche ein starkes Heer, eine starke Flotte, um dem deutschen Kapital jenseits der See neue Märkte, neue Anlagegebiete zu erschliessen! Der Widerspruch zwischen der neuen, rüstungsfrohen Stimmung der liberalen Bourgeoisie und der rüstungsfeindlichen Ueberlieferung des Liberalismus führte zur Spaltung des Freisinns. Als 1893 Rickert verkündete, die Wehrfrage sei „abgelöst vom Parteiwesen“, der Widerstand gegen die Erschwerung der Heeresbürden habe „mit dem Liberalismus absolut nichts zu tun,“ ward der Freisinn zerrissen: die „Freisinnige Vereinigung“ gab den Kampf gegen den Militarismus auf, nur in der „Freisinnigen Volkspartei“ lebten noch dürftige Reste des einstigen bürgerlichen Antimilitarismus fort.

Aber auch sie konnte nicht lang gegen den Strom schwimmen. Mit dem Anwachsen der imperialistischen Stimmung im ganzen deutschen Bürgertum und mit der Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie näherte sich auch die Freisinnige Volkspartei dem Militarismus. Der Bülow-Block von 1906 fand sie bereits völlig in seinem Lager. Heute bewilligen ihre Nachfahren in „nationaler“ Begeisterung, was die Regierungen fordern.

So ist denn der Kreis geschlossen. Im Deutschen Reiche gibt es kein Restchen des bürgerlichen Antimilitarismus mehr. Alle bürgerlichen Parteien lagern hinter den Schanzen des Militarismus. Vor ihnen, zum feindlichen Angriff werbend und rüstend, steht allein das Proletariat.

* * *

Den gleichen Weg wie der deutsche Liberalismus im Reiche ist auch das österreichische Bürgertum gegangen. Auch hier galten ihm einmal Volkswehr und Volksbewaffnung als die ersten Voraussetzungen der Demokratie. Die Volksbewaffnung war die erste Errungenschaft des 13. März 1848, die Nationalgarde ward in die Verfassungsurkunde des Kremsierer Reichstages als Grundlage des demokratischen Staates aufgenommen. Auch hier hat der Liberalismus, nach den Jahren der Gegenrevolution zur Macht gelangt, den Kampf gegen die Begehrlichkeit des Militarismus aufgenommen. Aber auch hier ist er an diesem Block gescheitert.

Als nach 1866 unter dem Bürgerministerium das erste Wehrgesetz auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht geschaffen wurde, war der Liberalismus noch voll feindseliger Gefühle gegen den Militarismus. Den Sturm und Rechbauer war das Wehrgesetz „ein militärisches Konkordat“, ein Pakt, der die Volksrechte der Militärgewalt, die Volkswirtschaft dem Moloch ausliefere. Wohl wagte es der Liberalismus nicht, den offenen Kampf mit der Krone um die Heeresgewalt aufzunehmen. Aber die liberale Mehrheit hatte doch wenigstens ein „Streichquartett“ eingesetzt, das von den Forderungen der Heeresgewaltigen abstrich und abhandelte, was es nur konnte. Die Angst vor den wachsenden Heereskosten trieb die liberale Mehrheit bei der Okkupation Bosniens im Jahre 1878 in den Konflikt mit der Krone. Der bosnische Konflikt war hier, was der Militärkonflikt der Sechzigerjahre in Preussen gewesen: die Schicksalsstunde des bürgerlichen Antimilitarismus. Aber der österreichische Liberalismus, ein Kunstprodukt, aus Wahlprivilegien gewachsen, hat die Probe noch viel schlechter bestanden als der preussische. Ein Wink der Krone genügte, den Liberalen die Mehrheit zu nehmen: Die Kurie des Grossgrundbesitzes schickte, wie es ihr befohlen ward, militärfrome Feudale ins Parlament und statt der widerspenstigen Deutschliberalen traten die Alttschechen in die Mehrheit, bereit, dem Militarismus jede Forderung zu

bewilligen, wenn er sie nur mit tschechischen Schulen, Beamten, Sprachenverordnungen bezahlte. Der Liberalismus war hier keine Macht; er lebte nur von der Gnade der Krone. Sein Versuch, an das wichtigste, konzentrierteste, gewaltigste aller Machtmittel der Krone zu rühren, konnte darum nicht anders enden als mit seinem jähen Fall. Damit aber war in Oesterreich der bürgerliche Antimilitarismus für alle Zeit begraben. Denn das Schicksal der Deutschliberalen stand nun allen bürgerlichen Parteien warnend vor Augen. Seit 1878 gilt es in Oesterreich als höchste staatsmännische Weisheit, nur ja nicht durch einen Widerstand gegen die Forderungen des Heeres die Krone zu erzürnen.

Wohl haben die jüngeren kleinbürgerlichen Parteien, die den alten Liberalismus abgelöst haben, eine antimilitaristische Phase durchlaufen. Selbst die Christlichsozialen sind nicht immer militärfremd gewesen: es ist noch nicht gar solange her, seitdem Lueger die k. und k. Armee das Rothschild-Militär schimpfte und die Schräffl und Schöpfer den Feldzug gegen die Konservativen mit dem Versprechen bestritten, die Bauern von drückender Heereslast zu befreien. Wie erst die Deutschnationalen! Zum „Heil Hohenzollern!“ und „Los von Rom!“ hätte ja die Begeisterung für das k. und k. Heer schlecht getaugt. Es ist noch nicht gar solange her, seitdem die Deutschnationalen den Boykott der Militärkapellen organisierten.

Aber diesen Parteien war der Antimilitarismus doch nur ein Werbemittel ihrer Jugendzeit. Stark geworden, zur Macht gelangt, hat keine von ihnen es gewagt, den Kampf um die Heeresgewalt auch nur im kleinsten aufzunehmen. An ihnen gemessen sieht ein Eugen Richter wie ein Heros des Antimilitarismus aus.

Am leichtesten ist es den Christlichsozialen geworden, ihren Frieden mit dem Militarismus zu schliessen. Ihr schwarzgelber Patriotismus baute ihnen die Brücke. Seitdem sie Grossösterreicher wurden, interessierte sie an allen Wehrgesetzen nur noch die Frage, ob nur ja kein Tüpfelchen der kaiserlichen Befehlsgewalt den magyarischen Feinden der Reichsgemeinschaft geopfert werde. Seitdem sie auf die Gunst des Thronfolgers ihre Hoffnung bauen, sind sie um die Entfaltung der militärischen Kräfte noch mehr besorgt denn je. Wie haben sie dem armen Schönaich zugesetzt, weil er die Armee „verdorren“ liess! Wie tadeln sie unsere Heeresverwaltung, weil sie um die rechtzeitige Schaffung einer Luftflotte nicht besorgt ist! Wie besorgt sind sie um das Schicksal des Gesetzes über das Kriegerkorps! Kein Zweifel, in den Christlichsozialen hat der Militarismus viel eifrigere Verteidiger gefunden, als die Aengstlichsten unter den altliberalen Leisetretern je gewesen.

Den Deutschnationalen war es, ihrer Vergangenheit, ihrer Ideologie nach etwas schwerer. Aber auch sie fanden den Weg. Zuerst die Volkspartei und die Agrarier; dann, langsam nachrückend, auch die Alldeutschen von gestern. Seit dem allgemeinen Wahlrecht sind ja auch die Deutschradikalen Regierungspartei geworden; wenn man den Wahlschatz der Herren Fabrikanten und die Wahlhilfe der k. k. Bezirkshauptleute braucht, wenn man für die Vereinigung aller bürgerlichen Parteien schwärmt und als Beschützer der Staatsautorität gegen den Umsturz kämpft, muss man sich natürlich von den unbequemen antimilitaristischen Vorurteilen befreien. Die Wähler werden es schon verstehen. Muss man nicht die Dreadnoughts bewilligen, wenn die Tschechen darauf lauern, die „deutsche Regierung“ Bienerth zu stürzen? Wäre es der armselige Streit um die Dauer der Dienstzeit wert, dass man eine dem Nationalverband gefällige Regierung stürzt, um dafür etwa eine einzutauschen, die tschechische Richter nach Deutschböhmen schicken würde? Ist es also nicht nationale Pflicht, der Wehrvorlage zuzustimmen? Und schliesslich: Ist nicht Oesterreich dem Deutschen Reich verbündet? Frommt, was sie Habsburg bewilligen, nicht mittelbar auch Hohenzollern? Wäre es also nicht nationaler Verrat, die Stärkung des dem Deutschen Reich verbündeten österreichischen Heeres zu bekämpfen? So finden auch die Radikalsten der Radikalen die Brücke zum Militarismus. Herr Wolf ging zum Hofdiner, Herr Sommer wurde zum Berichterstatter über die Wehrreform, die Herren Hummer und Teufel sind heute des Landesverteidigungsministers treueste Verbündete!

Nicht anders bei den anderen Nationen. Der nationale Kampf macht es jeder Regierung möglich, eine Nation gegen die andere auszuspielen. So waren die Re-

gierungen in der angenehmen Lage, jeder Nation zu demonstrieren, dass die Regierung Militärfrömmigkeit mit nationalen Zugeständnissen zu belohnen, Militärfeindlichkeit zu bestrafen weiss. Als die Alttschechen die Forderungen des Militarismus bewilligten, bekamen die Tschechen ihre Universität und die Stremayrschen Sprachenverordnungen. Als die Jungtschechen den Krieg um das Wörtchen „Zde“ führten, wurden die Badeni-Gautschschen Sprachenverordnungen widerrufen. Die innere tschechische Amtssprache wurde „via facti“ eingeführt, als der Tschechenklub der Landwehr die Erhöhung des Rekrutenstandes bewilligte. Die „deutsche Regierung“ Bienerth wurde eingesetzt, als die Tschechischradikalen die nach Bosnien abrückenden Bataillone anulkten. Solche Lehren wirken. Und da jeder nationalen Partei die Sprache jeder Amtstafel wichtiger ist als die ganze Heeresorganisation, wagt es keine mehr, mit dem Militarismus ernsthaft anzubinden. Man wagt es wohl zuweilen noch, selbst einer Wehrreform Schwierigkeiten zu bereiten, um die nationale Quote an den Universitätsstipendien zu erhöhen; aber hat man das nationale Zugeständnis erpresst, dann beeilt man sich zu versichern, dass man nun dem Militarismus nichts mehr in den Weg legen wolle.

So sind auch in Oesterreich alle bürgerlichen Parteien militärfromm geworden. Was im Reich der Imperialismus, hat hier der Nationalismus bewirkt. Auch hier steht die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Militarismus allein.

* * *

Aber wenn sich die Bourgeoisie dem Militarismus anbequemt hat, so hat sich auch der Militarismus der Bourgeoisie angepasst.

Wir brauchen bloss das neue Wehrgesetz anzusehen, das unser Parlament so gehorsam annimmt, um zu erkennen, wie getreulich sich die Klassengliederung der kapitalistischen Gesellschaft in der Heeresorganisation widerspiegelt.

Der Militarismus weiss, was er der Bourgeoisie schuldet. Er dankt ihr durch das Privileg der Einjährig-Freiwilligen. Mag der Proletarier zwei, drei, bei der Marine gar vier Jahre dienen — die Söhne der Bourgeoisie dienen nur ein Jahr. Und wie dienen sie! Sie brauchen nicht in der Kaserne zu schlafen — sie wohnen zu Hause. Sie brauchen nicht die Montur zu tragen, in der gestern vielleicht ein Proletarier gesteckt ist — sie tragen ihr eigenes Gewand aus feinem Tuch und die gelben Streifen am Aermel sagen jedem, dass das Bourgeois-Söhnchen nicht mit dem Proletarier verwechselt werden will. Vom ersten Ausbildungstag an bleiben sie von dem Soldatenpöbel fürsorglich getrennt; zur Kompagnie kommen sie erst, wenn sie Unteroffiziere geworden. Und wenn auch einer dazu zu dumm gewesen, darf er doch beileibe nicht zu gemeiner Kasernenarbeit verhalten werden, wie sie Proletariern ziemt. Ist dann das Jahr vorbei, bekommt er das Portepe. Zu den Waffenübungen rückt er als Fähnrich oder Leutnant ein.

Ein wenig schlechter ist schon für das Kleinbürgertum gesorgt. Aber Oesterreich ist ja das gelobte Land der Mittelstandspolitik und so darf es auch im Heere nicht geschehen, dass der Mittelstand dem Arbeiterpack gleichgehalten werde. Das neue Wehrgesetz bestimmt also, dass alle, die sechs Mittelschulklassen oder eine Fachschule besucht haben, nur zwei Jahre dienen müssen, zum dritten Dienstjahr nicht herangezogen werden dürfen. Und weil ein agrarisches Sonderrecht nirgendwo fehlen darf, wird noch verfügt, dass die Besitzer ererbter Landwirtschaften gleich in die Ersatzreserve kommen und nur zehn Wochen dienen müssen!

Und nun das Proletariat! Der Proletarier hat kein Recht auf die zweijährige Dienstzeit. Er wird bei den reitenden Truppen auch in Zukunft drei Jahre dienen und die 15.000 Mann, die auch bei den Fusstruppen ein drittes Jahr in der Kasernfront bleiben müssen, werden, dafür ist gesorgt, Proletarier sein!

Auf die Schultern des Proletariats ist so der schwerste Teil der Heeresbürde gewälzt. Aber das Heer, das proletarische Kraft trägt, dient den Interessen der Bourgeoisie: ihren Interessen nach aussen, dem Kampf um Absatzgebiete, ihren Interessen im Innern, der Niederhaltung des Proletariats.

Solange Bürgertum und Bauernschaft die Volksmehrheit bildeten, kämpfte das Bürgertum für Volkswehr und Volksbewaffnung. Die Waffengewalt in den Händen des Volkes bedeutete damals die Herrschaft des Bürgertums im Staat!

Heute aber schwillt das Proletariat zur Volksmehrheit an. Die Waffengewalt in den Händen des Volkes würde jetzt die Diktatur des Proletariats bedeuten! Darum hat die Bourgeoisie ihren Frieden mit dem Militarismus geschlossen; sie dient ihm, damit die Bajonette sie schützen vor dem Ansturm des Proletariats, das ihre Profite und Renten, ihren Kapital- und Grundbesitz bedroht. Und er dankt ihr mit Begünstigungen ihrer Söhne.

So sind sie dauernd vereint, unlösbar miteinander verknüpft: die Bourgeoisie und der Militarismus. Es werden nur beide zugleich, nur eins mit dem andern fallen. Der Kampf gegen den Militarismus ist nicht mehr wie einst der Kampf des Volkes gegen die Fürstengewalt; er ist heute der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Der grosse Klassenkampf unserer Zeit — das ist „der Kampf der Kämpfe“!

Adolf Braun: Reichstarife — Einzeltarife

In Oesterreich, aber auch in Deutschland, ist die Geschichte der kollektiven Vertragsabschlüsse zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht auf lange Zeiten zurück zu verfolgen. Es gibt Industriegruppen, wo der Tarif noch fast unbekannt ist, es gibt anderseits nur ganz wenige Industriezweige, in denen sich die Tarife allgemein durchgesetzt haben. Aber auch dort ist selbstverständlich nicht der Inhalt, aber auch die Form der Tarife nicht abgerundet oder abgeschlossen. Ueberall sehen wir den Tarif als eine in der Entwicklung begriffene, in jedem einzelnen Falle bei einem Teil der Unternehmer noch um die Anerkennung kämpfende Erscheinung. Wohl haben die Arbeiter, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, den Kampf gegen die Tarifregelung aufgegeben, aber über Art und Inhalt, über die Kontrahenten des Tarifs, über den Umfang der Tarifgeltung gibt es noch immer ganz erheblichen Streit. In Deutschland wird von den Arbeitern mehr debattiert als in Oesterreich. In Deutschland wurde deshalb zur brennendsten Frage im Gebiete des Tarifwesens die, ob der Abschluss zentral oder in den einzelnen Orten erfolgen muss, ob man Reichstarife mit der ganzen Kraft der gewerkschaftlichen Organisation bekämpfen muss und den Abschluss der Lokalverträge als die einzig gewerkschaftlich zulässige Form betrachten solle. Hierüber ist viel verhandelt worden, vor allem hat es zwischen der Organisation der Zimmerer und dem Deutschen Bauarbeiterverband langwierige, heftige, aber auch prinzipiell bedeutungsvolle Debatten über die Frage des Reichstarifes gegeben. Seit dem Jahre 1908 steht im deutschen Baugewerbe diese Frage im Mittelpunkt der Diskussion. Die letzten gewaltigen Kämpfe, die Aussperrung im Baugewerbe im Jahre 1910, haben sich weit weniger um den Inhalt des Vertrages als um die Frage, wer abschliessen solle, gedreht.

Im Jahre 1913 wird in Deutschland wiederum im Baugewerbe um die tarifarische Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen gekämpft werden und wieder wird die Forderung der Unternehmer im Vordergrund stehen, für ganz Deutschland den Tarifvertrag für das Baugewerbe abzuschliessen . . . Was sich im Jahre 1913 in Deutschland vorbereitet, hat auch Bedeutung ausserhalb Deutschlands.

Wenn man einmal die Beeinflussung Oesterreichs durch Deutschland feststellen wird, dann wird man zu dem merkwürdigen Ergebnis gelangen, dass nirgends stärker diese Beeinflussung gewirkt hat als in der aufstrebenden, aber auch in der zur Reife gedeutenden Arbeiterbewegung Oesterreichs. Von den Tagen Lassalles an bis in die Zeiten des Sozialistengesetzes sehen wir in Oesterreich den starken Einfluss der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands. In den Neunzigerjahren wird dieser Einfluss immer weniger

fühlbar, zu immer grösserer Selbständigkeit entwickelt sich die politische Arbeiterbewegung Oesterreichs. Wir sehen aber in der gleichen Zeit unsere österreichischen Gewerkschaften an deutschen Beispielen Kampfmethoden und Organisationseinrichtungen studieren, immer inniger wurde der Zusammenhang zwischen der deutschen und österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Dann gedieh auch die österreichische Gewerkschaftsbewegung bei Aufrechterhaltung aller freundschaftlichen Beziehungen zu voller Selbständigkeit und zu Eigenart ihrer Methoden und Prinzipien. Und doch sehen wir in diesen erstarkten österreichischen Gewerkschaften von neuem deutsche Einflüsse ausserordentlich kräftig zur Geltung kommen. In einer Zeit, da die österreichischen Gewerkschaften vor neue Aufgaben gestellt wurden durch den von dem Separatismus heraufbeschworenen Kampf, schien ein eigenartiger Typus der österreichischen Gewerkschaften mit selbständigen Beeinflussungen der osteuropäischen und südeuropäischen Gewerkschaftsorganisation der Vollendung entgegenzugehen, wenn sich auch immer unsere Gewerkschaften des Wertes bester Beziehungen zu den reichsdeutschen Schwesterorganisationen bewusst waren. Und doch tritt in dieser so bedeutsamen Entwicklungsperiode der Parallelismus reichsdeutscher und österreichischer Gewerkschaftsorganisationen von neuem deutlich in die Erscheinung.

Das Jahr 1913 sollte nach der Absicht der reichsdeutschen Unternehmer, ebenso nach dem Streben der österreichischen Unternehmer ein grosses Entscheidungsjahr in den Beziehungen zwischen Arbeiterorganisationen und Unternehmerorganisationen werden. Zu vollster Nachgiebigkeit unter das Gebot der Unternehmerorganisationen sollten, so verhiessen die Unternehmersekretäre, die Arbeiterorganisationen gezwungen werden. Fügen sie sich im Jahre 1913 nicht einfach den Geboten der koalitierten Unternehmerverbände, dann soll ihre Existenz in Frage gestellt werden, ja ihr Lebensfaden abgeschnitten werden. Gewaltige Aussperrungen, über das ganze Reich für die wichtigsten Industrien gleichzeitig verhängt, sollen die finanziellen Mittel der Gewerkschaften erschöpfen und die solidarische Unterstützung ausschliessen. Seit einer langen Reihe von Jahren wurde diese Politik bei den Unternehmern propagiert, in den letzten Zeiten war in Deutschland eine der Voraussetzungen des Tarifabschlusses, dass sich die Arbeiterorganisationen den Ablauf der kollektiven Arbeitsverträge im Jahre 1913 aufzwingen lassen. Freilich gelang das nicht immer, so manche Unternehmerorganisation musste auf die Durchsetzung dieser Forderung verzichten, aber eifrig bemühten sich die Unternehmerorganisationen, ihre Methoden auf möglichst weite Gebiete zur Anwendung zu bringen. Ueber die Grenzen des Wirtschaftsgebietes hinausgehend, verstanden sie ihre Taktik anderen Unternehmerorganisationen aufzuzwingen, deren Mitglieder sie auf dem Weltmarkte niederzukunftieren ununterbrochen bemüht waren. Dies geschah vor allem in Oesterreich, dessen Arbeitgeberverbände zumeist sklavische Nachahmungen der reichsdeutschen Unternehmerverbände sind. Die rührigen deutschen Unternehmersekretäre haben in Wien und in anderen österreichischen Städten Vorträge gehalten, sie erschienen auf den Unternehmertagen und ebenso empfingen die reichsdeutschen Organisationen die Besuche österreichischer Arbeitgeberorganisationen, die ihre Sekretäre und Vorsitzenden zur Repräsentation und zur Information nach Deutschland entsendeten. In den Blättern der österreichischen Unternehmerorganisationen erkennen wir die Wirkung der geistigen Ideen, die in den reichsdeutschen Arbeitgeberorganisationen herrschen. Und so ist die Taktik, die die deutschen Arbeitgeberorganisationen für das Jahr 1913 erdacht haben, auch für Oesterreich zur Geltung gekommen.

Eine ganze Reihe österreichischer Tarife, vor allem die im Baugewerbe, laufen im Jahre 1913 ab, genau ebenso, wie die entsprechenden Tarife im Deutschen Reich. Dadurch soll, so wie die gegenseitige Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen innerhalb des Wirtschaftsgebietes durch den Ablauf der Tarifverträge zahlreicher Berufsorganisationen in einem Lande unmöglich gemacht werden soll, auch die internationale Solidarität bei Lohnkämpfen ausgeschaltet werden, indem in den wichtigsten Industrieländern die Arbeiter des gleichen Berufes zur nämlichen Zeit von gewaltigen Aussperrungen bedroht werden. Während die Unternehmer zur vollsten Gleichheit ihrer Methoden gelangen, haben auch unsere Arbeiterorganisationen zu der grossen Frage: „Reichstarif oder Einzeltarif“ Stellung nehmen müssen. Da zeigt sich trotz allen

gewaltigen Verschiedenheiten österreichischer und reichsdeutscher Verhältnisse, dass die Frage des Reichstarifs für uns viel rascher, als wir es für möglich gehalten haben, aufgeworfen wird, trotz der Zurückgebliebenheit unserer Unternehmerorganisationen, wenn wir an Deutschland denken, trotz der geringeren technischen Entwicklung in unserem Baugewerbe, trotz des gewaltigen Vorsprungs, den das grosse Baugeschäft in Deutschland vor der österreichischen Rückständigkeit hat, trotz der viel geringeren Dichte der baugewerblichen Organisationen in Oesterreich, verglichen mit den deutschen, also, trotzdem die bedeutsamsten Momente, die für den Reichstarif in Deutschland vom Standpunkt der Unternehmer sprechen mögen, in Oesterreich fehlen. Wir sehen, dass sich unsere Gewerkschaften, freilich mehr ihre leitenden Männer, als die Massen, sehr eingehend mit dem grossen Streitfall befasst haben. Deshalb erscheint es wichtig, dass man sich mit der Haltung der baugewerblichen Arbeiterorganisationen befasst, um auch zum tieferen Verständnis der im Jahre 1913 zur Entscheidung gelangenden Prinzipienfragen im Baugewerbe zu gelangen. Wir haben in Oesterreich nur einen Reichstarif, den der Buchdrucker, während in Deutschland neben den Buchdruckern Tischler und Maler, Maurer und Bauhilfsarbeiter sowie die Zimmerer derartige Verträge haben; bei den Buchbindern beeinflusst der Drei-Städtetarif für Berlin, Leipzig und Stuttgart stark alle anderen Buchbindertarife im Reich. Eine Reihe ähnlich wirkender Tarife liesse sich anführen.

Es lässt sich nicht leugnen, dass sich die Unternehmerorganisationen vielleicht gerade deshalb, weil sie so spät gegründet wurden, alle Erfahrungen der Arbeiterorganisationen zunutze machen konnten und ihren Kampf gegen zentralisierte Arbeiterorganisationen richten mussten, der Konzentration der Kräfte und der Kämpfe gegen die Arbeiterorganisation weit grössere Bedeutung beimassen, als es der Fall gewesen wäre, wenn sich die Unternehmerorganisation vom Anfang an mehr lokalen Interessen gewidmet hätte. Die zentrale Arbeiterorganisation niederzuringen durch den zentralen Angriff, das war wohl die Hoffnung phantastischer Propagatoren der Unternehmerorganisation. Freilich hatten die Arbeitgeberverbände, die lose Vereinigung von lokalen Vereinen und Bezirksverbänden waren, eine Entwicklungsstufe der Arbeitgeberorganisationen gebildet, die aber bald zu grösseren und engeren Vereinigungen heranwuchsen, so zum Beispiel zur nordwestdeutschen Interessengemeinschaft. Es standen auch manche Eifersüchteleien, vor allem der Berliner Unternehmerorganisation im Wege, doch wurde die Arbeitgeberpolitik immer zentraler bestimmt. Schon im Jahre 1908 verlangten die Unternehmerorganisationen die Ausschaltung der örtlichen Organisationen als Vertrags-träger. Das bedeutet einen Angriff auf die Grundlagen des bisherigen Tarifvertrages. Hierüber begann eine lebhafte Auseinandersetzung. Der Wortführer der Zimmerer, Bringmann, erklärte, dass sie an der lokalen Natur der Tarifverträge festhielten. Wenn wohl auch früher Muster zum Abschluss von lokalen Verträgen vorgelegen waren, so wäre es doch eine ganz besondere Veränderung, wenn jetzt die Verträge von oben herab abgeschlossen werden sollen. Namens der Maurer erklärte Bömelburg: Wir denken gar nicht daran, die Verträge nicht wie bisher zwischen den einzelnen Organisationen abzuschliessen. Würden wir die Verträge hier durch zentrale Verhandlung mit den Unternehmern abschliessen, dann müssten wir alles hier erledigen, dann müssten wir hier auch über Lohnhöhe, Arbeitszeit u. s. w. reden. Ob das möglich sein wird, möchte ich noch stark bezweifeln. So weit sind wir noch nicht in der Entwicklung der Tarifidee. Es hat auch bei dem örtlichen Abschluss der Tarifverträge alles gut funktioniert, so dass gar kein Grund vorliegt, die Tarifverträge auf eine andere Grundlage zu stellen. Wollen wir es anders machen, so würde der Versuch an der Einflusslosigkeit der Zentralverbände scheitern. Der Bund der Arbeitgeberverbände wollte, entgegen der bisherigen Uebung, die örtlichen Organisationen als vertragsschliessende ausschalten und an ihre Stelle die Zentralverbände setzen. Die Verbände der Arbeitgeber wollten daran festhalten, dass die örtlichen Organisationen die Verträge abschliessen und die Zentralverbände sie genehmigen, indem diese so die Autorität der Gesamtorganisationen für die Durchführung der Verträge einsetzten. Langwierige Verhandlungen drehten sich um diese Meinungsverschiedenheiten. Das Vertragsmuster der Unternehmer forderte wegen seines scharfmacherischen Charakters den Widerstand der Arbeiter so stark heraus, dass alle anderen Forderungen der Arbeiter zurücktreten

mussten vor der Sicherung der Stellung der Arbeiter im Tarifvertrage. Die Unternehmer drohten, wenn ihr Tarifmuster nicht angenommen würde, überall ihre Betriebe zu sperren. Die Arbeiter kamen auf Verbandstagen zusammen, die Maurer und Bauhilfsarbeiter betonten von neuem, dass die Verträge der Tarife wie bisher in örtlichen Organisationen abgeschlossen werden müssten, denn diese sind es, die den Vertrag in allen Stücken und in erster Linie durchführen müssen, während den Zentralvorständen nur die Aufgabe bliebe, die Durchführung der Tarife zu überwachen, Konflikten, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, vorzubeugen und die verbleibenden Differenzpunkte letzten Endes zu schlichten. Die Zimmerer betonten, als eine der Grundlagen des Tarifvertrages das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Organisationen über Inhalt, Annahme und Ablehnung der Tarifverträge als Vorbedingung betrachten zu müssen. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands beschloss auf seiner ausserordentlichen (sechsten) Generalversammlung, dass sich der bisherige Zustand des Vertragsabschlusses bewährt und zu nennenswerten Klagen kein Anlass geboten hat, er erklärte weiter, dass der vom Arbeitgeberbund beantragte zentrale Vertragsabschluss die örtliche Mitwirkung und Verantwortung der Tarifkontrahenten in einer für die Durchführung der Verträge unzulässigen Weise beschneide.

So standen sich die beiden Parteien schroff gegenüber. Man schien vor einem Riesenkampf zu stehen, da griff die Regierung ein und versuchte die Vermittlung. Die Unternehmer aber verhinderten ein friedliches Ergebnis und weigerten sich, die Vorschläge des von der Regierung eingesetzten Vermittlers Geheimrat Wiedfeldt auch nur anzuhören. Die Unternehmer beschlossen, am 15. April 1910 ihre sämtlichen Betriebe zu schliessen. Diesen Kampf im einzelnen zu verfolgen, ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich. Wir verweisen unsere Leser, die sich schon wegen des Schicksalsjahres 1913 für diesen bedeutsamen Kampf interessieren sollten, auf das ganz vortreffliche Generalstabswerk, das der Deutsche Bauarbeiterverband nach Abschluss dieses Kampfes herausgegeben hat: „Der grosse Kampf im deutschen Baugewerbe 1910“ (im Auftrag des Vorstandes herausgegeben von August Winnig, Hamburg 1911, Verlag des Deutschen Bauarbeiterverbandes). Dort ist die ganze Geschichte des grossen Kampfes dargestellt. Wichtiges Material wird uns da geordnet vorgeführt, aus dem auch die österreichischen Bauarbeiter sehr viel lernen können. Die Zimmerer und vor allem ihr geistiges Haupt, das mit Recht in der Gewerkschaftsliteratur eine hervorragende Stelle einnimmt, Genosse Bringmann, hat in einer besonderen Schrift „Der gewerbliche Tarifvertrag, seine Bedeutung für die Gewerkschaften“, Hamburg 1911, Verlag von F. Schrader, den abweichenden Standpunkt seiner Organisation klargestellt.

Diese Differenzen sind aus der bisherigen Darstellung noch nicht klar zu erkennen. Sie werden erst verständlich, wenn man den Abschluss des grossen Kampfes von 1910 ins Auge fasst und die nach seinem Abschlusse eingeschlagene Taktik der beiden Verbände nebeneinander stellt.

Die Aussperrung wurde ausserhalb Berlins fast eine allgemeine. In grösster Schärfe wandte sich die Unternehmerorganisation gegen die Baugewerbetreibenden, die die Weiterarbeit zu ermöglichen suchten. Eine Reihe von Versuchen wurde gemacht, um eine Vermittlung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen. Das Reichsamt des Innern lud dann die Organisationen für den 27. Mai 1910 zu Verhandlungen ein. Es kam zu sehr energischen Auseinandersetzungen. Zuletzt wurde ein Hauptvertrag zwischen den Zentralorganisationen abgeschlossen, ein Vertragsmuster angenommen für die von den örtlichen Organisationen abgeschlossenen Tarifverträge, protokollarische Erklärungen dazu und ein Mantel, der das weitere Verfahren bei den Verhandlungen regeln und alle Vorschläge als untrennbares Ganze zusammenfassen sollte. So schuf man ein Mittelding zentraler und lokaler Abschlüsse. Dann wurden mit besonderer Machtfülle ausgestattete schiedsgerichtliche Einrichtungen geschaffen. Man war dem Wunsche der Unternehmer, die Tarifverträge zentral abzuschliessen, sehr nahe gekommen. Der Hauptvertrag war zwischen den Zentralorganisationen abzuschliessen, die Zentralorganisationen verpflichteten sich, ihren ganzen Einfluss für die Durchführung und Aufrechterhaltung des Hauptvertrages sowie der auf Grund des angefügten Vertragsmusters abgeschlossenen und von ihnen genehmigten örtlichen Verträge einzusetzen, Verstösse dagegen

oder Umgehungen nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere im Widerspruch hiermit ausbrechende Bausperren, Streiks oder Aussperrungen oder sonstige Massnahmen nicht irgendwie zu unterstützen. In den protokollarischen Erklärungen erhielten die Vorschläge ausserdem das ausdrückliche Verbot der Sympathiekämpfe und den Verzicht der Organisationen auf die Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Verträge. Eine Reihe schwerwiegender Bedenken der Arbeiter gegen eine zentrale Form des Abschlusses war gegenstandslos geworden. Die Pflichten der Zentralorganisation aus dem Vertragsverhältnis, so vor allem die Sorge um die Durchführung der Verträge bestanden moralisch auch früher. So war man nun doch in ein System zentralen Vertragsabschlusses gekommen. Vielleicht wird ein späterer Historiker eine stufenweise Entwicklung zur zentralen Tarifabschliessung aus der Vergleichung der zeitlich sich einander angliedernden Tarifverträge der Bauarbeiter erweisen. Freilich hat der Tarifvertrag, der am 31. März 1913 ablaufen wird, noch nicht die zentrale Tarifabschliessung in äusserer Vollkommenheit ins Leben treten lassen. Formell sind die örtlichen Organisationen noch immer als vertragschliessende Teile vorgesehen. Es dauerte einige Zeit, bis überall die Verträge abgeschlossen waren, zum nicht geringen Teil wurden die Voraussetzungen hierfür durch Schiedssprüche geschaffen, die in den Abmachungen vorgesehen waren. Obgleich die Beschlüsse des Schiedsgerichtes manche Bitternis hinterliessen, so wurde doch beschlossen, dass die örtlichen Verträge auf der Grundlage der Schiedssprüche abgeschlossen wurden.

Der Kampf war zu Ende und man rechnete nun ganz allgemein, dass der zentrale Tarifabschluss in der Zukunft die Regel bilden werde. Mit Entschiedenheit wandte sich aber das Organ der Zimmerer gegen diese Auffassung, es betonte sehr energisch, dass die Forderungen der Zimmerer nicht nach den Methoden des Bauarbeiterverbandes durchgesetzt werden sollen. Vom 3. bis 8. April 1911 tagte die neunzehnte Generalversammlung der Zimmerer, die den deutschen Bauarbeiterverband angriff, weil der zentrale Charakter des heutigen Vertragswesens durch das Verhalten der Maurer und Bauhilfsarbeiter verschuldet sei. Bringmann beantragte eine Resolution, in der es heisst:

„Die neunzehnte Generalversammlung erneuert die früheren Beschlüsse, wonach den örtlichen Organisationen uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht über Inhalt, Annahme oder Ablehnung der Tarifverträge zusteht. Allen Bestrebungen, die Tarifverträge zu zentralisieren, ist der schärfste Widerspruch entgegenzusetzen.“

Dagegen betont Winnig in seinem Buch über den grossen Kampf im deutschen Baugewerbe, dass auf der Grundlage der zentralen Kämpfe noch Raum für gewerkschaftliche Erfolge bleibe. Grossartig entwickelte sich der Bauarbeiterverband, nicht zuletzt dank der zentralen Angriffsmethoden der Unternehmer erstand er aus den Verbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter, andere baugewerbliche Organisationen hat er nachher an sich gezogen, so dass er heute die zweitstärkste deutsche Arbeiterorganisation ist. Diese Entwicklung bewies, dass die Arbeiterschaft die Kräfte zusammenfassen kann, um der Macht des Unternehmertums entsprechende Widerstandskraft entgegenzusetzen. Winnig, der ebenso wie seine Organisation den zentralen Vertragsabschluss entschieden bekämpft hatte, war durch die Macht der Tatsachen zur Ueberzeugung gekommen, dass für viele Berufe, vor allem für das Baugewerbe, der allgemeine Kampf auf der ganzen Linie die Form der künftigen Kämpfe überhaupt sei. Ja, er geht sogar weiter, zu behaupten, dass es einfach nicht denkbar sei, dass man jemals zu den Einzelkämpfen der früheren Jahre zurückkehren könnte. Man müsste die bestehenden Zentralorganisationen auf beiden Seiten zerschlagen, um das zu erreichen, und auch dann wäre es nur eine Frage der Zeit, dass sie sich aufs neue bildeten.

In Wirklichkeit ist die Entwicklung wohl noch weiter vorgeschritten. Die Unternehmer haben ihre gewaltigen Arbeitgeberverbände, die die Unternehmerorganisationen der verschiedenen Berufe aufs innigste zusammenzufassen suchen. Immer deutlicher ist ihr Bestreben, alle Tarifverträge gleichzeitig ablaufen zu lassen, um es bei mangelnder Nachgiebigkeit der Arbeiter zu Generalaussperrungen kommen zu lassen, zu viel grossartigeren Produktionsunterbrechungen als die Generalstreiks, von denen die Arbeiter hie und da sprechen. Die höchste Verschärfung des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital wird von den Unternehmern vorbereitet. Sie, die das Koalitionsrecht

der Arbeiter bekämpfen, treiben die Kämpfe auf Grund des Koalitionsrechtes auf die höchste Spitze. Die Tatsache schärfster Zentralisierung der Unternehmerkräfte grenzt das Kampffeld heute ganz anders ab, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Wenn wir nun bei allem Widerstande gegen die Forderungen der Unternehmer den Gedanken des zentralen Vertragsabschlusses nicht mit aller Unbedingtheit in der Zukunft ablehnen dürften, so müssen wir dafür sorgen, dass das Eingehen auf diese Unternehmerwünsche von entsprechenden Zugeständnissen an die Arbeiter begleitet sein muss, ebenso müssen wir verlangen, dass im Falle zentraler Vertragsabschlüsse die Berücksichtigung der lokalen Lebensbedingungen der Arbeiter, der Wohnungspreise, Lebensmittelkosten und dergleichen die notwendige Beachtung finden, wie das seit langem in den Tarifverträgen der Buchdrucker der Fall ist. Eine zentrale Lohnfestsetzung muss nicht gleichzeitig eine schematische sein. In dem Willen, der durch den zentralen Vertragsabschluss zum Ausdruck kommt, müssen natürlich auch bis zum möglichst hohem Grade die lokalen Wünsche entsprechende Berücksichtigung finden, die Entwicklung der Organisation, die Verflechtung der Interessen aller Mitglieder und aller Orte muss zu einem gemeinsamen Willen, zu einer Einheitlichkeit der Aktion führen.

Wir müssen den zentralen Tarifabschluss noch unter einigen allgemeinen Gesichtspunkten kritisch prüfend betrachten.

In der Gewerkschaft kommt fast mehr wie in irgendeiner anderen Vereinigung von Menschen der Gegensatz gegen den selbständig bestimmenden Willen des einzelnen zum Ausdruck. Die Schroffheit, mit der der Streikbrecher verurteilt wird, rechtfertigt sich aus der Ueberzeugung der Arbeiter, dass sich jeder einzelne dem Willen der Allgemeinheit zu fügen und eventuell auch wirtschaftliche Schädigung, persönlichen Nachteil für sich und seine Familie ohne Klage auf sich zu nehmen habe, wenn die Abwehr oder der Angriff der Gesamtheit durch die Nichtberücksichtigung der Interessen des Individuums zum Siege geführt werden könnte. Ja wir — und nicht nur wir — gehen viel weiter, indem wir die Minoritäten unter den Willen der Mehrheit im Interesse der Allgemeinheit wie im Interesse der Einheitlichkeit der Willensäußerung nötigen, oft nur zu dem Zwecke, um mit voller Macht auftreten zu können. Kein Gewerkschafter hat gegen die Unterstellung des einzelnen unter den Willen der Allgemeinheit irgend etwas einzuwenden. Im Prinzip wird auch jeder dafür sein, dass sich die Minderheit der Mehrheit unterordne. Wo diesem Prinzip Grenzen gezogen werden sollen, ist schwer festzustellen. Dass sich in einer Zahlstelle mit 7000 Mitgliedern 2000 den 5000 fügen müssen, darüber herrscht nirgends ein Zweifel. Sollte es aber angängig sein, dass sieben Zahlstellen mit durchschnittlich 70 Mitgliedern verhindern, dass 25 Zahlstellen mit zusammen 20.000 Mitgliedern ihren Willen durchsetzen sollen? Die Autonomie des einzelnen Ortes steht im Widerspruche mit der Unterwerfung der Minderheiten in einem Orte unter dessen Mehrheit. Bei dem innigen Zusammenhang des wirtschaftlichen Lebens, bei dem Uebergreifen der grossen Unternehmung auf zahlreiche Orte, bei der die Industrie beherrschenden Macht des Finanzkapitals darf man sich nicht auf das Prinzip verbeissen, die lokale Autonomie als ein höchstes Gut der Gewerkschaften zu verteidigen. Man kann sehr wohl auch behaupten, dass derartige zentrale Abmachungen den Mitgliedern in zahlreichen Orten Vorteile schaffen können, bei denen sonst die organisatorischen Voraussetzungen für ähnlichen Erfolge noch nicht gegeben sind. Gerade der Gedanke des Zentralverbandes, der ja in Deutschland am frühesten und am kräftigsten ausgebildet wurde, verlangt die Durchsetzung von Vorteilen für alle durch alle. Freilich kann dagegen eingewandt werden, dass Orte mit schwachen Organisationen nicht die Gewähr bieten, dass die Vertragsbedingungen so durchgeführt werden können, wie beim Vorhandensein ausgebildeter gewerkschaftlicher Organisation. Die Organisationen dieser kleinen Orte können gestärkt werden durch die Zusammenfassung aller verwandten Organisationen. Die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen kann auch zum Mittel werden, die Organisation zu kräftigen, während die Unternehmer gerade durch den zentralen Tarifabschluss den Tarifbruch weit mehr überlegen müssen, weil sie ja damit auch Gefahren dem ganzen Unternehmertum und Vergeltungsmassregeln des zentral organisierten Unternehmertums hervorrufen können.

Eine ganze Reihe neuer Beziehungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation ergeben sich im Falle des zentralen Tarifabschlusses, dessen Folgen und Bedeutung erschöpfend zu erweisen, heute noch nicht die Zeit ist.

Aber das eine lehrt uns heute schon die gewaltig gestiegene Macht des Unternehmertums, die den zentralen Vertragsabschluss erstrebt, dass die Zentralisation der gewerkschaftlichen Kräfte, vor allem die Zusammenschweissung beruflich nah verwandter und gemeinsamem Unternehmertum gegenüberstehende Organisationen immer notwendiger wird. Mancherlei Irrtümer sind in der Vergangenheit gemacht worden, lange hat es auch in Deutschland gewährt, bis Bauhilfsarbeiter und Maurer vereinigt wurden, und heute sind sie stolz auf die kraftvoll gerüstete, finanziell und organisatorisch so tüchtige Organisation des Bauarbeiterverbandes. Der Industrieverband drängt sich den Arbeitern auf in der Zeit höchst gesteigerter Unternehmerorganisation. Die wirtschaftliche Entwicklung nötigt die Arbeiter zur Entfaltung grosser gewerkschaftlicher Kräfte, zu neuen Gestaltungen, zu neuen Organisationsmethoden, zu neuen Kampfproblemen und auch zur Kritik und zum neuen Ueberdenken bisheriger, allein für richtig anerkannter Anschauungen.

Mögen diese Gedanken und Erwägungen in Deutschland von ganz besonderer Aktualität sein, so dürfen wir nicht zweifeln, dass auch uns für das Jahr 1913 mancherlei Ueberraschungen bevorstehen. Bei der Bedeutsamkeit der deutschen Beispiele für das österreichische Unternehmertum können wir leicht vor Probleme gestellt werden, die gestern die der deutschen Bauarbeiter, morgen vielleicht unsere eigene Sorge sein werden.

J. Brod: Der Kampf gegen das Wohnungselend

Die Wohnungsreformer könnten jetzt das 20jährige Jubiläum der österreichischen Wohnungsfürsorge feiern. Im Jahre 1892 wurde zum erstenmal ein Gesetz angenommen, das den Bau von Häusern mit Arbeiterwohnungen begünstigen sollte, das Gesetz vom 9. Februar 1892, R.-G.-Bl. Nr. 37, betreffend Begünstigungen für Neubauten mit Arbeiterwohnungen. Der damalige Ministerialrat im Finanzministerium Dr. v. Böhm-Bawerk hatte die Aufgabe, den Standpunkt der Regierung gegenüber dem Gesetz im Parlament zu vertreten. Der Herr Ministerialrat wendete seine ganze Beredsamkeit auf, um nachzuweisen, dass gar keine Notwendigkeit vorlag, die Aufführung von Neubauten mit Arbeiterwohnungen zu begünstigen, wiewohl schon damals in vielen Städten von Oesterreich, namentlich aber in Wien, Wohnungsnot bestand. Dr. v. Böhm-Bawerk hatte damals die Freundlichkeit, im Parlament unter anderem zu sagen:

Die Wohnungsnot ist an sich keine universelle, sondern zunächst und in erster Linie eine lokale Erscheinung; auch die Wohnungsnot der arbeitenden Klassen ist eine lokale Erscheinung, sie findet sich keineswegs gleichmässig im ganzen Reich vor.

Da die Liberalen, die das Gesetz eingebracht hatten, die 24jährige Steuerfreiheit für alle auf Grund dieses Gesetzes erbauten Häuser beantragten, war Herr Dr. v. Böhm-Bawerk bemüht, nachzuweisen, dass der Staat eine derartige Steuerfreiheit unmöglich gewähren könne, schon aus dem Grund, weil der Geldbetrag, den der Hauseigentümer in 10, 20 oder 24 Jahren durch die Steuerfreiheit ersparen werde, heute um die Zinsen und Zinseszinsen weniger wert sei, die dieser Geldbetrag während dieser Zeit tragen werde. Auf Grund einer Zinsentabelle wies er nach, dass der Wert einer Zahlung von 100 fl., die in 24 Jahren fällig ist, sich heute auf 31 fl. beläuft. Der Staat solle also auf 100 fl. Steuer verzichten, die dem Baumeister heute nicht mehr nützen als 31 fl. Das sei es, was die Steuerbefreiung unwirtschaftlich machte. Man wendete ein, dass, wenn 100 fl. nach 24 Jahren heute nur 31 fl. wert sind, ja der Staat die Steuerfreiheit um so leichter bewilligen könnte. Darauf erwiderte der Herr Ministerialrat, dass der Staat etwas anderes und das Individuum etwas anderes sei; dieses sterbe ab, jener lebe ewig.

Trotz dieser geistreichen Argumentation wurde das Gesetz angenommen. Obgleich die liberale Partei sich von dem Gesetz sehr viel versprach, blieb es auf die Wohnungsnot ohne Wirkung. Von 1892 bis 1901 wurden auf Grund des Gesetzes in ganz Oester-

reich 319 Häuser gebaut. Das Fiasko des Gesetzes führte im Jahre 1902 zur Vorlage eines neuen Gesetzes, das die Fehler seines Vorgängers zu vermeiden trachtete. Der Erfolg dieses Gesetzes war besser. Von 1902 bis 1908 wurden im ganzen 1266 Gesuche wegen Steuerfreiheit eingereicht. Im Jahre 1909 liefen weitere 738 Gesuche ein, wovon aber nur 339 bewilligt worden sind. Der Fiskus fürchtete, er könnte zu viel an Hauszinssteuer einbüßen.

Irgendeinen fühlbaren Einfluss auf die desolaten Wohnungsverhältnisse konnte auch dieses Gesetz nicht haben; so kam es zu einem dritten Wohnungsgesetz, zu dem vom 22. Dezember 1910 betreffend die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds, das im „Kampf“ schon besprochen wurde*. Der Staat soll sich nicht damit begnügen, den Wohnungsbau negativ zu fördern, indem er keine Steuern verlangt, sondern auch positiv, indem er eine bestimmte Summe für diesen Zweck zur Verfügung stellt. Von 1911 bis 1921 sollen 25 Millionen Kronen dem Wohnungsfürsorgefonds aus der Staatskasse zufließen, um gemeinnützigen Baugenossenschaften die Kreditbeschaffung zu ermöglichen. Die Schöpfer dieses Gesetzes stehen auf dem Standpunkt, dass der Wohnungsmangel eine Folge der Kreditschwierigkeiten sei, namentlich bei Aufnahme zweiter Hypotheken. Wenn nun der Staat durch den Wohnungsfürsorgefonds die Garantie für die zweiten Hypotheken übernimmt, werde sich die Bautätigkeit rasch entwickeln.

Bis jetzt ist eine grössere Anzahl von gemeinnützigen Baugenossenschaften im ganzen Reich entstanden. Um zu bauen, braucht jede Genossenschaft nur 10 Prozent des Baukapitals aufzubringen, 50 Prozent sind bei den Kreditinstituten zu haben und für 40 Prozent übernimmt der Wohnungsfürsorgefonds die Garantie. Da die meisten Baugenossenschaften selbst die 10 Prozent Baukosten nicht aufbringen, wurde durch das Gesetz vom 28. Dezember 1911 beschlossen, dass dem Wohnungsfürsorgefonds ausser den für die Jahre 1911 und 1912 bestimmten 1,500.000 Kronen weitere zwei Millionen Kronen zur Verfügung gestellt werden, um solchen gemeinnützigen Baugenossenschaften, deren Mittel zur Inangriffnahme eines Baues nicht ausreichen, Vorschüsse zu gewähren. Unter Umständen werden also auch die 10 Prozent des eigenen Baukapitals den Baugenossenschaften vorgeschossen werden.

Von allen bisher gegründeten gemeinnützigen Baugenossenschaften verspricht vorläufig eine einzige Bedeutendes zu leisten und das ist die Baugenossenschaft der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs, die mit Hilfe des Wohnungsfürsorgefonds ein Baukapital von zehn Millionen Kronen in Bewegung setzen wird. Eine Million Kronen bringen die Kassen aus den Reservefonds auf und neun Millionen Kronen sollen auf dem Kreditwege beschafft werden. Mit einem Baukapital von zehn Millionen Kronen können vier- bis fünftausend Wohnungen gebaut werden, eine Anzahl, die bei der Linderung der Wohnungsnot immerhin in Betracht kommt.

Bei aller Würdigung des Wohnungsfürsorgefonds muss aber vor einer Ueberschätzung seiner Wirksamkeit gewarnt werden. Das Wohnungselend ist so tief verankert in der kapitalistischen Wirtschaft, es ist so gross, dass auch dann, wenn mit den 25 Millionen Kronen des Garantiefonds 500 Millionen Kronen für den Wohnungsbau gewonnen werden, das Uebel nicht beseitigt ist. Die Wohnungsproduktion hält seit Jahrzehnten nicht gleichen Schritt mit der Vermehrung der Bevölkerung; das hat sich bei der letzten Volkszählung wieder offenkundig gezeigt. Im Dezennium 1901 bis 1910 ist die Zahl der Häuser in Wien ohne Floridsdorf um rund 3800 gestiegen (= 11·3 Prozent). In der gleichen Zeit hat sich aber die Bevölkerung um fast 280.000 Köpfe (= 24·8 Prozent) vermehrt. Durchschnittlich wohnen in Wien 50 Personen in einem Haus; in den 3800 neuen Häusern konnten daher 190.000 Personen untergebracht werden. Die übrigen 90.000 Personen mussten die Wohnungen überfüllen, da für sie keine neuen Wohnungen gebaut wurden. In der Tat sind die Wohnungen in den meisten Bezirken stark überfüllt. In den Arbeiterbezirken Favoriten, Ottakring und Brigittenau kommen auf ein Haus 69·9, 65·2, 86·8 Personen. Es gibt in Wien so gut wie gar keine leerstehenden Wohnungen. Für ganz Wien betrug die Zahl der leerstehenden Wohnungen im Jahre 1907 1·09 Prozent, im Jahre 1910 nur noch 0·3 Prozent. Das

* IV. Jahrgang, Seite 171 ff., Renner: Oeffentliche Wohnungsfürsorge.

waren aber fast nur grössere Wohnungen; von den Kleinwohnungen, wie sie von Arbeitern begehrt werden, standen keine leer.

Wenn möglich noch schlimmer steht es in den Provinzstädten; namentlich in den Landeshauptstädten. Bekannt ist das Wohnungselend von Graz, Lemberg, Krakau, Prag u. s. w. In den Industriestädten, wie Reichenberg, Mährisch-Ostrau, Bielitz sind die meisten Arbeiterwohnungen wahre Massenquartiere. Angesichts des Umstandes, dass wir in Oesterreich einen Bevölkerungszuwachs von jährlich mindestens 300.000 Personen haben, ist eine Besserung in den Wohnungsverhältnissen kaum zu erwarten. Zur Unterbringung von 300.000 Personen brauchen wir jährlich 75.000 neue Wohnungen, wenn wir auf die Wohnung vier Personen rechnen. Rechnet man auf ein Haus zwölf Wohnungen, so müssten jährlich 6250 oder in zehn Jahren 62.500 Häuser gebaut werden. Die Baukosten für ein solches Haus mit 100.000 K angenommen, müsste ein Baukapital von jährlich 625 Millionen oder in den zehn Jahren 1911 bis 1920 6.250.000.000 K aufgebracht werden. Mit Hilfe des Wohnungsfürsorgefonds können aber in diesem Zeitraum höchstens 500 Millionen Kronen mobil gemacht werden. Es gehört also nicht viel Pessimismus dazu, um vorauszusehen, dass der Wohnungsfürsorgefonds das Wohnungselend nicht aus der Welt schaffen wird.

Die bürgerlichen Wohnungsreformer und mit ihnen auch manche Sozialdemokraten mögen darum vom Wohnungsfürsorgefonds nicht mehr erwarten als er bestenfalls wird leisten können. Das gleiche gilt von allen Massregeln, die zur Linderung des Wohnungselends angewendet oder empfohlen werden, wie Aenderung der Bauordnung, Einführung einer Wertzuwachssteuer, Einsetzung einer Wohnungsinspektion und Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einführung des Erbbaurechts, das mittlerweile durch das Gesetz vom 26. April 1912 Gesetzeskraft erlangt hat. Gegen alle diese Forderungen ist schlechthin nichts einzuwenden, es fragt sich nur, ob sie durchführbar sind, und wenn, ob sie unter den gegebenen Verhältnissen das bewirken, was sie versprechen. Die Aenderung der Bauordnung begegnet überall dem grössten Widerstand der Hausbesitzer; die Wertzuwachssteuer ist nach Ansicht vieler Sozialpolitiker kein unfehlbares Mittel gegen die Häuser- und Bauspekulation, weil die Spekulanten leicht ein Mittel finden, sie schliesslich auf die Mieter abzuwälzen; die Wohnungsinspektion bleibt wirkungslos, solange nicht eine genügende Anzahl von Logierhäusern und Ledigenheimen vorhanden ist. Die Vorteile des Erbbaurechts, das darin besteht, dass es das Eigentum an Grund und Boden von dem Eigentum an den darauf errichteten Gebäuden trennt, indem der Baugrund Eigentum der Gemeinde oder des Landes bleibt und nur an den Bauunternehmer auf eine bestimmte Zeit verpachtet wird, sind gewiss nicht zu leugnen, aber es ist in den meisten Ländern gegenwärtig bedeutungslos, weil die Gemeinden ihre Baugründe an die Privatspekulation verschleudert haben und fortgesetzt verschleudern.

Man sieht, dass alle vorgeschlagenen Reformen problematischen Wert haben und eine radikale Aenderung der Wohnungsverhältnisse nicht bringen; sie sind bestenfalls Palliative. Dasselbe gilt von der Förderung des Baues von Kleinhäusern. Das Kleinhaus, in dem nur zwei Familien wohnen, ist unbestreitbar in vieler Beziehung der Mietkaserne vorzuziehen; das hindert aber nicht, dass unterdessen die Mietkaserne sich immer mehr ausbreitet. Das Kleinhaus der Zukunft hindert nicht, dass die Gegenwart sich für die nächsten zwei oder drei Generationen in der Mietkaserne häuslich einrichtet. Nicht Kleinhäuser, sondern Mietkasernen werden gebaut; Mietkasernen, die sich von den alten nur dadurch unterscheiden, dass sie in ihrer ganzen Konstruktion auf eine noch grössere Wohndichtigkeit berechnet sind, als die in den alten Mietkasernen. Der Baugrund wurde zu einem so hohen Preis gekauft, dass eine entsprechende Verzinsung des investierten Kapitals nur erreicht werden kann, wenn der Raum noch stärker ausgenützt wird. Zudem kommt noch, dass keine ausreichende Zahl von Zinskasernen gebaut wird. Die Bautätigkeit richtet sich nicht in erster Linie nach dem Wohnungsbedarf, sondern nach der Verzinsungsmöglichkeit des investierten Kapitals. Die Verzinsung ist um so besser, je stärker der Andrang zu den bereits bestehenden Wohnungen ist, denn die Hausbesitzer können dadurch die Mietpreise erhöhen und alle, auch die schlechtesten und ungesündesten Wohnungen an den Mann bringen. Nur so

ist es zu erklären, dass die Zahl der leerstehenden Wohnungen abnimmt und die Wohndichtigkeit zunimmt.

Es entfielen auf ein Wohngebäude durchschnittlich in Oesterreich im Jahre 1900 7·24, im Jahre 1910 7·36 Einwohner. In Niederösterreich, für das Wien den Ausschlag gibt, stieg die Wohndichtigkeit von 13·5 im Jahre 1900 auf 14·2 im Jahre 1910. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Durchschnitt kein richtiges Bild von der wirklichen Wohndichtigkeit gibt, weil er die hässlichen Details mit ihrem Elend und der Vermischung der Geschlechter nicht zum Ausdruck bringt.

Dieses Elend hängt aufs innigste zusammen mit der kapitalistischen Wirtschaft, deren Ausfluss die Bodenspekulation und der Zinswucher sind. Um hier Wandel zu schaffen, muss ein tiefer Eingriff in die Eigentumsverhältnisse der Bodenspekulanten und Spekulantenringe gewagt werden. Die Reformvorschläge der meisten Bodenreformer leiden darunter, dass sie keinem der Faktoren, die an den bestehenden Wohnungsverhältnissen interessiert sind, weh tun wollen; sie möchten den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Der Staat, die Länder und die Gemeinden sollen ihre Hauszinssteuer mit Zuschlägen einheben, wie bisher, höchstens eine kleine Ermässigung wird von ihnen erwartet. Der Hauseigentümer soll sein Kapital landesüblich verzinsen, der Grundbesitzer soll seine Bodenrente geniessen, die Hypothekenbanken, die Spekulantenringe sollen die Zinsen und Profite unverkürzt erhalten; niemand soll geschädigt werden und doch soll das Wohnungselend beseitigt werden. Das ist aber eine Utopie. Ohne Eingriff in die Eigentumsverhältnisse ist keine wirksame Wohnungsreform denkbar. Lafargue hat vor einigen Jahren vorgeschlagen, dass die Mietpreise von einer hiezu eingesetzten Kommission festgesetzt werden sollen. Das wäre das eine Mittel. Das zweite müsste in der Expropriation aller Bodenwucherer und Spekulantenringe bestehen; ein anderes Mittel gibt es zur Unterbindung des Wohnungswuchers nicht. Das Wort Expropriation wirkt auf manche Wohnungsreformer abschreckend, aber anders vermag sich die Bevölkerung gegen das Ansteigen der Mietpreise nicht zu schützen. Die Gemeenschädlichkeit des Privateigentums ist nirgends so offenkundig wie bei den Wohnhäusern, die mehr als jede andere Ware ein Produkt kollektiver Arbeit sind. Zu dem kommt noch, dass das Privateigentum an den Wohnhäusern nur ein fiktives ist. Fast alle Häuser sind mit Hypothekarschulden belastet. Im Jahre 1909 betragen die Hypothekarschulden in den 21 Bezirken Wiens 196,752.282 K. Wie in Wien ist es in ganz Oesterreich. Die Häuser sind also zum geringsten Teil noch Privateigentum im alten Sinn des Wortes; sie gehören faktisch nicht den Leuten, die als Eigentümer figurieren, sondern den Geldinstituten. Man braucht daher aus dieser Tatsache nur die Konsequenzen zu ziehen und die Eigentümer eines Eigentums zu expropriieren, das sie gar nicht mehr besitzen.

Geschieht das nicht, so wird und muss die Wohnungsnot immer grösser werden. „Das Kapital“, sagt Jäger, „sucht die Wertsteigerung, die bei normaler Entwicklung erst in der Zukunft eintreten würde, jetzt bereits hoch zu spannen und für sich festzulegen, den Gewinn, der erst durch die Arbeit der kommenden Generation herbeigeführt werden kann, durch künstliche Kurssteigerung der Gelände und der Wertpapiere sofort herauszuziehen und den Kapitalisten zuzuführen, alles in einseitiger, gewinnhungriger Absicht und ohne jede soziale Rücksicht. Die ganze Entwicklung vollzieht sich unter Leitung kleiner Spekulantenringe, die nur für sich und ihre Freunde sorgen und einen sozialen Raubbau treiben, bis die tolle Dividenden- und Profitwut ein Schwindelgebäude aufgeführt hat, das notwendig verkrachen muss.“

Aber der Krach nützt dem Mieter nichts; für ihn ist die Mietzinssteigerung eine Schraube ohne Ende, die ihre Grenze nur an der erschöpften Leistungsfähigkeit des Mieters findet. Durch den Krach werden einige Existenzen wohl ruiniert, aber das Geschäft geht weiter und mit ihm die Bewucherung der Mieter.

Jede neue Zinskaserne bedeutet eine Vermehrung der Hypothekarschulden, des Wuchers, des Wohnungselends mit allen seinen Konsequenzen nicht nur für die lebende, sondern auch für die kommende Generation. Ein so grosses Uebel kann nicht durch kleine Mittel beseitigt werden, sondern durch eine tiefgreifende Aktion der organisierten Gesellschaft, das heisst des Staates und der Gemeinden.

J. Fischer: Fabrikwohnungen für Arbeiter in Niederösterreich

Als die Industrialisierung Niederösterreichs begann, waren die meisten heutigen Fabrikorte kleine Bauerndörfer, die nach dem bäuerlichen Bedarf gebaute Häuser, das heisst nur mit den notwendigsten Räumlichkeiten versehen, aufwiesen. Mit dem Augenblick, wo in einem dieser Orte eine Fabrik gebaut wurde, sah sich der Unternehmer gezwungen, sofort Wohnungen für die Arbeiter zu bauen, um so mehr, da ja solche Unternehmungen niemals auf die ortsansässige Einwohnerschaft rechnen konnten, sondern nur auf den Zufluss der Arbeiter aus anderen Gegenden des Reiches, vornehmlich aus Böhmen, Mähren und Schlesien angewiesen waren. Wollte daher ein Unternehmer Arbeiter überhaupt haben, so musste er ihnen notgedrungen Wohnungen zur Verfügung stellen, denn in den Bauernhäusern gab es erstens keinen Platz und zweitens wurden solche zugewanderte Leute immer als Fremdkörper in der Gemeinde betrachtet, denen man unter keinen Umständen Wohnung gab.

Die Baugesetze wurden in der damaligen Zeit so lax wie nur möglich gehandhabt, es fielen die Wohnungen für die Arbeiter dementsprechend aus. So wenig Geld wie möglich wurde für Arbeiterwohnungen ausgegeben; wozu braucht auch ein Arbeiter eine bequeme, anheimelnde Wohnung? Die Wohnungen, ob für viele oder für wenige Familienmitglieder, sind zumeist von dem gleichen Flächenausmass, 20 bis 25 Quadratmeter. Enge, finstere Stiegen und ebensolche Korridore bilden in allen Stockwerken den Zugang, wenn es die Unternehmer nicht vorzogen, überhaupt keine Vorhäuser zu bauen, sondern den Eingang in die Wohnungen sofort vom Freien zu machen. In manchen Orten wurden alte, nicht mehr benützte oder benützbare Viehställe zu Arbeiterwohnungen umgebaut, so in Moosbrunn bei Grammat-Neusiedl.

Erst einer späteren Zeit gehört die Bauart an, bei der den Arbeiterwohnungen auch eine Art Küche angegliedert wurde. Man muss sich aber unter Küche nicht einen Raum vorstellen, der Tür und Fenster aufzuweisen hat; ein Raum hat nur eine Tür, im Winter, wenn man die Tür nicht offen lassen kann, dringt das Licht nur durch die Zimmertür, also indirekt in die Küche, da ja nicht einmal eine Verglasung in der Tür ist, durch die Licht eindringen könnte. Auch bei dieser Bauart gab es kein Vorhaus, sondern aus der Küche gelangte man sofort in das Freie. Den Vogel hat die Firma Philipp Haas u. Söhne, die Teppichfabrik in Ebergassing, abgeschossen beim Bau von Wohnungen mit sogenannten Küchen. Ebenerdige Häuschen mit zwei Zimmern, eines zirka 20 Quadratmeter gross, und mit einer Küche für beide Zimmer. Die Küche hat ein Flächenausmass von höchstens 14 Quadratmetern; in ihr sind zwei Herde untergebracht. Von den Parteien kann immer festgestellt werden, was die eine oder die andere kocht. Der Zugang ist ebenfalls direkt vom Hofe und die Küche ohne Fenster. Da gerade bei den Arbeitern ziemlich reicher Kindersegen anzutreffen ist, so trifft es sich sehr häufig, dass auf ein Flächenausmass von 54 Quadratmetern 16 und noch mehr Personen kommen. Wie es da in sanitärer und „sittlicher“ Beziehung aussehen muss, kann man sich sehr lebhaft vorstellen.

Durch alle Fabrikorte in Niederösterreich kann man gehen: Einer besonderen sanitären Einrichtung begegnet man überall. Das ist die Anordnung, dass die für viele Personen bestimmten Aborte gewöhnlich vor dem Eingange der Wohnungen stehen. Ein abgestumpfter Grosstädter glaubt umsinken zu müssen, wenn er eine solche Arbeiterkolonie betritt.

Erst in der neueren Zeit werden etwas bessere Wohnungen gebaut. Besonders ist da eine Firma zu nennen, die mit dem alten Gebrauch der Massenwohnungen gebrochen und Wohnungen gebaut hat, die einigermaßen einer der heutigen Zeit entsprechenden Arbeiterwohnung gleichsehen. Es ist dies die Firma A. Rudolph, Borten und Litzenfabrik in Ober-Waltersdorf, die ein neues Gebäude bauen liess. Der Bau ist zweistöckig mit drei Haustüren, ohne finstere Stiegen und Korridore, in jedem Stockwerk sind nur vier Wohnungen, deren Zugang reichlich belichtet ist; ebenso hat jede

Wohnung ihren besonderen Eingang und Küche, die, weil das Zimmer das Licht direkt von der Gasse respektive vom Hofe erhält, der direkt an Felder angrenzt, deshalb freie Aussicht hat. Die modernsten Arbeiterwohnungen aber werden in Berndorf von der Firma Arthur Krupp gebaut. Hier kommt das System der Ein- und Zweifamilienwohnungen zur Ausführung. In einigen Orten, wie Felixdorf, Weigelsdorf, Pottendorf und anderen haben die Arbeiter auch ein Stückchen Garten zur Verfügung, um sich Gemüse und dergleichen anbauen zu können. In einigen Orten wird die Wohnung nicht bezahlt, sie wird als ein Teil des Lohnes betrachtet. Muss Zins gezahlt werden, so schwankt er zwischen K 1'60 und 2 K wöchentlich.

Die Unternehmer waren seinerzeit gezwungen, Wohnungen zu beschaffen, wenn sie überhaupt Arbeiter haben wollten; dass die Unternehmer eine solche Wohnung auch zur Massregelung der Arbeiter ausnützen könnten, wurde ihnen erst viel später klar, als die Arbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen darangingen, ihre misslichen Lebensverhältnisse einigermassen zu verbessern. Erst in diesem Moment erkannten die Unternehmer, welch furchtbare Waffe sie gegen ihre Arbeiter in den Fabrikwohnungen in den Händen haben.

Es ist ja auch sehr leicht erklärlich; denn mit dem Moment, wo die Arbeiterschaft eines Betriebes Lohnforderungen und andere Forderungen stellt und der Unternehmer sie brüsk abweist, die Arbeiter deshalb in den Streik treten wollen, ist der Unternehmer mit Wohnungskündigungen sofort bei der Hand. In vielen Fällen müssen die Arbeiter bei ihrer Aufnahme in den Betrieb einen Revers unterschreiben, der bestimmt, dass sie, wenn sie die Arbeit verlassen, binnen drei Tagen die Wohnung räumen müssen. Würden Wohnungen im Ort vorhanden sein, wäre diese Bedingung nicht so schlimm; so aber haben die Leute mit Delogierungen zu rechnen, ihre wenigen Habseligkeiten können durch schlechte Witterung vollkommen zugrunde gerichtet werden. Bedeutend schlimmer daran sind dann noch Fabrikarbeiter, die ausser der Wohnung noch ein Stückchen Garten zum Bebauen haben. Sie haben Geld hineingesteckt, unter Umständen ist das alles verloren; der Unternehmer verlangt im Fall des Streiks, aber auch bei friedlichem Verlassen der Arbeit, dass auch der Garten sofort geräumt werde. Die mit einer gewissen Vorliebe gepflegten Anpflanzungen müssen entweder vernichtet oder dem Unternehmer überlassen werden. So geschah dies bei dem Streik der mechanischen Weberei des Ernest Ritter v. Boschan in Weigelsdorf.

Nicht allen ausständigen Arbeitern wird sogleich die Wohnung gekündigt. Nur einige sucht man heraus, nicht nur die sogenannten Streikführer, denn die würden sich nicht gar zu viel daraus machen; es werden die Wohnungen Leuten gekündigt, die überhaupt keiner Organisation angehören und auch niemals ein Wort in irgendeiner Versammlung sprachen, aber der Erfolg stellt sich regelmässig ein. Denn in dem Augenblick, wo furchtsame Arbeiter sehen, dass der Unternehmer mit den Delogierungen Ernst macht, kommt die blasse Furcht zum Durchbruch, die Leute knicken zusammen und der Zweck der Delogierung ist erfüllt: einige Leute werden zu Verrätern an der Arbeiterschaft, sie nehmen die Arbeit bedingungslos auf. Die ersten Streikbrecher sind zu verzeichnen und dann dauert es gewöhnlich nicht mehr lang und eine grosse Anzahl von Personen arbeitet im Betrieb, der Streik ist mit der Niederlage der Arbeiterschaft beendet.

Besonders klug geht da der Herr Krupp in Berndorf vor. Er baut nicht mehr Häuser auf Rechnung des Betriebes, nein, er lässt kleine Häuschen bauen, und gibt diese auf Abzahlung seinen Arbeitern. Dass solche Leute mit Haut und Haaren dem Unternehmer ausgeliefert sind, kann man sich leicht ausrechnen. Stellen wir uns einmal vor, es würden die Arbeiter des Herrn Krupp irgendeine Forderung stellen. Die Arbeiter würden von Herrn Krupp rundweg abgewiesen und die Leute wären mit einer solchen Abfertigung nicht einverstanden und wollten in Streik treten, um Herrn Krupp auf diese Weise das abzuringen, was er in seinem Herrenstolze nicht freiwillig geben wollte. Was würde eintreten? Die meisten Arbeiter wohnen in Fabrikwohnungen oder in Häuschen, die auf Abzahlung übernommen wurden. Delogierungen und die Kündigung der auf die Häuschen genommenen Gelder wären die ersten Schritte des Herrn Krupp. Der Unternehmer dürfte in der Regel recht behalten, wenn es auch das himmel-

schreiendste Unrecht ist, da das ganze Vorgehen einer Erpressung gleichsähe wie ein Ei dem anderen. Der unterliegende Teil wäre immer die Arbeiterschaft. Unter solchen Umständen müsste daher ein jeder Kampf und wäre er auch noch so berechtigt, verlorengelien.

Unter solchen Umständen ist die Organisationsarbeit sehr schwierig. Die Arbeiter fürchten schon den Beitritt in die Organisation, weil sie glauben, dass sie ihre Wohnung verlieren würden. Die Feigheit beherrscht diese Arbeiter und es wird noch ziemliche Zeit dauern, bis auch diese Hemmnisse der Organisierbarkeit beseitigt sein werden. Bei jeder Lohnbewegung von Arbeitern, die die „Segnungen“ der Fabrikwohnungen geniessen, müssen die verantwortlichen Genossen mit grosser Vorsicht vorgehen, um die Organisation nicht zum vollständigen Zusammenbruch gelangen zu lassen.

Karl Cermak (Teplitz):

Probleme der Massenorganisation

Ueber die Bedeutung einheitlicher, geschlossener Massenorganisationen, die einen Gesamtwillen bekunden und betätigen, und in denen selbstgesetzte Disziplin herrscht, wird es in der Partei wohl keine Meinungsverschiedenheiten geben. Dass die ausgebildete Organisation der Bekundung des Einzelwillens Hindernisse schafft, mag weniger Beachtung finden. Und doch gibt es viele Situationen für den Sozialdemokraten, für den Vertrauensmann gleicherweise wie für das Parteimitglied ohne Funktion, in denen es auf den Entschluss des einzelnen ankommt. Das Wirken für die proletarische Bewegung geschieht nicht nur in der Versammlung, in der der Redner den Willen von Hunderten oder Tausenden durch die Macht des Wortes formt, sondern in zahllosen „Privatgesprächen“, die Tausende aufgeklärte Sozialdemokraten täglich führen, um Indifferente zum Sozialismus zu bekehren. Wie dies geschieht, ist natürlich dem Talent und Eifer des einzelnen überlassen, dafür gibt es keine Normen und keine „Rededispositionen“. Der Erfolg der mündlichen Kleinarbeit ist aber doch wesentlich davon abhängig, wie der Sozialdemokrat für seine Partei wirkt. Wer das psychologische Talent besitzt, jeden Menschen speziell zu behandeln, bei der Werbearbeit zu individualisieren, wird leicht und sicher zum Erfolg gelangen. Wer grob, mechanisch, allgemeine Argumente ohne Wahl und ohne Sinn für deren zeitgerechte Verwendung zur Agitation nützen will, wird mitunter recht herbe Erfahrungen machen. Mancher agitatorische Misserfolg, über den unsere Vertrauensmänner klagen, hat hier seine Quelle. Der minder begabte Agitator — und in diesem Sinne Agitator ist jeder Genosse, der sich zu seiner Ueberzeugung laut bekennt, in ihrem Sinne mit seinen Freunden und Klassengenossen spricht und handelt, also für die Partei wirkt — kämpft in der Regel, meistens ohne zu wissen, mit der Schwierigkeit, am richtigen Ort jeweils das richtige Wort zu finden.

Die Art der Werbung der vielen, der einzelnen, zur gleichen Zeit, durch die Versammlung und durch die Presse, ist ganz verschieden von den Methoden, mit denen sich einer an einen, in der Agitation von Mann zu Mann, wenden muss. Ich spreche die Vermutung aus, dass die notwendigen und nützlichen Methoden der Agitation, die sich an eine Vielheit von Indifferenten wendet — in der Versammlung und in der Presse —, die Mittel und die Art der Agitation von Mann zu Mann mitunter ungünstig beeinflusst. Um die mündliche, persönliche Werbearbeit erfolgreicher zu gestalten, sollten alle unsere Vertrauensmänner bei jeder Gelegenheit darauf verweisen, wie notwendig es ist, dass der Sozialdemokrat, der sich an den Indifferenten wendet, ganz in dessen Sprache reden muss, um ihn in seinem Innern zu erreichen und zu treffen. Es ist kein Herabgleiten für einen gebildeten Sozialdemokraten, wenn er, um anzuknüpfen, um die Verbindung herzustellen, urwüchsig einfach den Mann, der von unserer Bewegung nichts oder nur Halbes weiss, zu gewinnen sich bestrebt. Da liegt

ein grosses Feld, das leider nicht systematisch zu bearbeiten ist, sondern fast ausschliesslich der richtigen Betätigung des einzelnen überlassen bleiben muss. Darum muss sich jeder Sozialdemokrat auch möglichst viel persönliche Eigenart bewahren und zu erhalten bemühen. Seine guten Eigenschaften als Gesellschafter, als Mensch, seine geistigen Fähigkeiten werden sich eben zu wertvollen Talenten für die agitatorische Kleinarbeit entwickeln. Nicht schlechte Kopien der Versammlungsredner und Zeitungsschreiber braucht die erfolgreiche mündliche Agitation, sondern echte und unverfälschte Originale des Proletariats müssen ihre sozialistischen Kenntnisse auf das Geistes- und Empfindungsleben der Indifferenten projizieren.

Was vom Reden zur Gewinnung neuer Parteimitglieder gilt, der Ruf nach Individualität, ist auch für Tausende unserer Parteigenossen im Verkehr mit den Gegnern zu wünschen. Gewiss, der Sozialdemokrat hat innerhalb jeder Gemeinschaft im Orte, in der Fabrik, im Hause und beim Biertisch, besondere gesellschaftliche Pflichten. Für Fehler des einzelnen Sozialdemokraten macht der Gegner, und auch der Indifferent ist dazu gerne bereit, die Partei, ihre Erziehung und ihr Programm verantwortlich. Seine sonst ursprünglichsten menschlichen Gefühle und Empfindungen vor dem Gegner nicht auszusprechen, dazu ist der tüchtige Sozialdemokrat aber doch auch nicht verpflichtet. Dass aus übertriebener „Disziplin“ ein Genosse auf die primitivsten Abwehrmittel, wenn er vor dem Gegner steht, verzichtet, ist leider nicht selten anzutreffen. Ganz besonders zahlreich war diese Beobachtung bei den letzten Reichsratswahlen in den Sudetenländern im Kampfe gegen Deutschnationale zu machen. Wenn einem Arbeiter bei einem unpolitischen Anlass irgend ein Lehrer, Beamter, Werkführer, Polizist so roh und grob entgegentritt, wie sie es so häufig in der Wahlagitation und besonders am Wahltag getan haben, der Angegriffene wäre wahrlich um eine Antwort, um eine entsprechende mannhafte Abwehr nicht verlegen gewesen. Wenn sich der Angreifer im politischen Kampfe der niederträchtigsten Mittel bedient, lehnt es aber sehr häufig der organisierte Arbeiter ab, die sonst selbstverständliche Antwort zu geben oder die natürliche Abwehr folgen zu lassen. Es ist nicht „anständig“, nicht „würdig“ so zu handeln, wie es sonst in einem unpolitischen Wortwechsel geschehen würde, so meint der Organisierte. Und so haben Tausende Arbeiter die deutschnationalen Niederträchtigkeiten ruhig und „würdig“ eingesteckt und sich in vielen Orten, wo wir sonst im Angriff standen, in eine schwächliche Abwehr drängen lassen. Unsere Genossen wurden und werden von Polizei, Gendarmerie und Gerichten verfolgt und gehetzt, sie wissen zwar von schweren Gesetzwidrigkeiten unserer Gegner, sie rühren sich aber nicht, weil sie doch nicht „denunzieren“ wollen. Und die Deutschnationalen werden dabei immer frecher!

Was für das Verhalten und Handeln der Masse gilt und gelten muss, darf nicht automatisch auch zur Norm für die Handlungen des einzelnen gemacht werden. Gewiss werden wir unseren politischen Kampf nicht auf das Niveau der Bürgerlichen herabdrücken. Wenn die Deutschnationalen in unseren Konsumvereinen, Redaktionen u. s. w. Fenster einwerfen (1908 in Deutschböhmen), werden unsere Genossen natürlich nicht dasselbe zu tun haben. Auf Frechheiten, die von Deutschnationalen von Mann zu Mann gegen uns begangen werden, ist man aber aus Parteidisziplin nicht zu schweigen verpflichtet und die Mittel der Abwehr, die sonst normalerweise unter gebildeten Menschen ihre Anwendung finden, sind auch im politischen Kleinkriege nicht nur zulässig, sondern, wie ich glaube, sehr notwendig, um sich von unseren Gegnern nicht unterkriegen zu lassen.

Unabsichtlich und ungewollt schafft die Erziehung zur strammen Disziplin der Massen — deren Vorzüge nicht in Zweifel gezogen werden sollen — eine Verkümmernng in der Betätigung des Einzelwillens. Ein Fehler der vielen Vorzüge der Disziplin liegt auf diesem Gebiete. Nur daraus ist es zu verstehen, dass unsere Genossen schon wiederholt in kritischen Augenblicken versäumt haben, gegnerische Angriffe elementar — ohne Beschluss oder Parole — entsprechend kräftig abzuwehren.

In die meist aus ungebildeten Elementen bestehende Jungmannenhorde ist durch das hohle, aber zündende Schlagwort irgendeines nationalen Schwätzers leicht „Kampfstimmung“ gebracht. In der Wahl ihrer Kampfmittel sind ja unsere Gegner nie und

nirgends sehr wählerisch gewesen, in der letzten Zeit hat ihnen diese Skrupellosigkeit sogar „Erfolge“ gebracht. Darum steht für unsere Bewegung die Frage offen, wie wir bei Einhaltung unserer bewährten Formen und Methoden des politischen und wirtschaftlichen Kampfes doch der Einzelinitiative und dem Einzelwillen soviel Spielraum schaffen, dass von Mann zu Mann die notwendige, kräftige Abwehr gegnerischer Uebergriffe erfolgt. Vielleicht könnten hier gelegentliche Diskussionen in Parteikreisen Rat schaffen. Auf die Bedeutung der Individualität in unserem Kampfe hinzuweisen, solche Diskussionen anzuregen, ist die Absicht dieser Zeilen.

Julius Deutsch: Eine organisatorische Frage

Bei der Reform des Reichsratswahlrechtes musste das Bürgertum auf seine Kurienprivilegien verzichten. Um diesen Verzicht leichter zu gestalten, bemühte man sich eine Wahlkreiseinteilung zu schaffen, die den Besitzenden einige neue Vorrechte gab. So trennte man die kleinen Landstädte — unter dem Vorwand, sie vor der agrarischen Umklammerung zu schützen — von dem sie umgebenden ländlichen Gebiet, dessen natürliches geographisches und wirtschaftliches Zentrum sie bilden, und warf sie mit anderen, oft weit entfernt liegenden Kleinstädten zusammen. Die Beamten und Kleinbürger dieser Städte behaupteten durch diese Wahlkreiseinteilung in vielen Kreisen das Uebergewicht. War aber doch unter den Kleinstädten eine oder die andere, in der die industrielle Arbeiterschaft sich in der Mehrheit befand, dann wurde sie auch aus dem Gefüge des Städtewahlkreises willkürlich herausgerissen und einem anderen Wahlkreise zugeschoben, in dem sie weniger gefährlich erschien. Man brachte so eine Anzahl Wahlkreise zustande, in denen die bürgerlichen Parteien vor dem sozialdemokratischen Angriff ziemlich geschützt waren; freilich sind diese Wahlkreise territorial ungemein ausgedehnt, sie bestehen aus einer Anzahl sonst völlig zusammenhangloser, zerstreuter Ortschaften.

Die Trennung von Stadt und Land — ob sie in gewissen Fällen notwendig war oder nicht, sei hier nicht untersucht — wirkte natürlich auch auf die Gestaltung der Landwahlkreise ein. Durch die Isolierung der Städte wurden die ländlichen Bezirke ihres volkreichen Mittelpunktes beraubt und die Landwahlkreise mussten nun, um eine genügende Wählerzahl zu stellen, gleichfalls sehr weit ausgedehnt werden. Sowohl die Stadt- als auch die Landwahlkreise sind dadurch zu einer solchen geographischen Ausdehnung gelangt, dass sie jedes inneren Zusammenhanges entbehren.

Die bunte Durcheinanderwürfelung der Wahlkreise hat die österreichischen Sozialdemokraten vor ein ungemein schwieriges organisatorisches Problem gestellt. Unsere politische Organisation konnte seinerzeit nicht anders aufgebaut werden, als indem sie sich den geographischen Verhältnissen anpasste. Das organisatorische Prinzip musste notwendigerweise sein: für ein geschlossenes Gebiet eine einheitliche Organisation. Für jedes grössere Städtchen und ihr Hinterland wurde eine Bezirksorganisation geschaffen, die sowohl Stadt als Land organisatorisch zu erfassen bestrebt war.

Nun kam in diese einfachen Verhältnisse jene merkwürdige Wahlkreiseinteilung, die das Zusammengehörige auseinanderriss und das Nichtzusammengehörige willkürlich aneinanderkettete. Unsere Organisation konnte vorerst die Wahlkreiseinteilung überhaupt nicht berücksichtigen, es blieb bei der Bezirksorganisation. Naturgemäss mussten da Schwierigkeiten entstehen, weil die Wahlkreise so eingeteilt sind, dass sie sich sehr oft über das Gebiet mehrerer Bezirksorganisationen erstrecken, während es andererseits wieder vorkommt, dass eine Bezirksorganisation mehrere Wahlkreise umfasst.

Man werfe einmal einen Blick auf die Landkarte, um zu sehen, welche bunte Durcheinanderwürfelung von Wahlkreisen und Bezirksorganisationen heute besteht. Man kann die Beispiele ganz beliebig wählen, denn es herrschen fast in allen Kronländern dieselben Verhältnisse. Da erstreckt sich zum Beispiel der 89. böhmische Wahlkreis über die Gebiete der Bezirksorganisationen Graslitz, Neudek, Platten und St. Joachimsthal, also über vier voneinander völlig getrennte Organisationseinheiten. Der 90. böhmische Wahl-

kreis hat drei Bezirksorganisationen, nämlich Falkenau, Elbogen und Wildstein; der 92. böhmische Wahlkreis hat vier Bezirksorganisationen, nämlich Marienbad, Elbogen, Petschau und Tachau. Solche territorial ausgebreitete Wahlkreise sind aber in Böhmen beileibe keine Ausnahmen, es sind vielmehr fast sämtliche Wahlkreise Deutschböhmens auf diese Art zusammengesetzt. Und nicht allein die städtischen Wahlkreise, sondern auch die Landwahlkreise sind so gross, dass fast alle von ihnen mehr als eine Bezirksorganisation umfassen. Dabei reden wir gar nicht von den aussergewöhnlich grossen Wahlkreisen, wie etwa dem 94. böhmischen Städtewahlkreis, der sich über die Gebiete von nicht weniger als sechs Bezirksorganisationen erstreckt, nämlich Winterberg, Prachatz, Wallern, Krumau, Teplitz und Neubistritz. Dass in einem solchen Wahlkreise eine einheitliche agitatorische Arbeit an der Vielheit der Organisationen ganz von selbst scheitern muss, bedarf keiner weiteren Erklärung.

Noch schlechter als in Böhmen ist es in Mähren, wo infolge des nationalen Katasters und einer das Bürgertum schützenden Wahlkreisgeometrie alle Städtewahlkreise zu wahren Kuriositäten an Ausdehnung geworden sind. Kreuz und quer sind die Ortschaften durcheinandergewirbelt, ohne Rücksicht auf ihre innere Zusammengehörigkeit oder auch nur auf die Möglichkeiten eines Verkehrs untereinander. Die Bahnverbindungen sind so schlecht, dass es Orte eines und desselben Wahlkreises gibt, die Tagesreisen voneinander entfernt sind. Man denke etwa an den vierten mährischen Wahlkreis, der sich von Blansko bei Brünn bis nach Teltch an die böhmische Grenze, dann über Iglau, Neustadt bis Konitz erstreckt. Oder der dritte Wahlkreis, der von Gaya bis Olmütz und Sternberg reicht; oder der neunte Wahlkreis, der sich von Freiberg bei Schlesien bis Napajedl im südlichen und Hof im nördlichen Mähren erstreckt.

Auch in Niederösterreich und den Alpenländern gibt es zahlreiche Wahlkreise, die so zusammengesetzt sind, dass sie sich über mehr als eine Bezirksorganisation erstrecken, so zum Beispiel alle niederösterreichischen Städtewahlkreise mit Ausnahme des Wiener-Neustädter Kreises und die meisten Landeswahlkreise. Aehnlich ist es in Steiermark, Salzburg, Oberösterreich und Tirol.

Diese Eigenart unserer Wahlkreise erschwert die agitatorische Tätigkeit ganz ungemain. Jeder Wahlkreis hat infolge der Tatsache, dass er durch einen und denselben Abgeordneten im Parlament vertreten ist, eine gewisse politische Gemeinsamkeit. Die Agitation und die Taktik unserer Partei sollte sich darnach richten; sie kann es aber nicht, weil die Parteiorganisation des Wahlkreises unzusammenhängend ist und ein einheitliches Vorgehen erschwert. Andererseits sind die Ortschaften des einen Wahlkreises vielfach in organisatorischer Beziehung enger mit Orten anderer Wahlkreise verbunden, so dass das Schwergewicht ihrer Tätigkeit dorthin fällt. So ergibt sich die Tatsache, dass der Wahlkreis ebenso ein Hemmnis für die Bezirksorganisation, als die Bezirksorganisation ein Hemmnis für den Wahlkreis ist.

Bis jetzt hat unsere Partei diese Schwierigkeiten dadurch zu überwinden gesucht, dass sie während der Wahlbewegung die Wahlkreise von den Bezirksorganisationen etwas loslöste. Sobald die Wahl ausgeschrieben war, konstituierte sich in jedem Wahlkreis ein Bezirkswahlkomitee, welches neben der Bezirksorganisation wirkte. Diesem Wahlkomitee oblag die Durchführung und Leitung der Wahlarbeiten im ganzen Wahlbezirke, also die Herausgabe von Flugblättern, Einteilung der Versammlungen u. s. w. Womöglich jeder Ort des Wahlkreises musste von einem Mitglied des Bezirkswahlkomitees besucht werden, um an Ort und Stelle die geeigneten Massnahmen zu treffen. Je mehr Wahlerfahrungen wir zu sammeln Gelegenheit hatten, desto mehr stellte sich heraus, dass die Konstituierung des Bezirkswahlkomitees allein nur für die Dauer der Wahl nicht genügt. Es gibt so viele Wahlvorbereitungsarbeiten auch in der Zeit der parlamentarischen Tagungen, dass es immer unmöglicher wird, mit ihnen stets erst zu warten, bis das Parlament aufgelöst und eine Neuwahl ausgeschrieben ist. Die notwendige Kontinuität unserer Aufklärungsarbeit erfordert es, dass auch während der Zeit, in der keine Wahlen vor der Tür stehen, die Wahlkreise systematisch bearbeitet werden. In dieser Erkenntnis hat bereits der Innsbrucker Parteitag den Beschluss gefasst, dass sofort mit der Neuaufstellung der Kandidaten begonnen werde solle. Diese Massnahme, so notwendig sie ist, bleibt aber zur Hälfte un-

wirksam, wenn dem Kandidaten nicht ein organisatorischer Apparat zur Seite gestellt wird, der ihm bei der Agitation behilflich ist. Was soll zum Beispiel bei dem heutigen Stande unserer Organisation ein Kandidat machen, wenn er nur ein Flugblatt für den Wahlkreis herausgeben will? Er muss sich an drei, vier oder noch mehr Bezirksorganisationen wenden und bis da ein Einvernehmen erzielt ist, wird wohl der aktuelle Anlass für das Flugblatt längst vorüber sein. Noch viel grösser werden natürlich die Schwierigkeiten, wenn es sich um eine bedeutungsvollere Aktion handelt. Der Kandidat kann eine einheitliche Aktion kaum zustande bringen, wenn er sie nicht auf eigene Faust macht, was selbst dann, wenn er die Mittel hierfür hätte, nicht gerade empfehlenswert für unsere organisatorischen Verhältnisse wäre. Aus all dem scheint sich die Notwendigkeit zu ergeben, dass nicht allein für die Wahlzeit, sondern auch für die übrige Zeit eine gut funktionierbare Wahlkreisleitung geschaffen werde.

Freilich stehen einem solchen Plan auch gewichtige Bedenken gegenüber. Man kann mit Recht einwenden, dass in dem Falle, als neben die Bezirksorganisation oder über sie eine neue Instanz gesetzt würde, leicht Streitigkeiten entstehen könnten, welche ein gedeihliches Arbeiten nicht nur nicht fördern, sondern sogar zu stören imstande wären. Solchen unliebsamen Störungen würde aber unseres Erachtens leicht zu begegnen sein, wenn man die Wahlkreisleitung einfach aus den Bezirksorganisationen erwählte. Das könnte etwa in der Weise geschehen, dass von jedem Vorstand der Bezirksorganisationen zwei ihrer Mitglieder bestimmt würden, in die Wahlkreisleitung einzutreten. Dann bestünde jede Wahlkreisleitung aus den Delegierten jener Bezirksorganisationen, über welche sich der Wahlkreis erstreckt. Eine so zusammengesetzte Körperschaft könnte schwerlich im Verkehr mit den Bezirksorganisationen, aus denen sie sich ja rekrutiert, auf nennenswerte Schwierigkeiten stossen. Wie gedeihlich aber die Arbeit der Wahlkreisleitungen für unsere Agitation wäre, braucht kaum im einzelnen auseinandergesetzt zu werden, denn ihre grosse Wirkungsmöglichkeit liegt ja auf der Hand.

Der nächste Parteitag, der sich ohnedies mit der Abänderung unseres Organisationsstatuts befassen wird, dürfte demnach kaum umhin können, auch Aenderungen in unserer Organisation ins Auge zu fassen, welche das Verhältnis der Wahlkreise zu den Bezirksorganisationen regeln. Es wäre sehr wünschenswert, wenn bis zum Parteitag darüber eine Diskussion geführt würde, die geeignet ist, die Ansichten zu klären.

Nach der Durchführung des Innsbrucker Beschlusses auf Aufstellung der Kandidaten muss ganz folgerichtig das Bestreben entstehen, die aufgestellten Kandidaten in ihrer Arbeit zu unterstützen. Das wird wohl nicht anders geschehen können, als indem man ihnen vor allem einen organisatorischen Apparat zur Seite stellt, dessen ausschliessliche Aufgabe es ist, die spezielle Agitation im Wahlkreise zu leiten.

Dass eine Loslösung des Wahlkreises von den Bezirksorganisationen nicht möglich ist und von niemand befürwortet werden kann, ist klar. Was wir aber erstreben können, ist eine Verbindung von Bezirks- und Wahlkreisorganisation, welche eine nicht unterbrochene, systematische Aufklärungstätigkeit ermöglicht.

Josef Luitpold Stern: Johann Falkberget

Droben hoch im Norden, wo das Kupfer in den Bergen von Dovrefjeld funkelt, stehen klein und elend die Grubenbaracken. Wann es Abend wird, steigen die Schürfer und Minierer aus der Tiefe herauf und treten in diese engen Löcher, essen den gelblichen Speck und das harte Brot und sinken schwer ins staubige Bettstroh, das Schafsfell über den Ohren. Aber dort in der Ecke! Siehst du den Jungen? Er erhebt sich, Totenbleiche im Gesicht, Angstschweiss auf der Wange, er greift sich an die Brust, Husten röchelt dumpf, etwas Dickes, Salziges kommt ihm in den Mund: Blut. Das ist das Ende, fühlt er. Und wie im Blitzglanz eine düstere Landschaft schreckhaft sich aufhellt, sieht er plötzlich mit einem Augenblick über sein ganzes junges trauriges Leben: von Kind auf Tag um Tag in der Grube, zur Arbeit geschlagen, die Finger

immer blutig von der Kantenschärfe des Gesteins, gewohnt an das Schreien von Menschen, die in Fetzen zerrissen werden vom krachenden Minenschuss oder vom treffenden Bergsturz. Nun soll er sterben? Nun? In Verzweiflung ballt er die Fäuste und streckt sie drohend in die Finsternis. Er will erst Rache haben! . . . Ein Streichholz nimmt er und zündet die Grubenlampe an. Mag sie schwarz qualmen, nun sieht er doch. Und er sieht die Kameraden im Stroh. Schlaft nur! Stärke über euch! Und unbändige Raserei! Dass ihr die Fesseln sprengt, die euch pressen! Zum Speisespind schleicht er. Und sieh, was holt der Junge herfür? Bogen um Bogen, klein und wirr beschrieben, Dichtungen in der Grubenbaracke! Seine eigenen Dichtungen. Ehe er stirbt, will er nochmals lesen, was ihm das Herz in solchen bösen Nächten vordem diktiert hat. Aber auf einmal fühlt er Neues im Herzen und viel Schöneres noch. Den Docht höher gezogen! Her mit dem Bleistift! Die Buchstaben jagen einander, Gestalt um Gestalt ruft ihn an: Mette, die gute Köchin, die noch im Sterben der Liebe nicht vergass, Ingebrigt Heggeli, der liebe Riese. Heute aber gilt es, Peter Torsvold in eine Geschichte hineinzubringen. Der Kerl hat sich als Streikbrecher versucht, freilich aus Not, freilich aus Unverstand. Aber gehört sich das? Wie man den Peter zur Nachtschicht vor die Erzbrechmaschine stellte, da flimmerte es dem Schwächling richtig vor den Augen und schscht! brachte er eine Petroleumkanne zur Explosion und lief ein wenig verbrannt und sehr heulend davon. Das einzige, was er sich heimtrug, war ein neuer Vorname: Judas Torsvold . . . So schreibt der Junge, schreibt und schreibt. Ganz vergisst er das Husten und das Blut. Hat er nicht schon als Kind davon geträumt, Höhen zu ersteigen, in die ihm keiner mehr folgen kann? Keiner! Und er schreibt, ungezähmt, aufrührerisch, Stunde um Stunde, bis es ihm ins Ohr gellt: die Grubenglocke kreischt und weckt die Schläfer. Die erheben sich, essen hastig ein wenig Schwarzbrot mit Margarine, schlucken etwas Warmes hinunter, greifen nach Fäustel und Haue und still und schwer steigen sie hinab, er mit allen anderen, hinunter in die nachtschwarzen Abgründe, immer in Nacht. Ehe die Sonne aufgeht, wandern sie hinunter und kommen erst, wenn der Tag dahin ist. Wenn sie aber kommen, dann zündet wieder der eine mitten in der Nacht Licht an und die graue Grubenbaracke wird zur Stätte des Genius.

Das ist Johann Falkberget. So hat er all die Jahre gelebt und geschaffen. Und als er, der norwegische Grubenarbeiter, schon viele Erzählungen niedergeschrieben hatte, da zeigte er sie einmal her, man erkannte in ihm den starken Dichter und bald erschien sein erstes Buch: Mineskud. Minenschüsse! Und rasch dann sein zweites Buch: Fackelbrand! Aus den Titeln spürt ihr den Dichter schon. Ja, diese Erzählungen aus dem Bergarbeiterleben wirkten wie Minenschüsse und Fackelbrand. Verborgene Schätze wurden offenbar, verdunkelte Schönheit stand mit einmal hell vor der Welt. Der norwegische Staat erkannte seine Pflicht und gab Falkberget die Möglichkeit, sich ganz dem dichterischen Schaffen zu widmen. Und nun wuchsen grössere Werke heran: Ven den evige sne (Im ewigen Schnee) und 1910 Urtidsnat (Urzeitnacht), die zusammen einen der schönsten Bergarbeiterromane bilden. Im Jahre 1911 übersetzte Theobald Völcker eine Auswahl der Falkbergetschen Erzählungen ins Deutsche und 1912 veröffentlichte er auch das grössere Werk*.

Beiden Büchern sind viele proletarische Leser und Leserinnen zu wünschen, denn es sind Dichtungen aus der Welt der Arbeit und für die Welt der Arbeit. In seinem Roman lässt Falkberget den Grubenarbeiter Jonse darüber sprechen, was es hier auf der Erden eigentlich noch alles auszurichten gibt. „Nicht allein dort unten in den Gruben. Es waren auch noch andere Minerer nötig in anderen Bergwerken, die der Erde teuerste Schätze bergen. Diese Schätze müssen zutage gefördert, an das Licht der Sonne gebracht werden. Nun lagen sie noch tief unten in der grossen

* Johann Falkberget: „Minenschüsse und Fackelbrand. Erzählungen eines norwegischen Grubenarbeiters.“ Verlag von Georg Merseburger. Leipzig 1911. 180 Seiten broschiert K 2.40, gebunden K 3.60.

Johann Falkberget: „In äusserster Finsternis. Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben.“ Verlag von Georg Merseburger. Leipzig 1912. 251 Seiten broschiert K 3.60, gebunden K 4.80.

Urzeitnacht. Er meinte die Schätze, die im Volk verborgen lagen, gleichsam begraben in Knechtschaft. Es waren Arbeiter nötig, diese Reichtümer zur Geltung zu bringen und die Arbeitsleute waren alle die, die selbst aus der Knechtschaft emporsteigen wollten.“ Das ist das grosse Leitmotiv der Dichtungen Falkbergets. Schlägt er selber heute auch nicht mehr auf den Minenbohrer, sprengt er auch nicht mehr das Kupfer aus dem Gefels, auch als Dichter ist er doch Minierer und Sprenger geblieben und zeigt durch seinen Werdegang wie durch sein Schaffen die unvergleichlichen Werte, die in der Tiefe der Massen leben. Jede seiner Gestalten, Ole-Pers, der Landstreicher, wie Kornelkia, die Zigeunerin Lasse und Lespit und all die Rallare*, die er in Scherz und in Ernst so scharf zu zeichnen versteht, alle erfüllt derselbe Geist herzvoller Kraft, die auch ins Heldenhafte zu steigen vermag. Ulv Fjeld, der Mineur, ist so ein Geselle. Der schönen Tagrid Skjåret seine Liebe und seinen Trotz zu zeigen, übernimmt er bei einer grossen Sprengung die Zündung der Minen; und wie die Bohrlöcher geladen sind, springt er nicht zurück, nein, er bleibt und versinkt in Rauch und Flamme: Ulv Fjeld, in dem sich Mannesliebe und Arbeitermut so wundersam verbanden, Ulv Fjeld, den nur ein Arbeiterdichter erschauen und festhalten konnte.

Der feinsten proletarischen Stimmungen voll ist Falkbergets Roman „In äusserster Finsternis“. Da ist Henning Heppeli, der mit den andern dem verzweifelten Finnmorten wieder aufhilft: „Arme Leute müssen sich gegenseitig aushelfen.“ Oder das prächtige Rallarenpaar Nordens Kampfhahn und Alvildeline, ebenso verliebt als arm, und sie sind recht arm. Dann wieder Dala-Calle, den stürzendes Gestein um den Verstand bringt, dass er sich am Ende durch einen Sprengschuss selbst tötet. „Ueberall nichts als die äusserste ewige Finsternis“, ja das waren Calles letzte Worte.

Zu grausiger Grösse wächst Falkbergets Können in der Zeichnung der alten Annalise, die man zur Leiche ihres einzigen Sohnes ruft. Der liegt starr und zerfetzt in der Totenkammer, das Haupt vom Rumpfe getrennt, nur mit dem Leichentuch darangebunden. In der Nachtschicht hat den armen, jungen, schlaftrunkenen Niels die Erzbrechmaschine in Stücke zerrissen. „Ist er verstümmelt?“ fragt die alte Mutter. „Ach nein!“ sagen sie, aber es wird ihnen schwer, ihr Rede und Antwort zu stehen. Dann führt man sie zum Sarge und sie beugt sich darüber und küsst mit dem bebenden Mund die blauschwarzen Lippen des Toten. Der Direktor aber steht in banger Furcht, sie könnte sehen, wie das Haupt vom Rumpf getrennt war. Und während draussen die grosse Erzbrechmaschine wieder ging und ins Gebirge hinauslärmte, richtete sich Annalise auf . . .

„Da sah sie, dass der eine Arm der Leiche fehlte — es lag ja nur einer auf der Brust.“

„Wo ist der andere Arm?“ fragte sie.

Der Direktor antwortete nicht gleich. Er wusste nicht recht, was er sagen sollte.

„Der ist kaput gegangen!“ kam es endlich zögernd.

„Abgerissen!“

„Ja!“

„Ach ja, der Jammer“, brach es aus ihr heraus. Sie wankte ein paar Schritte zurück, hockte sich hin und wiegte mit dem Körper hin und her.

Aber als Morten (ein Arbeiter) und der Direktor den Deckel wieder auf den Sarg legen wollten, sprang sie auf. Sie focht mit den Armen und murmelte dunkle rollende Worte.

Morten blieb mit offenem Munde stehen und horchte auf. Und er schüttelte bedenklich den Kopf. Das war etwas Gottloses . . . eine heidnische Beschwörung.

Draussen vor dem Schuppen sprach der Direktor zu Annalise, davon, dass es ja gewiss recht schwer für sie wäre, ihren Jungen verloren zu haben. Aber die Unglücksfälle wären nun mal nicht immer zu vermeiden.

Sie sah aus, als verschlänge sie seine Worte. Ihre kleinen Augen verschwanden fast unter den Brauen. Aber aus den Höhlen glimmte ein böser Blick. Auf den welken Wangen kam eine krankhafte Röte zum Vorschein . . .

* Rallare = Wanderarbeiter.

„Ihr habt schuld daran“, kam es hart von ihrem Munde.

„Wir konnten wirklich nichts dafür, liebe Alte“, sagte der Direktor. Sie wurde ihm beschwerlich.

„Ihr habt schuld“, kam es noch härter.

Morten stand ungeduldig da, bald auf dem einen, bald auf dem anderen Fuss... es war ihm, als hätte er an jedem Bein ein Fuder Heu hängen.

Der Direktor legte die Hand auf Annalises Schulter. Er suchte nach teilnehmenden Worten. Aber sie wich ihm aus wie ein aufgeschrecktes Tier.

„Pack!“ schnaubte sie.

Da wusste der Direktor sich keinen Rat mehr mit ihr. Und er stolperte hinaus und ging mit langen Schritten in das Comptoir hinüber. Annalise blieb stehen und sah ihm mit bösen Blicken nach.

„Satanspack!“ schrie sie. Aber er ging seiner Wege.

Nachts aber schleicht Annalise nochmals hin zur Totenkammer, um Niels noch einmal zu sehen. Aber wie sie den Toten küsst, fällt sein Kopf zur Seite, bleibt liegen mit der einen Wange auf dem Strohkissen.

„Sie stiess einen dumpfen Schrei aus... griff nach dem Haupt mit beiden Händen und hob es auf. Es liess sich heben... der Rumpf blieb liegen. Und sie sah das Rund der abgerissenen Kehle dunkelrot über den Schultern...“

Ihr schwindelte vor den Augen. Sie sah rote und blaue Flammen aufsteigen aus der Erde... lohende Flammen ringsherum. Und ihre Ohren hörten ein Lärmen und Toben. Die Luft war voll Blitz und Donner... Der Schreckenstag des jüngsten Gerichtes musste gekommen sein...

Von Entsetzen gepackt liess sie den Kopf der Leiche los. Und er fiel mit dumpfem Schlag neben dem Sarge hin, das Gesicht gegen die gefrorene Erde gekehrt...

Da wurde sie ganz verwirrt im Kopf. Sie stürzte hinaus, schreiend und mit den Armen fuchtelnd, als kämpfe sie gegen etwas in der Luft.

Leute, die aus der Berghütte eilen, greifen eine irre Greisin auf...

In der jungen Bjarta hat Falkberget eine der prächtigsten proletarischen Mädchen-gestalten der Weltliteratur geschaffen. Ihr Erwachen zum Sozialismus ist mit edelster Künstlerkraft zum Ausdruck gebracht. „Oftmals durchsuchte sie ihre Taschen, um irgendeinem armen Teufel die letzten Pfennige zu geben. Aber wenn solch ein armseliger Mensch dann dastand, stotternden Dank auf den Lippen, ging sie davon. Alle Art Dankbarkeit war ihr abscheulich. Eine niedrige Demütigung... Zuweilen geschah es, dass sie sich überströmend glücklich fühlte, wenn sie in ihre Dachkammer kam. Es lag ein so seltsam lieblicher Gesang in ihrer Seele. Tränen traten ihr in die Augen. Und sie erhob die Hände und legte sie auf die Brust, und sie blickte durch das Dachfenster zum blauen Himmel empor: Ich bin gewiss froh in dir, lieber Gott. Aber ich weiss nicht warum. Vielleicht ist es deshalb, weil du mir ein Ziel gabst. Es gibt ja so viele, denen du nicht einmal so viel gönnst, flüsterte sie. Nach solchen Abenden waren die Tage gleichsam etwas Neues, Schöneres. Sie fühlte ihre Seele im Bündnis mit etwas Erhabenem. Etwas von einem Gott.... Jeden Morgen, wenn sie aufstand, war es ihr, als bereite sie sich vor, einer grossen Freude entgegenzugehen. Anders wieder, männlicher und trotziger vollzieht sich Jonses, des Grubenarbeiters, Aufstieg zur Zeiterkenntnis. Er bleibt immer, auch als Erkennender, Bergmann, der schweren Schrittes aus kalter finsterner Grube zutage steigt, in einer Art stiller Kampfandacht: als der endliche Sieger über das Felsige, das seit Menschen-gedenken allen Angriffen Trotz bot. Wunderbar und voll neuer Töne ist das Liebes-spiel zwischen den beiden. Bjarta neigt sich vereinsamt für kurze Zeit einem Beamten zu. Da verschliesst sich ihr Jonse tief. Darüber kann er nicht hinwegkommen. Nicht nur der Mann in ihm. Mehr noch der Arbeiter in ihm. Er wird sie niemals zu sich rufen. Sie ist nach seinem Empfinden nicht nur ihm untreu geworden, sie hat zugleich seiner und ihrer Klasse die Treue nicht gehalten. Die heimlichsten Tiefen des Klassengefühls werden hier einmal als künstlerisches Liebesmotiv erkannt. Und am Ende ist es auch Bjarta, die in stiller Winternacht nach Jonse ruft. Mit diesem Ruf

schliesst voll bezwingender Zartheit der Roman. Seinen Ausklang in der vollen Schönheit und Gleichnistiefe der Stimmung vermag nur geläutertes Klassenempfinden ganz zu erlauschen.

Falkberget, der heute zweiunddreissig Jahre alt ist, will nach einer Mitteilung seines deutschen Uebersetzers in seinen nächsten Werken zeigen, auf welcher Kulturhöhe die Arbeiterschaft Norwegens jetzt angelangt ist und wie die Gedanken der neuen Zeit in ihr leben und wirken.

Rundschau

Eine „Vereinigung sozialistischer Bücherfreunde“

Die Vereinigung will für alle Interessen sozialistischer Bücherfreunde einen Mittelpunkt schaffen und im besonderen durch Vorträge und Büchertausch, durch Herausgabe eines Mitteilungsblattes, durch Anregung und Veranstaltung von Neuausgaben, durch Auskunftserteilung und dergleichen diesen Interessen dienen. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an Max Grunwald, Berlin W. 62, Landgrafenstrasse 3 a.

Der Kinderfreund

Immer weitere Gebiete erobert sich die proletarische Volksbewegung, immer tiefer dringt sie ein und sucht durch Organisationen Einrichtungen zu schaffen, die helfen sollen, auch die Zukunft vorzubereiten. Wir machen gegenwärtig nicht mehr halt bei den „Jugendlichen“, bei den jungen Arbeitern, die oft noch im Kindesalter an die Werkbank müssen, wir sind seit einigen Jahren in Oesterreich um einen kleinen Schritt weiter gekommen. Wir haben die ersten Schritte in das Reich des proletarischen Kindes gemacht und suchen durch grössere Organisationen zu ersetzen und zu vervollständigen, was die kleine Organisation der proletarischen Familie nicht zu leisten imstande ist. Diese grösseren Organisationen sind die Vereine der Arbeiterkinderfreunde, deren es schon zwei in Oesterreich gibt, einen für Steiermark und einen für Niederösterreich, jeder bereits mit einer ganzen Anzahl von Ortsgruppen, die nicht auf dem Papier stehen, sondern die schon eine ziemlich weitverzweigte Tätigkeit entfalten. Begonnen hat die Sache ziemlich klein in Graz, wo es Genosse Afritsch war, der eine Kinder-schar um sich sammelte und mit ihr Sonntag für Sonntag in die Umgebung der Murstadt wanderte. Naturbetrachtung kürzte das Wandern, Spiele würzten die Raststunden, und so gross war die Freude der Kinder daran, dass sie selbst

die eifrigsten Agitatoren wurden, so eifrige, dass gar bald der eine Mann nicht mehr ausreichte, die Schar zu führen, dass er Ausschau nach Helfern halten musste, die sich freilich, durch die Kinder angeregt, wie von selbst einfanden. Die Eltern begannen Anteil zu nehmen und noch im ersten Jahre wanderte eine Schar von mehr als 300 Kindern Sonntag für Sonntag hinaus. Die Sache war reif, ihr die Organisationsform zu geben. Dem einzelnen war sie über den Kopf gewachsen. Denn nun erst trat allmählich klar hervor, wie viel es zu leisten gibt, wie gross die Schuld der erwachsenen Proletarier an das proletarische Kind ist. Wissensdurstig und lesehungrig ist die Jugend und oft und oft stehen Gleichgültigkeit, Unwissenheit und Unvermögen der Eltern als furchtbare Mächte dem durstigen Kinde entgegen. Eine Kinderbibliothek war der nächste Schritt. Viele Tausende der besten Kinderbücher sind seither in das proletarische Heim gekommen. Zur Weihnachtszeit beriet der Grazer Verein die Eltern durch Veranstaltung einer Ausstellung passender Geschenke — unter denen auch das Spielgerät im Freien nicht fehlte. Nach Weihnachten zog schon einer Rodlerriege hinaus. Wie in Graz, so erwachte auch gar bald in den Wiener Proletariern das Bewusstsein, dass es ihre Pflicht sei, dem Kinde organisierten Schutz angedeihen zu lassen. Wie dort gingen auch hier der Organisation zunächst regellose Veranstaltungen für das Kind voraus. Märchenvorlesungen, ab und zu Ausflüge, die in einzelnen Bezirken die Heimarbeiterinnen veranstalteten, in grösserem Stile die „Naturfreunde“, die von ihren Mitgliedern eine Art Kindersteuer einheben, da und dort die Bildung eines Kinderchores, einer Kinderturnerriege, einer Bibliothek — aber ein ordentlicher Zug kam in die Sache erst, als auch in Wien ein „Verein Kinderfreunde“ gegründet wurde. Floridsdorf ging darin den Wiener Bezirken voran und heute hat der Verein schon in den Bezirken Alsergrund, Kaiser-Ebersdorf, Ottakring, Hernals und Brigittenau rührige

Ortsgruppen, welche die Kinder mit gutem Lese-
stoff versorgen, sie zweimal in der Woche auf
die Spielwiese führen (recht primitive Ein-
richtungen in Wien, dessen Verwaltung für das,
was dem Kinde not tut, gar kein Ver-
ständnis hat), Sonntags mit ihnen Ausflüge
machen und die neuestens dem Kinde das
Arbeiterstrandbad erobert haben, wo
auch hoffentlich recht bald der Schwimmunter-
richt für die Kinder des Proletariats eingerichtet
sein wird. Eislaufplätze und Rodelplätze für den
Winter sind die nächste Sorge. Auch in anderen
Wiener Bezirken, so in Simmering, in Hietzing
und in Margareten sind schon Ansätze zur
Gründung solcher Vereinsortgruppen vorhanden,
die sich auch schon für das Kind manche Er-
mässigung herausgeschlagen haben, so nament-
lich auf der Stadtbahn und den Staatsbahnen,
wodurch es möglich wird, die Kinder dem Gross-
stadtrauch und Qualm zu entführen. Dass
so vielverzweigte Tätigkeit der einzelnen Gruppen,

denen weitester Spielraum gelassen ist, schliess-
lich auch gegenseitige Verständigung nötig macht,
war vorauszusehen. Die Energie des Gründers,
Genossen Afritsch, hat dieses Verständigungs-
mittel aber früher geschaffen, als es zu
erwarten war. Am 1. Juni erschien die erste
Nummer des „Kinderfreund“ (Redaktion
und Geschäftsstelle Graz, Auenbruggergasse 35),
und damit ist den Kinderfreunden eine eigene
Zeitung gegeben, in der sie sich gegenseitig an-
regen können, mit der sie aber auch ein neues
Werbemittel haben, der guten und schönen Sache
neue Freunde zu gewinnen. Aber auch die
Kinder haben damit ihre Zeitung. Die Beilage
„Jugendpost“ spricht zu den Kindern, und
zwar in einem Ton, wie er der Sache durchaus
angemessen ist. Allerlei Unterhaltung und viele
Anregung wird daraus jedes Proletarierkind
empfangen. Freuen wir uns des neuen Mit-
kämpfers für den Fortschritt unserer Sache und
begrüssen wir ihn. M. W.

Bücherschau

Parteigeschichte

Ueber die so ruhmvolle, schmerzreiche,
aber die Kraft der Genossen stählende Zeit des
Sozialistengesetzes mit ihrem ununterbrochenen
grossen und kleinen Krieg gegen die Feinde des
Proletariats, ist nur wenig geschrieben worden.
Längst ist (zu einer Seltenheit geworden Ignaz
Auers wuchtige Anklageschrift „Nach zehn
Jahren“; mit dem lebhaftesten Interesse sieht
die Arbeiterschaft der ganzen Welt dem dritten
Band von Bebels „Lebenserinnerungen“ entgegen,
die uns die Geschichte des Sozialistengesetzes
erzählen werden. Ganz anders geartet als Auers
und Bebels Darstellung ist das reizend aus-
gestattete und überaus amüsante Büchlein, das
uns Joseph Belli beschert hat: „Die rote
Feldpost unterm Sozialistengesetz mit
einer Einleitung: Erinnerungen aus meinen Kinder-,
Lehr- und Wanderjahren.“ (Stuttgart, I. H. W.
Dietz Nachfolger 1912, 171 Seiten, Oktav,
Preis 1 K.) Für die Parteigeschichte ist der zweite
umfangreichere Teil des Buches, die letzten
102 Seiten, von besonders grossem Interesse.
Belli widmete sich der Beförderung des „Sozial-
demokrat“, des in der Schweiz erschienenen
Zentralorgans der geächteten Sozialdemokratie
Deutschlands. Nachdem er manch treffliches
Probestück abgelegt hatte, trat er an die Stelle
des roten Postmeisters, und neben Motteller
arbeitend, bringt er allwöchentlich viele Tausende
Exemplare des „Sozialdemokraten“ über die
Grenze. Das ist überaus anschaulich und lebhaft
und dabei doch vollständig der Wahrheit getreu
in dem Büchlein geschildert. Da wird erzählt von
mannigfachen Zusammenstössen mit badischer
und elsässischer und anderer Polizei, auch mit

der österreichischen Gendarmerie. Alle Polizei-
behörden um den Bodensee herum kannten
keine höhere Aufgabe, als sich des verflixten
Belli zu bemächtigen. Mit Schmugglern und mit
Verrätern musste man sich da herumschlagen,
manchem Hinterhalte konnte man nur mit grosser
Sorgfalt aus dem Wege gehen. Fallen waren zu
vermeiden und dafür zu sorgen, dass die tapferen
Freunde in deutschen Landen der Polizei durch
die Expedition des „Sozialdemokraten“ nicht
bekannt wurden. Freilich gelang das nicht immer,
hie und da wurde doch eine Sendung, so
wunderlich sie auch verpackt war, von der Polizei
abgefangen und mancher Genosse hat dafür
seine drei bis sechs Monate nachzudenken gehabt,
wie er später die Polizei besser hinters Licht
führen könne. Selbst Belli, der alte Reineke,
wurde mit einer Sendung verbotener Schriften,
die er im Interesse der polnischen Genossen
über die österreichische Grenze brachte, auf
Schweizer Gebiet von österreichischen Gendarmen
gefasst und im alten Kreisgefängnis in Feldkirch
eingelocht. Es kam deshalb zu sehr ernsthaften
diplomatischen Verhandlungen zwischen der
Schweiz und Oesterreich-Ungarn, die zur Folge
hatten, dass, nachdem die Untersuchungshaft
recht lange ausgedehnt wurde, unser Genosse
Belli mit einem Ausweisungsbefehl aus Vorarlberg
und sämtlichen Kronländern über die Grenze
gebracht wurde.

Auch von den Kämpfen mit den Anarchisten
wird in dem Buch manches erzählt, besonders
viel von den Versuchen der Polizeibehörden,
Genossen in ihren Dienst zu ziehen. Der Kampf
gegen die Spitzelwerber führte endlich dazu,
dass der „Sozialdemokrat“ unter dem Drucke
Bismarcks auf die Schweizer Behörden, das Asyl

in der Eidgenossenschaft mit dem Aufenthalt in England vertauschen musste. Ein kurzes Kapitel über das Ende des Sozialistengesetzes schliesst das Buch.

Nicht unerwähnt darf die überaus lustige Darstellung des Wydener Kongresses bleiben. Besonders wertvoll wird dieses Kapitel durch die überaus lustigen Karikaturen, die wohl alle oder doch zumeist von Karl Kautsky herrühren. Auch die Sammlung von Stilproben aus den Kongressreden liest man heute mit viel Freude.

Dem Buche ist eine sehr interessante Jugendgeschichte Josef Bellis vorausgeschickt. Einzelnes versteht man aber nur, wenn man sich selbst einmal im Markgräflerland und sonst im badischen Ländle herumgetrieben hat. Postler.

Deutsche Parteiliteratur

Eine neue Sammlung „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“ beginnt eben zu erscheinen. Max Grunwald gibt sie heraus und Kaden & Co. verlegt sie. Jedes der gut ausgestatteten Hefte soll 40 Pfennige kosten. Als erstes Heft, das aber noch nicht vorliegt, ist eine Schrift „Zur Einführung in Marx' »Kapital«“ von Max Grunwald angezeigt. Erschienen ist von Grunwald ein an anderer Stelle besprochenes Schriftchen „Goethe und die Arbeiter“ und von August Mai „Partei und Gewerkschaft in vergleichender Darstellung“. In Vorbereitung sind Broschüren über die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit, über die sozialdemokratischen Reichstagswähler in ihrer sozialen Gliederung, über Technik, Natur und Gesellschaft. Weitere über Lohn und Arbeitszeit der Arbeiter in Deutschland und über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Industrie in Deutschland.

Es scheint, dass diese Sammlung eine Lücke unserer Parteiliteratur ausfüllen könnte. Ueber eine dieser Schriften „Partei und Gewerkschaft“ von August Mai möchten wir einige Bemerkungen der Anzeige der Sammlung anfügen. Wir erhalten in der Broschüre einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung der Gesamtzahlen der Partei und der Gewerkschaftsmitglieder. Waren im Jahr 1906 mehr als viermal so viel Arbeiter Mitglieder der Gewerkschafts- als der Parteiorganisationen, so ist die Zahl der zwar seitdem um rund 400.000 gestiegenen Gewerkschaftsmitglieder bloss noch zwei- bis dreimal so gross wie die der Parteimitglieder. Bilden die weiblichen Parteimitglieder zwar nicht viel mehr als ein Achtel der Parteimitglieder überhaupt, so bildeten sie aber vier Jahre vorher noch nicht ein Sechzehntel dieser Zahl. Mannigfache Beziehungen dieser Art zeigt uns diese Broschüre. So lernen wir Zusammenhang von Konfessionszugehörigkeit und Entwicklung der Parteiorganisation, die Verteilung der Mitglieder über die einzelnen Teile des Reiches, die Beziehungen der industriellen Entwicklung und der Parteizugehörigkeit, das starke Wachstum der Sozialdemokratie in den Hochburgen des Klerikalismus kennen. In dem dritten Abschnitt, der die Beziehungen der technischen Entwicklung zu der Entfaltung der Gewerkschaften behandelt, bedürften manche

Stellen einer Ueberarbeitung. In einer Zeit der Revolutionierung der Bauindustrie durch den Betonbau, dessen Wirkungen auf die Arbeiter überaus interessant sind, darf man nicht davon sprechen, dass die technische Entwicklung in der Bauindustrie nur ganz langsam vor sich geht. Die Bedeutung der Eisenkonstruktionen, Geleiseanlagen, motorische Kräfte spielen in der heutigen Bauindustrie neben dem Betonbau eine ganz gewaltige Rolle. Die Zentralisation im Baugewerbe ist unzweifelhaft viel grösser als nach den Ziffern der Betriebszählung erscheinen könnte. Es gibt im Baugewerbe zahlreiche scheinbar Selbständige, die aber doch nur dem grossen Baugeschäfte untergeordnet sind. Ebenso unerfindlich ist es, wenn der Autor bei der kolossalen Entwicklung der maschinellen Schuhmacherei im Deutschen Reiche, bei der grossen Bedeutung der Konfektionsindustrie davon spricht, dass das Schuhmacher- und Schneidergewerbe noch immer unter der Herrschaft des Kleingewerbes bleiben. Von diesen Mängeln abgesehen, verdient diese Schrift viel Beachtung, weil sie uns manchen bedeutsamen Einblick in die Organisationen der reichsdeutschen Industrie und in ihre Entwicklungstendenzen gewährt. ad. br.

Nationales Lesebuch für die deutsche Arbeiterjugend. Im Auftrage des Verbandes der jugendlichen Arbeiter zusammengestellt von Robert Danneberg. Wien 1912. Verlag von Anton Jenschik. Preis 30 Heller.

Nach dem Muster der an unseren Volksschulen gebrauchten Lesebücher zusammengestellt, enthält das Büchlein eine Auswahl von Lesestücken aus unserer Parteiliteratur, zwischen die Gedichte eingestreut sind. Die Lesestücke behandeln die Klassengliederung des deutschen Volkes, das Wohlleben der deutschen Bourgeoisie und das Elend des deutschen Proletariats, die Vorurteile und Redensarten des deutschen Nationalismus, das Programm der Nationalisten und das Nationalitätenprogramm der Sozialdemokratie, schliesslich unser weltbürgerliches Ideal. Ueber die Auswahl im einzelnen kann man streiten: uns scheint, dass das Büchlein vielleicht mehr als einer für die Jugend bestimmten Schrift ziemt, an den nüchternen Verstand, zu wenig an jugendliche Begeisterung, an jugendlichen Idealismus appelliert. Trotzdem gehört das Büchlein zu unseren wirksamsten Propagandaschriften. Die ausgewählten Abhandlungen sind durchwegs gemeinverständlich geschrieben. Und ein Lesebuch, das aus lauter kurzen Lesestücken zusammengesetzt ist, wird leichter Leser finden als eine Broschüre, die die ungeteilte Aufmerksamkeit des Lesers für einen sich durch mehrere Bogen durchwindenden Gedankengang beansprucht. Darum wird das Büchlein überall, wo wir im Kampf gegen den Nationalismus stehen, besonders den noch wenig geschulten, für schwierigere Lesearbeit noch nicht vorbereiteten Arbeitern sehr willkommen sein. Für seine Verbreitung unter der Arbeiterjugend werden unsere „Jugendlichen“ schon selbst sorgen; unsere Parteipresse und unsere Organisationen sollten dafür Sorge tragen, dass das Büchlein auch unter den erwachsenen Arbeitern verbreitet werde, für die es durchaus nicht weniger geeignet ist als für den Nachwuchs des Proletariats. O. B.

Slowenische Parteiliteratur

Seit Mai 1909 haben wir im „Kampf“ über unsere slowenische Parteiliteratur nicht berichtet. Damals haben wir konstatiert, dass diese die ärmste unter den armen ist. In diesen drei Jahren ist die slowenische Parteiliteratur nur wenig bereichert worden. Die „Arbeiter-Druck- und Verlagsgesellschaft“ in Laibach hat den Teil des Erfurter Programms „Zukunftsstaat“ in Uebersetzung des Genossen Anton Kristan und „Sozialismus und moderne Wissenschaft“ von Enrico Ferri in Uebersetzung des Genossen Milan Jaklič herausgegeben. In Triest ist im Verlag des dortigen Vereines „Ljudski odek“ (Volksbühne) eine Broschüre erschienen, die die Vorträge der Genossen Renner (Moderne politische Entwicklung), Danneberg (Moderne wirtschaftliche Entwicklung) und Winarsky (Ziele des Sozialismus) in slowenischer Uebersetzung des Genossen Dr. Ferfolja enthält. Die Partei hat weiter in jedem Jahre einen Taschenkalender in 5000 bis 6000 Exemplaren verbreiten lassen. Diese Kalender redigiert Genosse Ivan Mlinar; der Inhalt entspricht den gewerkschaftlichen Bedürfnissen des Arbeiters; die Kalenderartikel besprechen die organisatorischen Fragen und den Umgang mit den Behörden, sie erläutern Fremdwörter, deren Gebrauch in der Partei- und Gewerkschaftspresse unvermeidlich sind. Für die Jahre 1911 und 1912 hat der „Konsumverein für Laibach und Umgebung“ einen Genossenschaftskalender herausgegeben, den Genosse Anton Kristan redigiert hat. Die beiden Kalender enthalten Belehrungen über Nutzen und Wert der Konsumvereine, über die Teuerung, über Konsumvereine in anderen Ländern u. s. w. Diese Kalender bleiben eine ständige Einrichtung und werden ihren Zweck nicht verfehlen. Unter den slowenischen Arbeitern sind die Konsumvereine im Verhältnis zu den anderen Arbeiterorganisationen stark entwickelt. Reine Arbeiter-Konsumvereine bestehen bereits in Laibach und Umgebung (10 Filialen), Idria (2 Filialen), Sagor (2 Filialen), Hrastnigg (2 Filialen), Trifail, Ferlach, Nabresina, Podgora, Mirna. Im ganzen beinahe 4000 Mitglieder. In Triest und im Görzischen sind slowenische Arbeiter Mitglieder der Triester Arbeitergenossenschaften, die sich wunderschön entwickeln als gemeinsame Arbeit der Triester Proletarier.

Das wichtigste Ereignis der letzten Jahre ist aber die Gründung des Tagblattes „Zarja“, das als Zentralorgan der Partei seit 3. Juni 1911 erscheint. Chefredakteur ist Genosse Etbin Kristan. Mit wenig Geldmitteln kämpft das Tagblatt, das auch von unsern Gegnern als das beste slowenische Blatt anerkannt wird, einen harten Kampf. Bis jetzt hat die „Zarja“ rund 3500 Abnehmer. Die materiellen Sorgen sind noch immer gross, doch hofft man, dass die Genossen noch so viel Opfer bringen werden, dass die Existenz des Blattes gesichert werden kann. Im Verlag des Tagblattes ist der Roman „Mutter“ von Gorki erschienen. Im Feuilleton erscheint jetzt Zolas berühmter Roman „Rom“ in Uebersetzung des Genossen Etbin Kristan.

Genosse Etbin Kristan ist nicht nur das geistige Haupt der slowenischen Sozialdemokratie, sondern auch als slowenischer Dichter und Dramatiker tätig. In den letzten zwei Jahren sind seine Dramen „Samosvoj“ (Eigensinnig), „Kato Vranković“ und „Eine Fabrik“ mit grossem Erfolg im slowenischen Theater aufgeführt worden. Seit Mai ist Etbin Kristan auch Intendant des slowenischen Theaters in Laibach.

Bemerkenswert sind die Werke eines anderen Genossen, des Dr. K. Lončar, der als Mittelschulprofessor in Idria an der dortigen Realschule wirkt. Es sind: „Politisches Leben der Slowenen“ und „Die Slowenen“, die beide im Parteiverlag erschienen sind und überall grosse Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden haben.

„Naše Zapiski“ (unsere wissenschaftliche Revue) erscheinen noch immer einmal monatlich, seit 1911 in Görz. Die Revue bildet unsere Genossen im sozialistischen Denken und belehrt sie über Probleme des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens.

Interessant ist die Tatsache, dass die slowenischen Klerikalen umfangreiche Bücher über den Sozialismus herausgegeben haben. Vor 10 Jahren Dr. J. E. Krek, der jetzige Reichsratsabgeordnete, und voriges Jahr Dr. Usemenik unter dem Titel „Soziologie“. In der klerikalen Revue „Čas“ (Die Zeit) werden auch alle sozialen und sozialistischen Probleme genau, wenn auch parteipolitisch registriert und dokumentiert. Unsere klerikale Partei, die sich vor Jahren auch christlichsozial genannt hat, hat immer noch das Bestreben, ihre Taten „wissenschaftlich“, „soziologisch“ begründen zu können.

Aber auch die nationalistisch-fortschrittliche Bourgeoisie hat sich mit dem Sozialismus zu beschäftigen begonnen. Im Verlag von A. Gabrsček in Görz ist ein 370 Seiten dickes Buch über „Sozialismus“ erschienen. Sein Verfasser heisst Vladimir Knaflić. Der erste Teil behandelt die Entwicklung des sozialen Gedankens im Altertum und Mittelalter; die klassische Nationalökonomie und den Liberalismus; die französische Revolution; den Kommunismus, utopistischen Sozialismus und Anarchismus. Der zweite Teil enthält folgende Abschnitte: Historischer Materialismus; Karl Marx (über welchen der Autor 80 Seiten schreibt mit Exzerpten aus dem Kommunistischen Manifest und dem „Kapital“). Den dritten Teil bilden: eine Kritik des Marxismus; Theoretiker des Sozialismus nach Karl Marx; „Auf dem Wege zum Ziele“. Das Buch ist mit viel Eifer und Temperament geschrieben. Der Autor ist zwar kein Sozialdemokrat, hat aber viel Verständnis für soziale und sozialistische Probleme.

Anton Kristan (Laibach).

Gewerkschaftsliteratur

Paul Louis, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. Uebersetzt von Hedwig Kurucz-Eckstein, mit einer Einleitung versehen von Gustav Eckstein. Stuttgart 1912, Dietz. Preis geheftet 3 K., gebunden K 3:60.

Wer sich über die äussere Geschichte der französischen Gewerkschaften, über die Wandlung ihrer Organisationsformen und über ihre Kämpfe mit der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung unterrichten will, findet in dem Buche Louis' Aufschluss. Auch über das Erstarken der Organisation wird er aus dem Buche manches erfahren; freilich wird er schon hier eine zureichende Kritik der offiziellen Statistik vermissen. Mehr aber darf man in dem Buche nicht suchen; eine Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist es nicht. Man erfährt aus ihm sehr wenig über die Kampfmittel der französischen Gewerkschaften, sehr wenig über ihre Streiktaktik, nichts über ihre Tarifverträge, fast nichts über die Unternehmerverbände, fast nichts über die erreichten Erfolge. Die Geschichte keines einzigen Streiks wird uns erzählt!

Paul Louis spricht geringschätzig von den „momentanen kleinlichen Vorteilen einzelner Berufsarten“ (Seite 237), die zu erringen doch wohl die tägliche Arbeit der Gewerkschaften ist. Ihn interessiert die Gewerkschaft nicht als ein Kampfmittel des Proletariats für den täglichen Kampf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, sondern als eine revolutionäre Organisation, deren letztes Ziel die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise ist. Also sollte man meinen, dass das Buch doch wenigstens die Wechselbeziehungen zwischen dem Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung, die Entwicklung des Syndikalismus und die Gegentendenzen gegen ihn erschöpfend behandeln werde. Aber auch dieser Teil des Buches ist sehr mangelhaft. Wir erfahren sehr wenig über den Einfluss des älteren Sozialismus auf die französischen Gewerkschaften, nicht viel mehr als ein paar Kongressresolutionen aus der Entwicklungsgeschichte des Syndikalismus, fast nichts von den Tendenzen, die ihm entgegenwirken. Das Wesen des Syndikalismus wird in dieser Darstellung vollständig verwischt. Dass die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann; dass das Proletariat neben der parlamentarischen Aktion auch die „direkte“ Aktion der proletarischen Masse selbst braucht; dass der Generalstreik die höchste Form dieser Aktion ist; dass mit dem Kapitalismus auch der Klassenstaat verschwinden wird — diese allem Sozialismus gemeinsamen Gemeinplätze sollen die „Theorie des Syndikalismus“ sein! (Seite 269, 270.) Und dass die „reformistische“ Buchdrucker-gewerkschaft einmal gezwungen war, einen Streik zu führen, soll die Richtigkeit der syndikalistischen Taktik beweisen!

Für die deutsche Ausgabe hat Louis einen neuen Abschnitt geschrieben, der die Entwick-

lung der letzten Jahre behandelt. Aber auch dieser Abschnitt ist nicht besser als die anderen. Er meint, die vielbesprochene Krise des Syndikalismus sei „eine Legende“ (Seite 291)! Aber er selber muss zugestehen, dass die Kampfbedingungen der französischen Gewerkschaften sich durch die Gegenwehr des Staates und der Unternehmerverbände gründlich zu ändern beginnen und dass die Gewerkschaften dadurch gezwungen sind, ihre syndikalistischen Vorurteile zu überwinden, die Literaten des Syndikalismus abzustossen und ihre Methoden denen der deutschen und der englischen Gewerkschaften zu nähern.

Auf einem viel höheren Niveau als Louis' Buch steht die vortreffliche Einleitung, die unser Landsmann Gustav Eckstein ihm vorausgeschickt hat. Sie enthält eine gründliche und zutreffende Darstellung des Wesens und der Wurzeln des französischen Syndikalismus. Wer sich über den Syndikalismus unterrichten will, wird in dieser Einleitung reiche Belehrung finden. O. B.

Literaturgeschichte

Goethe und die Arbeiter. Von Max Grunwald. Dresden 1912. Verlag von Kaden u. Komp.

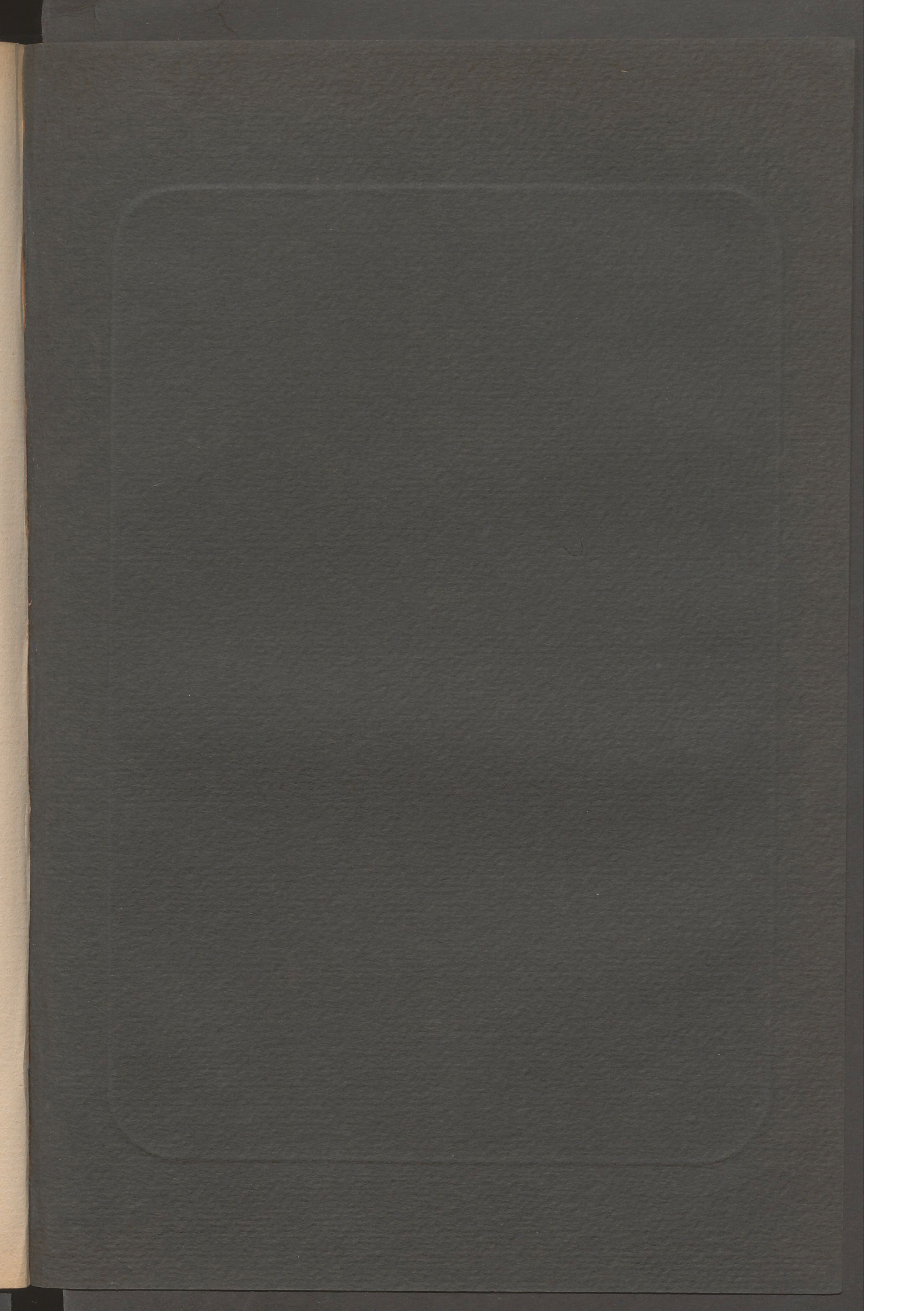
Eine interessante, lesenswerte kleine Schrift! Eigentlich ist es ein Vortrag. Trotzdem diese Arbeit zur lebendigen Mitteilung gedacht war, so wirkt sie, auch still gelesen, sehr eindringlich. Goethe ist so universell, sein Wesen so blendend, dass jeder Betrachter, der sich in diese Gestalt vertieft, seine Verse ernst studiert, noch immer eine neue, erstaunliche Seite zu entdecken vermag.

Genossen Grunwald ist es gelungen, in knappen neunzehn Seiten einen sehr merkwürdigen, neuen, sympathischen Schattenriss zu entwerfen! Vielleicht würden Goethe-Forscher von Beruf Einwendungen machen — aber auch sie würden gewiss zugeben, dass diese Arbeit interessant, lesenswert und belehrend ist.

Keinesfalls wäre „das Vaterland in Gefahr“ gewesen, wenn die Polizei im Jahre des Goethe-Jubiläums, 1899, in Weimar diesen Vortrag gestattet hätte, statt ihn zu verbieten — — —

Die Leser dürfte auch interessieren, was Marx über Goethe sagte. Es findet sich im Anhange der Broschüre.

Zu Vorlesungen in Vereinen wäre diese Arbeit sehr geeignet und zu empfehlen. E. A.





Guy Selwyn